Ostpreußische Kriegshefte

auf Grund amtlicher und privater Berichte

herausgegeben von

A. Brackmann
ord. Prof. für Geschichte

in Verbindung mit E. Joachim, Geh. Archivrat, Direktor des Königl. Staatsarchivs, O. Krauske, Geh. Regierungsrat, ord. Professor für Geschichte, A. Seraphim, Professor für Geschichte, Direktor der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs
in
Königsberg i. Pr.

Viertes Heft:

Der Wiederaufbau der Provinz

Mit fünf Abbildungen und Karten

S. Fischer · Verlag
Berlin 1916

F. Ellinger
1916.

Preis 1 Mark,

wovon bestimmungsgemäß mindestens

20 Pfg.

dem Verband der Ostpreußenhilfe

zugeführt werden.

Es erschienen im ganzen vier Hefte.

Erstes Heft: Die August- und Septembertage 1914.

Zweites Heft: Die Fluchtbewegung und Flüchtlingsfürsorge.

Drittes Heft: Die zweite Besetzung Ostpreußens vom Oktober 1914 bis Februar (März) 1915 und die Wirkung des Krieges auf Landwirtschaft und Handel der Provinz.

Viertes Heft: Der Wiederaufbau der Provinz.

Abgeschlossen am 15. Mai 1916

Eine zweite Folge

wird die Veröffentlichungen der Provinzialkommission für ostpreußische Kriegsgeschichte und eine Reihe weiterer Aufsätze zur Geschichte der Provinz während der gegenwärtigen Kriegszeit bringen.

Erste bis vierte Auflage.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung, vorbehalten.

Zuschriften werden erbeten an
Professor Dr. Brackmann, Königsberg i. Pr., Paradeplatz 19.

Inhalt

Königliche und amtliche Kundgebungen zum Wiederaufbau der Provinz. Zusammengestellt von Professor Brackmann, Königsberg 7

Aus der Tätigkeit der Verwaltungsbehörden der Provinz während des Krieges:

1) Das Oberpräsidium in Königsberg. Von Oberpräsidialrat von Bülow 52

2) Die Regierung Gumbinnen. Von Regierungspräsident Graf Lambsdorff 67

3) Das Landratsamt Ortelsburg. Von Landrat von Poser und Groß-Naedlitz 81

„Ostpreußenhilfe." Ein Rück- und Ausblick von Regierungsrat Saenger, Berlin-Schöneberg 91

Zum Wiederaufbau der Stadt Stallupönen. Von Bezirksarchitekt Frick, Stallupönen 115

Die russischen Kriegsgefangenen beim Wiederaufbau der Provinz. Nach einem Berichte des Hauptmanns Kruchen, Stallupönen 123

Abbildungen

Bild 1: Zum Wiederaufbau von Stallupönen 118
Bild 2: Zum Wiederaufbau von Stallupönen 119
Bild 3: Lageplan zum Wiederaufbau Stallupönens 121
Bild 4: Karte des Kreises Gumbinnen 129
Bild 5: Karte des Russeneinfalls 132/33

Königliche und amtliche Kundgebungen zum Wiederaufbau der Provinz

1) Königlicher Erlaß vom 27. August 1914 über die Hilfe für Ostpreußen

Die Heimsuchung Meiner treuen Provinz Ostpreußen durch das Eindringen feindlicher Truppen erfüllt Mich mit herzlicher Teilnahme. Ich kenne den in noch schwererer Zeit bewährten unerschütterlichen Mut Meiner Ostpreußen zu genau, um nicht zu wissen, daß sie stets bereit sind, auf dem Altare des Vaterlandes Gut und Blut zu opfern und die Schrecknisse des Krieges standhaft auf sich zu nehmen. Das Vertrauen zu der unwiderstehlichen Macht unseres heldenmütigen Heeres und der unerschütterliche Glaube an die Hilfe des lebendigen Gottes, der dem deutschen Volke in seiner gerechten Sache und Notwehr bisher so wunderbaren Beistand geleistet hat, werden niemanden in der Zuversicht auf baldige Befreiung des Vaterlandes von den Feinden ringsum wanken lassen. Ich wünsche aber, daß alles, was zur Linderung der augenblicklichen Not in Ostpreußen, sowohl der von ihrer Scholle vertriebenen als auch der in ihrem Besitz und Erwerbe gestörten Bevölkerung geschehen kann, als ein Akt der Dankbarkeit des Vaterlandes sogleich in Angriff genommen wird. Ich beauftrage das Staatsministerium im Verein mit den Behörden des Staates, den provinziellen und städtischen Verbänden und den Hilfsvereinen auf den

verschiedenen Gebieten der Fürsorge durchgreifende Maßnahmen zu treffen und Mir vom Geschehenen Meldung zu machen.

Großes Hauptquartier, den 27. August 1914.

Wilhelm R.

An das Staatsministerium.

2) Königlicher Erlaß wegen Errichtung der Kriegshilfskommission vom 24. September 1914

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 21. d. M. will Ich, nachdem der Feind durch die Waffenerfolge unseres tapferen Heeres aus dem Lande vertrieben ist, in Billigung der Mir unterbreiteten Vorschläge zur Linderung der Meiner treuen Provinz Ostpreußen durch den Einfall russischer Truppen verursachten Not genehmigen, daß unverzüglich die zur Feststellung der Kriegsschäden erforderlichen Maßnahmen getroffen und mit Hilfe der von Meinem Finanzminister bereit gestellten Mittel den geschädigten Bewohnern der Provinz einstweilen die Führung ihres Haushalts, Wirtschafts- und Gewerbebetriebes ermöglicht werde. Zur Beratung der Staatsbehörden bei der Erfüllung dieser Aufgabe will Ich ferner die Einsetzung einer Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen unter dem Vorsitze des Oberpräsidenten in Königsberg genehmigen und zu deren Mitgliedern neben den Regierungspräsidenten in Königsberg, Gumbinnen und Allenstein die Vorsitzenden des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses, den Landeshauptmann und den Generallandschaftsdirektor der Provinz Ostpreußen und den Oberbürgermeister Meiner Residenzstadt Königsberg aus Königlichem Vertrauen berufen. Der Kommission sollen ferner zwei Vertreter der Landwirtschaftskammer und je ein Vertreter der kaufmännischen Korporationen in Königsberg und Tilsit sowie der Handwerkskammern in Königsberg und Gumbinnen als Mitglieder beitreten, die auf Grund von Vorschlägen der

Vorstände dieser Körperschaften vom Staatsministerium zu bestellen sind, dem im übrigen die Ergänzung der Kommission durch Berufung von örtlich nicht interessierten Sachverständigen zu Mitgliedern überlassen bleibt. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt und ermächtigt, den Geschäftskreis der Kommission zu regeln und sich an ihren Beratungen durch Kommissare zu beteiligen.

Großes Hauptquartier, den 24. September 1914.

gez. Wilhelm R.

ggz. v. Bethmann Hollweg. Delbrück. v. Tirpitz. Beseler. v. Breitenbach. Sydow. v. Trott zu Solz. Frhr. v. Schorlemer. Lentze. v. Falkenhayn. v. Loebell. Kühn. v. Jagow.

An das Staatsministerium.

3) Die dazu ergangene Ministerialanweisung vom 29. September 1914[1])

Berlin, den 29. September 1914.

In Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 24. September d. J. wird hiermit wegen

Bildung einer Kriegshilfskommission für Ostpreußen und Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung in den durch den Krieg betroffenen Landesteilen folgendes bestimmt:

---

[1]) Dieser und die vorhergehenden Erlasse sind auch gedruckt in den vom Oberpräsidium zu Königsberg i. Pr. zusammengestellten Berichten über den „Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen", Heft 5. Von diesen Berichten sind bisher erschienen a) Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen, Heft 1: Bericht über die erste Sitzung der Kriegshilfskommission am 12. Oktober 1914; b) Bericht über die erste Tagung der Abteilung für den Wiederaufbau zerstörter Ortschaften am 18. Dezember 1914; c) Bericht über die zweite Sitzung am 6. Februar 1915; d) Bericht über die Sitzung der Kriegshilfskommission Abteilung für Handel und Gewerbe am 13. März 1915; e) Bestimmungen über Kriegsschadenermittlung und Vorentschädigungen, zusammengestellt am 2. Juli 1915 (Heft 5); f) Bericht über die dritte Sitzung am 10. Juli 1915 (Heft 6); g) Bericht über die vierte Sitzung am 23. Oktober 1915 (Heft 7); h) Ergänzungsheft zu Heft 5: Bestimmungen über Kriegsschadenermittlung und Vorentschädigungen. Zusammengestellt am 1. März 1916.

I. Kriegshilfskommission für Ostpreußen.

1. Als sachverständige Mitglieder werden auf Grund Allerhöchster Ermächtigung berufen:
   der Vorsitzende des mitteldeutschen Feuersozietätsverbandes, Landrat a. D. Winkler in Merseburg,
   der Generaldirektor der Ostpreußischen Landfeuersozietät, Oberregierungsrat a. D. Schickert,
   der Generaldirektor der Ostpreußischen Landgesellschaft, Regierungsrat a. D. Gramberg.
2. Die Vorstände der Landwirtschaftskammer in Königsberg i. Pr., der kaufmännischen Korporationen in Königsberg und Tilsit und der Handwerkskammern in Königsberg und Gumbinnen haben das ihnen Allerhöchst verliehene Vorschlagsrecht unverzüglich auszuüben und ihre Vorschläge dem Staatsministerium durch Vermittlung des Oberpräsidenten in Königsberg zu unterbreiten ...
5. Die Kommission wird mit schleuniger Begutachtung der bei Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung zu beachtenden Grundsätze unter Innehaltung der im Abschnitt II dieser Anweisung gegebenen Bestimmungen betraut.

   Ihr liegt ferner ob, sich über die Feststellung der Kriegsschäden, die Regelung des Festsetzungsverfahrens und über wirtschaftliche Maßnahmen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der Provinz Ostpreußen gutachtlich zu äußern. Die Erteilung bestimmter Aufträge im Rahmen dieser Aufgaben bleibt den beteiligten Ressortministern vorbehalten.

II. Vorentschädigung.

Vorbehaltlich reichsgesetzlicher Bestimmungen gemäß § 35 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juli 1873 wegen endgültiger Erstattung des Schadens, der durch den Krieg an beweglichem und unbeweglichem Eigentum entstanden ist, und in Anrechnung auf diese soll aus bereiten staatlichen Mitteln den durch den Einfall feindlicher Truppen, durch Beschießung oder andere auf Anordnung militärischer Befehlshaber getroffene kriegerische Maßnahmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Einwohnern der vom Kriege berührten Landesteile eine Vorentschädigung gewährt werden, durch welche sie zur Fortführung ihres Haushaltes, ihres land-

wirtschaftlichen und gewerblichen Betriebes oder sonstigen Erwerbszweige und zur Beschaffung der hierzu erforderlichen Geräte und Inventarstücke notdürftig instand gesetzt werden, soweit ihnen solche nicht in natura geliefert werden können. Die Vorentschädigung, die der Regel nach auf einen Bruchteil des entstandenen Kriegsschadens zu beschränken ist, unterliegt der zwangsweisen Wiedereinziehung durch den Staat im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens, soweit ihr Betrag von dem Geschädigten nicht oder nicht im vollen Umfange zu dem angegebenen Zwecke verwendet wird. Die Bestimmung über das Verfahren bei Festsetzung der Vorentschädigung bleibt weiterer Verfügung vorbehalten.

III. Kriegshilfsausschüsse.

Die Bildung örtlicher Kommissionen zur Feststellung der Kriegsschäden und zur Begutachtung der vorläufig zu gewährenden Vorentschädigung (Kriegshilfsausschüsse) erfolgt auf Anordnung der Minister des Innern und der Finanzen.

Das Staatsministerium.

gez. Delbrück. Beseler. v. Breitenbach. Sydow. v. Trott zu Solz. Frhr. v. Schorlemer. Lentze. v. Loebell. Kühn.

4) Erlasse des Oberpräsidenten von Batocki bei der Übernahme seines Amtes

a) Nachdem Se. Majestät der König mich zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt haben, habe ich die Amtsgeschäfte heute übernommen. Ich trete das Amt an in vollem Bewußtsein der damit verbundenen schweren Verantwortung gegenüber meiner Heimatsprovinz, aber auch in vollem Vertrauen, daß, wenn Gott den deutschen Waffen weiter den Sieg verleiht, das Werk der Wiederherstellung der Provinz gelingen wird, durch zielbewußtes Zusammenwirken der Staatsbehörden und Selbstverwaltungsorgane und durch einmütige, hingebende Mitarbeit aller Ostpreußen ohne Unterschied der Partei, des Standes und Berufes.

Königsberg, den 1. Oktober 1914.

v. Batocki.

b) An die Beamten der Provinz. Zahlreiche Beamte der Staats- und Selbstverwaltungsbehörden haben bei dem hinter uns liegenden feindlichen Einbruch in die Provinz sich durch hingebende Arbeitsfreudigkeit, Kaltblütigkeit, Mut und Geschick auch über ihre amtlichen Obliegenheiten hinaus ausgezeichnet. Ich beabsichtige nach endgültiger Besiegung unserer Feinde auch auf eine äußere Anerkennung solcher Verdienste hinzuwirken. Bis dahin muß ich mir das versagen, weil eine gerechte und allgemeine Ermittlung solcher Verdienste während des Kriegs über die Kraft der Behörden geht, und weil das Herausgreifen einzelner Persönlichkeiten gegen die Nichtberücksichtigten ungerecht wäre, zumal auch nichtbeamtete Personen vielfach zu berücksichtigen sein werden, die ebenfalls in vorbildlicher Weise gewirkt haben. Einstweilen müssen sich die einer Auszeichnung würdigen Personen mit dem eigenen Bewußtsein erfüllter Pflicht genügen lassen.

In vereinzelten Fällen ist leider von Beamten bei drohenden feindlichen Einbrüchen nicht das genügende Maß von Energie und Überlegung bewiesen worden. Das ist bis zu einem gewissen Grade entschuldbar, denn es ist viel schwerer, einem rücksichtslosen und vielfach rohen Feinde unbewaffnet in die Hände zu fallen, als ihm mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, wie es unsere mutigen Truppen mit Erfolg getan haben. Diese Erwägung enthebt mich aber nicht der Pflicht, allen Beamten eine weit über das im Frieden gebotene Maß hinausgehende Hingabe im Königlichen Dienst ans Herz zu legen. Jeder Beamte muß sich während der Kriegsdauer ähnlich wie ein Truppenführer vor dem Feinde verhalten. Rücksichten auf Friedensgewohnheiten, Bureaustunden, persönliche Bequemlichkeiten selbst bescheidenster Art kommen während der Kriegsdauer gegenüber den Anforderungen des Amtes nicht in Frage. Selbständige Entschlußfähigkeit und mit besonderer Überlegung verbundene Entschlußfreudigkeit muß unter Umständen auch von solchen Beamten gefordert werden, von welchen im Frieden selbständiges Handeln weniger verlangt wird. Die Beratung der durch den im August und im September erfolgten feindlichen Einbruch vielfach verängstigten Bevölkerung mit Bereitwilligkeit, aber auch mit vorsichtiger Überlegung ist in ernsten Zeiten besondere Pflicht des Beamten. Durch persönliches Beispiel von Kaltblütigkeit und Beherztheit kann er unter Umständen schweres Unheil verhindern.

Ich gebe mich der sicheren Erwartung hin, daß die Beamtenschaft der Provinz sich in solchem Sinne der ruhmvollen Überlieferungen des preußischen Beamtentums auch im weiteren Verlauf des Krieges würdig erweisen wird.

5) Aus der Eröffnungsansprache des Oberpräsidenten von Batocki bei der ersten Vollsitzung der Kriegshilfskommission am 12. Oktober 1914

Eine ernste Zeit erlebt unser deutsches Volk, eine doppelt ernste und schwere Zeit ist es für unsere Provinz, für die Ostmark des Reiches. Ostpreußen ist, das ist ja der Anlaß für die uns bevorstehenden Beratungen, von feindlichen Heeresmassen durchzogen worden, die bis ins Herz der Provinz vorgingen....

In solchen Zeiten sieht der Verwaltungsbeamte, der an der wirtschaftlichen Entwicklung Mitarbeitende, wie gering seine Macht beim besten Streben ist, wie sehr wir abhängig sind von den Taten der Wehrmacht, zu denen wir nichts beitragen können. Es wird wohl wenige unter uns geben, die nicht, wenn sie ihrem Herzenszuge folgen könnten, lieber mit der Waffe in der Hand dem Feinde entgegentreten würden, als hier am grünen Tisch beraten. Da wir das nicht können, so wollen wir Gott bitten, daß er unsern Kaiserlichen Herrn, den obersten Kriegsherrn, daß er unser tapferes Heer und unsere ganze Wehrmacht zu Wasser, zu Lande und in der Luft weiter segne, damit wir bald und ohne allzu große, neue schwere Opfer den endgültigen Sieg erringen, die Voraussetzung aller gedeihlichen Arbeit auf dem Gebiet, das uns hier anvertraut worden ist. Wir wollen Gott bitten, daß er unser deutsches Volk segne, daß diese Zeit, die unser Volk so groß und würdig begonnen hat, auch dauernd zu innerer Größe und Geschlossenheit führen möge, und wir wollen als Ostpreußen geloben, daß wir, denen der Ernst der Zeit so besonders schwer entgegengetreten ist, in besonders hohem Maße auch aus diesem Ernst für unsere innere Eignung, innere Bewährung, als einzelne Menschen und als Volk gewinnen, damit diese Zeit, die Ostpreußen so schwere Schäden und Sorgen gebracht hat, auch unserer Provinz schließlich innerlich zum Segen gereichen möge. Dazu gehört allerdings der feste Entschluß, unter Zurückstellung aller Unterschiede nach Amt und Beruf, nach Armut und Reichtum, nach

Partei und Weltanschauung, für das Wohl des Vaterlandes und das unserer Provinz einzutreten. Und ich hoffe, daß dieser Entschluß nicht nur von uns allen, daß er von sämtlichen Ostpreußen auf die Dauer betätigt werden wird.

Wenn wir unsere wirtschaftlichen Aufgaben näher ins Auge fassen, so treten sie zurück gegenüber all den Fragen, die ich bisher berührt habe. Was wir arbeiten werden, ist aufgebaut auf dem Enderfolge der schicksalsschweren Tage und Monate, die jetzt über Deutschland dahingehen. Aber nach preußischer Art wird es uns selbst in solchen Zeiten gelingen, im kleinen treu zu sein. Echt preußisch war es, daß dicht hinter dem abziehenden Feinde die Herren Minister nach Ostpreußen kamen, um sich persönlich von dem Zustand zu überzeugen und sofort die Maßnahmen anzuordnen, die zum Wohle der Provinz dienen konnten.

Die schwerste Arbeit, die uns im Osten obliegt, wird nach unserm endgültigen Siege nicht sein die Arbeit zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Schäden, wird nicht sein das, was sich mit Geld machen läßt, sondern sie wird darin bestehen, daß wir unsere Bevölkerung wieder stärken und festigen. Denn nur, wenn das gelingt, kann Ostpreußen seine Aufgabe, ein Hort des Deutschtums zu sein, erfüllen. Bei allen unsern wirtschaftlichen Maßnahmen müssen wir als erste Aufgabe im Auge behalten das Ziel, auch die Menschen aller Stände und aller Berufe als treue Deutsche, als treue Ostpreußen unserer Provinz zu erhalten und, soweit sie hinausgehen mußten, sobald als möglich in die Provinz zurückzuführen.

Der zweite Hauptgesichtspunkt unserer Arbeit muß der sein, daß wir der großen und ernsten Gefahr bei jeder solchen Aktion, Ungerechtigkeiten zu begehen und dadurch Neid und Mißgunst zu erregen, von vornherein begegnen. Bei solchen gewaltigen Aufwendungen und solchen gewaltigen wirtschaftlichen Fragen ist es beim besten und reinsten Willen nicht möglich, es allen recht zu tun, aber das Streben muß von vornherein sein, weder nach oben noch nach unten fehl zu greifen, jenem preußischen Wahlspruch „Jedem das Seine" gemäß, dafür zu sorgen, daß berechtigte Klagen über Mißgriffe möglichst eingeschränkt werden. Wie schwer das gerade hier sein wird, wird immer klarer, je tiefer man in die Dinge hineindringt.

Die Verantwortung, die wir haben, ist eine doppelte, erstens

gegen das Staatsganze. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Geld, das wir zu verteilen haben, bezahlt wird — vorbehaltlich der Erstattung dereinst vom Feinde, auf die wir hoffen wollen, wenn wir sie auch noch nicht in der Tasche haben — aus Steuermitteln anderer preußischer Provinzen, die in ihrer Art auch vom Kriegszustande schwer gelitten haben. Wir müssen mit dem fremden Gute so haushalten, wie wir es diesen andern Steuerzahlern unseres gemeinsamen Vaterlandes gegenüber verantworten können. Und die zweite Verantwortung haben wir gegen unser Ostpreußen, denn nur bei gerechter, vorsorglicher und weitgreifender Verwendung der Mittel werden wir das Ziel erreichen und können wir Mißgunst und Neid abwenden.

Unsere Kommission wird dabei nur allgemeine Grundsätze aufstellen und demnächst eine allgemeine Kontrolle führen können. Die Hauptarbeit wird in den Kreisorganen liegen, und für sie ist die Aufgabe eine besonders schwere. Erstens wegen der sachlichen Schwierigkeit und dann, weil bis zum Kriegsablauf etwa die Hälfte aller Beamten und Selbstverwaltungsbeamten und zwar durchschnittlich die rüstigsten und tatkräftigsten, zur Fahne einberufen sind, und weil es den Verbleibenden unendlich schwer werden wird, neben ihren sonstigen schweren Aufgaben diese neue, verantwortungsvolle Aufgabe wirksam durchzuführen.

Aber bei allen Bedenken muß unser Ziel sein, nicht Rückschritt, auch nicht Stehenbleiben, sondern Fortschritt unserer gesamten Entwicklung.

Wir dürfen — das sagt uns auch das Wort unseres Königs in seiner ersten Kundgebung — den Mut nicht sinken lassen. Ostpreußen hat vor hundert und einigen Jahren Schlimmeres durchgemacht und unter unendlich viel schwereren wirtschaftlichen Verhältnissen im ganzen Vaterlande. Was unsere Vorfahren damals geleistet, müssen wir auch leisten, das wollen wir uns vornehmen, unsern ostpreußischen Landsleuten immer wieder vor Augen zu halten. Wir wollen den Kopf klar, die Ruhe im Herzen und den Mut behalten, der dicht hinter dem abziehenden Feinde, wie ich das in den letzten Wochen so oft gesehen habe, schon wieder den Pflug auf das Feld führen, den Hammer auf den Amboß schlagen läßt. Wenn wir das erreichen, werden wir mit Gottes Hilfe und der Unterstützung des Staates, die uns, wie ich jetzt schon sagen darf, in großzügiger und

weitherziger Weise zuteil werden soll, auch aus den jetzigen Schwierigkeiten zu einer schönen Zukunft wieder gelangen, zu einer Blüte, wie wir sie, wenn der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre, erreicht hätten, aber vielleicht, dank größerer Einigkeit, unter noch besseren Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung unserer lieben Provinz.

Die Voraussetzung für alles das ist, daß Gott unsere Waffen segnet, Gott unser Vaterland zum siegreichen Frieden bringt und daß, wenn möglich, unsere Provinz, dank der Tapferkeit unseres Heeres, vor neuen feindlichen Einbrüchen bewahrt wird. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung geht, glaube ich namens aller Ostpreußen versprechen zu können, daß wir dann unseren Mann stehen und dafür sorgen werden, daß Ostpreußen wieder eine Perle wird in der Krone des preußischen Königtums.

6) Aus der Rede des Staatsministers Dr. Delbrück in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Oktober 1914

Mit schmerzlicher Teilnahme haben wir es erfahren müssen, daß bei dem schweren Kampfe mit zwei Fronten die Provinz Ostpreußen, in die der Feind eingedrungen war, von der Kriegsnot auf das Härteste betroffen worden ist. Wie Se. Majestät der Kaiser und König in seiner warmherzigen öffentlichen Kundgebung betont hat, ist es ein selbstverständlicher Akt der Dankbarkeit des Vaterlandes gegen die schwer geprüfte Bevölkerung, daß ihr der erlittene Schaden in vollem Umfange ersetzt und daß den betroffenen Landesteilen wieder zu dem früheren Wohlstande verholfen wird.

Vorbehaltlich der nach § 35 des Kriegsleistungsgesetzes vom Reiche zu erwartenden Ersatzleistung, war es eine unabweisbare Pflicht des preußischen Staates, sofort eine umfängliche Hilfsaktion einzuleiten; es mußte Unterhalt und Unterkunft für die Flüchtigen beschafft, Haus- und Nahrungsstand wieder hergestellt, es mußten Mittel vorgesorgt werden, welche Landwirtschaft und Gewerbe die Wiedereinrichtung und die Fortsetzung ihrer Betriebe ermöglichen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen und zur Feststellung der Kriegsschäden sind eine besondere Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen und örtliche Kriegshilfsausschüsse den Staatsbehörden zur Seite gestellt. Angesichts der Notlage, in der

sich die Kommunen der Provinz Ostpreußen befinden, ist ferner ein vorübergehendes Eingreifen des Staates zugunsten leistungsschwacher Gemeinden und Gutsbezirke und im Bedarfsfalle auch der weiteren Kommunalverbände, Zweck- und Schulverbände unerläßlich. Ebenso haben Mittel zur Unterstützung leistungsfähiger und hilfsbedürftiger Kirchengemeinden bereitgestellt werden müssen. Endlich ist zur Linderung der durch den Krieg entstandenen Kreditschwierigkeit in Königsberg eine Kriegskreditbank eröffnet worden, zu der der Staat die doppelte Einlage geleistet hat wie die Provinz Ostpreußen. Wie hoch sich die Kosten des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen und der in Mitleidenschaft gezogenen Teile der Provinz Westpreußen belaufen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wir sind aber der Meinung, daß Beträge bis 400 Millionen Mark werden bereit gehalten werden müssen.

7) Aus der Drahtkundgebung Kaiser Wilhelms II. an den Reichskanzler vom 16. Februar 1915 über die Winterschlacht in Masuren

...Meine Freude über diesen herrlichen Erfolg wird beeinträchtigt durch den Anblick des einst so blühenden Striches, der lange Wochen in den Händen des Feindes war. Bar jedes menschlichen Fühlens hat er in sinnloser Wut auf der Flucht fast das letzte Haus und die letzte Scheune verbrannt oder sonst zerstört. Unser schönes Masurenland ist eine Wüste, Unersetzliches ist verloren. Aber Ich weiß Mich mit jedem Deutschen Eins, wenn Ich glaube, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues, frisches Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen.

8) Aus der Rede des Ministers des Innern von Loebell im Abgeordnetenhause am 23. Februar 1915

Ich habe in der Kommission eingehend dargelegt, welche Maßnahmen die Königliche Staatsregierung und die Behörden der Allgemeinen Verwaltung getroffen haben, um der Provinz Ostpreußen in der schweren Heimsuchung, die sie durch den Krieg betroffen hat, beizustehen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bereits unter dem

27. August 1914 Se. Majestät der Kaiser und König den Befehl gegeben hat, daß alles, was zur Linderung der augenblicklichen Not in Ostpreußen, sowohl der von ihrer Scholle vertriebenen als auch der in ihrem Besitz und Erwerbe gestörten Bevölkerung geschehen kann, als ein Akt der Dankbarkeit des Vaterlandes sogleich in Angriff genommen werden solle.

Die in Ausführung dieser Allerhöchsten Willensmeinung eingerichtete Kriegshilfskommission für Ostpreußen, an deren Spitze der Oberpräsident steht, hat sofort ihre Tätigkeit begonnen. Ihre Tätigkeit bestand zunächst darin, einmal die Schäden im allgemeinen festzusetzen, dann aber auch die Beträge zu ermitteln, welche als Vorentschädigung zunächst aus preußischen Fonds vorbehaltlich der Erstattung durch das Reich gezahlt werden sollen. Mit der örtlichen Feststellung der Schäden waren die Kriegshilfsausschüsse betraut. Als solche arbeiten in 39 geschädigten Kreisen der Provinz zurzeit 66. Nach dem Stande vom 1. Februar waren auf 72 453 gestellte Anträge rund 32 700 000 Mark an Vorentschädigungen zur Zahlung angewiesen. Als Beispiel will ich anführen, daß allein ein einziger Kreis im Regierungsbezirke Königsberg 7826 Anträge bis zum 1. Februar erledigt hat.

Sie sehen aus diesen Zahlen, welche gewaltigen Aufgaben der Hilfsaktion gestellt waren und was bereits geleistet worden ist. Ich nehme gern Veranlassung auch an dieser Stelle den Behörden, die mit der Ausführung der Hilfsaktion betraut waren, wärmste Anerkennung zu zollen, in erster Linie dem tatkräftigen Oberpräsidenten der Provinz, den Regierungspräsidenten mit ihren Beamten, den Landräten, den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und sämtlichen Gemeindebehörden. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, das an dieser Stelle auszusprechen.

Die Behörden hatten in Ostpreußen, unmittelbar vor der Front, noch mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, und sie mußten neben ihren sonstigen Arbeiten eine Reihe von Aufgaben erledigen, die die unmittelbare Nähe des Krieges mit sich brachte. Ich erwähne auch hier die erfreuliche Tatsache, daß mir bisher keine einzige Beschwerde wegen verweigerter Vorentschädigung zugegegangen ist. Ich möchte das auch als ein erfreuliches Zeichen dafür ansehen, daß tatsächlich gute Arbeit gemacht worden ist.

Über die Sorge für die aus ihrer Heimat vertriebenen Flücht-

linge ist in der Kommission eingehend berichtet worden. Wenn die erste Flucht aus Ostpreußen Ende August infolge der damaligen besonders schwierigen Verhältnisse noch regellos gewesen ist, so ist die Flucht im November in ziemlich geordnete Bahnen gekommen. Das ist ein Hauptverdienst des zum Flüchtlingskommissar ernannten Landeshauptmanns von Berg, dem ich auch hier ausdrücklich dankend Anerkennung zollen möchte....

Die Hauptsorge bleibt wohl für alle, denen das Wohl der Provinz Ostpreußen am Herzen liegt, daß auch die Rückkehr der Flüchtlinge rechtzeitig erfolgt. Augenblicklich ist zu einer allgemeinen Rückkehr noch nicht die Zeit; aber es ist doch schon Anordnung getroffen worden, daß erstens alle Beamten zurückkehren und ferner auch die Leiter von Wirtschaftsbetrieben nach Möglichkeit die Rückkehr antreten — aber zunächst ohne Familien —, um dort die Vorbereitungen für die Rückkehr ihrer Angehörigen und die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbetriebe zu treffen.

Meine Herren, wenn ich Ihnen im Anfange kurz dargelegt habe, was bisher geschehen ist, so weiß die Königliche Staatsregierung, daß das erst der Anfang des großen Werkes des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen ist. Es wird noch jahrelange Arbeit, es wird des einmütigen Zusammenarbeitens von Staat, Provinz, Kreisen und Kommunen bedürfen, um das Werk so durchzuführen, wie wir es alle im Interesse der schwer bedrückten Provinz wünschen. Wir werden zunächst an die Wiederherstellung der Straßen, Brücken und Eisenbahnen, die Verbesserung der Verkehrswege nach allen Richtungen, die sicherlich dringend notwendig ist, denken müssen; wir müssen an die vollständige Wiedereinrichtung der Gewerbebetriebe, Handwerksbetriebe und der landwirtschaftlichen Betriebe, an die Ergänzung der Viehbestände herantreten; wir müssen die Sorge für die Wiedergewinnung der Arbeitskräfte zu bannen suchen; wir werden an den eigentlichen Aufbau der Gebäude denken müssen. Ich stimme ganz mit Ihrer Kommission und den Ausführungen Ihres Herrn Berichterstatters darin überein, daß dieser Wiederaufbau in erster Linie nach den Erfordernissen des praktischen Bedürfnisses geschehen soll; daneben soll man vermeiden, direkt Unschönes herzustellen. Das läßt sich aber sehr gut miteinander vereinigen, und in dem Sinne muß auch die Konstruktion erfolgen.

Wir werden große Aufgaben auf dem Gebiete der Hygiene zu

erfüllen haben. Ich habe gestern bereits den Direktor der Medizinalabteilung nach Ostpreußen geschickt, um sofort alle die Ortschaften zu besuchen, die jetzt vom Feinde geräumt sind und unverzüglich die hygienischen Maßregeln anzuordnen, die notwendig erscheinen. Und, meine Herren, solche Maßnahmen werden in großem Umfange nötig sein. Es ist daran gedacht, daß eine größere Anzahl von Desinfektoren von hier aus in die Ortschaften geschickt werden, die mit Kriegsgefangenen zunächst eine eingehende Säuberung und gründliche Desinfektion aller Ortschaften vornehmen müssen.

Wir werden unsere Sorge der Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Etats der Provinz, der Kreise, Kommunen und öffentlichen Institute, die ja alle mehr oder weniger durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen sind, widmen müssen. Es werden uns weitere Kulturarbeiten in großem Umfange obliegen. Hoffentlich wird es uns gelingen, die innere Kolonisation kräftig zu fördern. Es wird auch daran zu denken sein, daß wir der Provinz durch eine planmäßige, in großem Umfange in Kraft gesetzte Elektrisierung nach Möglichkeit helfen.

Als die ersten Nachrichten von dem schweren Leid, das über die Provinz Ostpreußen gekommen war, durchs Land eilten, hat sich überall die regste Teilnahme, gleichzeitig aber auch der bereitwilligste Wunsch, zu helfen und die Not zu lindern, gezeigt. Vollkommen waren vergessen die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West. Die Reichshauptstadt und die Städte des Westens stellten sich an die Spitze und forderten zu einer Sammlung für Ostpreußen in großzügigster Weise auf, damit die Not so viel als möglich gelindert würde. Es ist auch eine schöne Errungenschaft dieses gewaltigen Krieges, daß neben der einmütigen Entschlossenheit des Volkes nach außen sich auch der einheitliche Wille zeigt, des andern Not mitzutragen, mitzuhelfen, vor allem denen, die für uns gelitten haben, und das sind die Ostpreußen. Allen voran steht unser Kaiser und König, dessen Worte, die er nach dem Siege an den Masurischen Seen an den Reichskanzler gerichtet hat, sicherlich keiner von uns ohne tiefste Bewegung gelesen hat. Wenn wir an Ostpreußen denken, an dieses schöne Land mit seiner kernigen, treuen Bevölkerung, mit seinen Wäldern und Seen, seinen Weiden und Wiesen, seinen fruchtbaren Äckern, seinen freundlichen Ortschaften und seinen

schönen Herrensitzen, so wird jeder von uns den tiefen Kummer teilen, der unsern Kaiser und König erfüllte, als er dieses schöne Land jetzt von einem barbarischen Feinde zum Teil verwüstet wiedersah.

Aber unsere armen Landsleute sollen sich auch an der landesväterlichen Fürsorge ihres Königs und Herren aufrichten und sollen fest auf sein Gelöbnis vertrauen, daß, was Menschenkraft vermag, geschehen soll, um neues, frisches Leben aus den Ruinen erblühen zu lassen.

Meine Herren, lassen Sie mich mit dem letzten Verse eines Gedichtes schließen, das mir in diesen Tagen in die Hände gefallen ist, und das mich ergriffen hat; es entspricht, glaube ich, der Empfindung, die wir in dieser Stunde alle haben, und die das ganze Land mit uns teilt. Das Gedicht nennt sich: „Deutsches Dankgebet", es ist dem „Niederländischen Dankgebet" nachgebildet. Der Verfasser ist Ernst Heilmann.

Es dachten und wachten die Führer der Heere,
Sie brachten in Schlachten uns Sieg über Sieg.
Befreit sind von Horden, die brennen und morden,
Die heimischen Fluren vom blutigen Krieg.

Wir preisen dich Weisen, dich Lenker der Schlachten,
Sinkt nieder, ihr Brüder von Flotte und Heer,
Denn, was wir errungen, nur dir ist's gelungen,
Du führtest uns gnädig die Waffen und Wehr.

Wir bitten inmitten der Welt voller Feinde:
Verleihe und weihe uns ferner den Sieg,
Und Frieden gib allen, die vor uns gefallen,
Gib Frieden dem Lande nach ruhmreichem Krieg.

9) Aus dem Vortrage des Oberpräsidenten von Batocki „Ostpreußens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft", gehalten in Berlin am 16. März 1915

...Die Aufgabe der Behörden ist in Ostpreußen außerordentlich schwierig. Wie an manchen Orten gearbeitet werden muß, dafür einige Beispiele.

Ein Landsratsamt befand sich, während die Kreisstadt von den Russen beschossen wurde, drei Monate in einem benachbarten Dorfe, weil die Bevölkerung Angst hatte, in die Stadt zu kommen. Der Landrat selbst fuhr jeden Abend in die Stadt und kehrte morgens zum

Dienſt in das Dorf zurück. In einem Saale ſtanden da ſechs Tiſche, und an jedem Tiſche befand ſich ein Bureau: das Steuerbureau, das Militärbureau, das Armenbureau uſw. An einem Tiſche hatte der Landrat ſelbſt ſein Bureau. Die Leute ſtanden zu Hunderten in der Mitte des Raumes, und es wurde, ſo gut es ging, einzeln mit ihnen verhandelt.

Vor einigen Tagen beſuchte ich einen anderen Landrat, deſſen Kreis faſt ganz zerſtört iſt. Er ſaß in einer zufällig unzerſtörten kleinen Stube des Rathauſes mit den beiden Bürgermeiſtern ſeiner Städte, und alle drei bearbeiteten hier die Kreis- und Stadtgeſchäfte. Daß das bei den vielen Aufgaben, die den Behörden gerade jetzt obliegen, ſchwierig iſt, liegt auf der Hand, und ich habe es mit beſonderer Freude begrüßt, daß die Arbeit unſerer Verwaltungsbehörden im Landtage ſo warm anerkannt worden iſt.

Wir werden es aber trotz ſolcher äußeren Schwierigkeiten ſchon ſchaffen....

Über den Wiederaufbau im einzelnen nur ein paar Worte. Die Landwirtſchaft muß zunächſt verſuchen, ſoviel es geht, zu dreſchen und möglichſt viel Land mit Sommergetreide zu beſtellen und ſo zur Volksernährung beizutragen.... Die heimgekehrten Leute ſetzen ſchon alles daran, um die Wirtſchaft mit den paar Pferden, die ihnen geblieben ſind, in Gang zu bringen. Ich traf neulich im Kreiſe Goldap drei Gutsbeſitzer. Der eine hatte vier Pferde, der andere zwei Ponies und der dritte ein Pferd. Sie hatten ſich zuſammengetan, fingen mit dieſem Apparate auf einem Gute an zu dreſchen und hofften damit weiter zu kommen. Überall zeigte ſich die Luſt weiter zu arbeiten....

Später gibt es andere große und ſchwierige Aufgaben für die Landwirtſchaft. Es gilt die zerſtörte Pferdezucht wieder zu beginnen und die Viehzucht durch Zukäufe und Zuzucht wieder zu heben. Es gilt die Äcker, die alle verwahrloſt ſein werden, wieder in die alte Kultur zu bringen. Wir waren vor dem Kriege in der Moorkultur ſehr weit fortgeſchritten. Sie muß weiter gefördert werden. Und ſo wird ein reiches Feld der Tatkraft auf landwirtſchaftlichem Gebiete offenſtehen, wenn der Friede errungen iſt.

Handel und Gewerbe liegen in den zerſtörten Gebieten natürlich auch darnieder. Aber es iſt zu hoffen, daß gerade durch den Wiederaufbau der Provinz, durch die gewaltigen Summen, die nötig ſind, um

die Gebäude, den Hausrat und Geräte wieder zu schaffen, Erwerbsgelegenheit für Handel und Handwerk eintritt, vielleicht mehr als vor dem Kriege. Man muß daran denken, daß vielleicht 300—400 Millionen Mark benötigt werden, um das unentbehrlichste wieder herzustellen, und wenn davon nur ein Teil an Ostpreußens Handwerk und Handel fällt, so wird damit eine Grundlage für die Förderung seiner Betriebe gegeben sein.

Es gilt das Verkehrswesen zu entwickeln. Ich denke an den Ostkanal, der die Verbindung Masurens mit der Weichsel herstellen soll, an neue Chausseen und Eisenbahnen, an die Elektrisierung der Provinz, um die Landwirtschaft und das Gewerbe weiter zu fördern.

Es gilt das Kreditwesen zu heben, und ich möchte jeden, der später einmal Geld anzulegen hat, bitten, es nächst der Kriegsanleihe auch auf Hypothek nach Ostpreußen zu geben. Wir werden gute Zinsen zahlen und uns bemühen, alles später ehrlich zurückzuerstatten. Einstweilen werden, wo es nötig ist, durch die Kriegsvorentschädigung die Zinsen bezahlt, denn es ist mein Bestreben, auch unter diesen schwierigen Verhältnissen das Wirtschaftsleben möglichst so aufrecht zu erhalten, wie es im Frieden war, damit auf diese Weise unser Kredit und unser wirtschaftliches Ansehen im Lande nicht allzusehr leidet....

Alle Maßnahmen, die dazu dienen, eine zahlreiche und zufriedene Bevölkerung bei uns zu schaffen, sind mit besonderer Freude zu begrüßen, namentlich angesichts derer, die es in der Russenzeit so schwer gehabt haben. Ich habe Sie absichtlich mit der genauen Schilderung der begangenen Scheußlichkeiten verschont. Es ist für alle diese Geflüchteten eine schwerer Entschluß, wieder in die Gegend zurückzukehren, wo sie so Bitteres durchgemacht haben, und wo ihnen doch noch, trotz aller Unterstützung, Jahrzehnte schwerer Mühe und Arbeit winken, wenn sie vorwärts kommen wollen.

Die erste Bedingung dafür sind sichere Grenzen, die hoffentlich durch den Krieg geschaffen werden. Bedingung sind auch — hierin weiche ich von manchen anderen ab — künftige erträgliche Beziehungen zu unseren Nachbarn, die wir nun einmal als solche behalten müssen. In diesem Sinne habe ich mit Freude den Beschluß des ostpreußischen Landtages begrüßt, nicht nur die Gräber unserer gefallenen Helden, sondern auch der gefallenen Feinde in einfacher Weise zu pflegen....

Ich hoffe ferner, daß für unsere Provinz — für andere Teile des Landes ist es zu viel verlangt — auch nach Friedensschluß der politische Burgfrieden noch einige Jahre wird aufrecht erhalten werden können, damit wir uns wenigstens, bis unsere Provinz wieder einigermaßen in Ordnung ist, nicht allzusehr zerfleischen und gegenseitig als Bösewichter darstellen, wie es im politischen Leben im Frieden üblich war und wohl auch wieder werden wird. Ob dieses Ziel erreichbar ist: nur die Zukunft kann es lehren....

Die Empfindungen ostpreußischer Herzen in dieser Entscheidungszeit hat der ostpreußische Dichter, Walter Heymann, der vor kurzem im Westen den Heldentod fand, in den Versen ausgedrückt:

Ostpreußen, einsames Land!
Hart in dein karges Schicksal gebannt
Mußt du stummhalten
Gegen Sturmes und Meeres Gewalten.
Du kämpfst am schwersten!

Wann immer es deine Freiheit gilt,
Wir blutwund, wir durch Schmerz gestillt,
Wir Menschen todgewillt:
Stürm auf, mein Land,
Wir sind die Ersten!

Wir Ostpreußen wissen nicht, was uns die Zukunft bringt. Das liegt in Gottes Hand. Aber wie ganz Deutschland mit blankem Ehrenschild, mit getroster Zuversicht der Entscheidung entgegensieht, so steht auch meine Heimatprovinz trotz allem Schweren, das sie durchgemacht hat, ungebeugt und stolz erhobenen Hauptes da. Wir sind stolz darauf, daß es gerade uns vergönnt war, für das Vaterland die größten Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir vertrauen zuversichtlich, daß unserer gerechten deutschen Sache der Sieg nicht fehlen wird. Wir sind auch darin zuversichtlich vertrauensvoll, daß das Verständnis des ganzen deutschen Volkes für unsere besonderen Opfer den Krieg überdauern und immer festere Bande zwischen Deutschland und seiner Ostmark knüpfen wird.

Wir Ostpreußen werden die tatkräftigen Beweise der Teilnahme und Liebe niemals vergessen, die uns das deutsche Volk, sein Kaiser an der Spitze, dargebracht hat und weiter zu bringen entschlossen ist.

Wir werden uns dadurch dankbar zeigen, daß wir in der Zukunft, jeder an seiner Stelle, mit daran arbeiten, Ostpreußen wieder aufzubauen zu neuer, schöner Blüte. In der Gegenwart aber

wollen wir mit allen Deutschen an der Aufgabe arbeiten, die uns allen gemeinsam ist, und hinter der alle anderen Sorgen und Aufgaben, auch die, die ich heute vorgetragen habe, zurücktreten müssen:

Durchzuhalten bis zum endgültigen Siege
unserer gerechten deutschen Sache!

10) Aus der Rede des Berichterstatters des Haushaltungsausschusses im Preußischen Abgeordnetenhause, Freiherrn von Zedlitz und Neukirch, den 24. Juni 1915

Daß zur tunlichsten Beseitigung der Schäden und zur Wiederherstellung Ostpreußens im unmittelbaren Anschluß an die erste Befreiung der Provinz durch den Tannenberger Sieg Hindenburgs eine kräftige Hilfsaktion der Staatsregierung auf allen Gebieten bis zum Februar d. Js. geschehen ist, habe ich in der Februartagung berichten dürfen. Meine Aufgabe wird es heute sein, an der Hand der Verhandlungen in der verstärkten Budgetkommission Ihnen ein zusammenhängendes Bild von dem zu entwerfen, was seitdem zum Wiederaufbau Ostpreußens auf allen Gebieten geschehen ist und welche Ergebnisse durch diese Hilfstätigkeit erzielt sind.

Die Zahl derjenigen Geschädigten, die eine Vorentschädigung bekommen haben, ist seit dem Februar von 77 000 auf nahezu 200 000 gestiegen. Die Gesamtsumme der gesamten Vorentschädigung hat sich von 32 Millionen auf 125 Millionen erhöht, also nahezu vervierfacht. Auch in den erst jüngst von den Russen befreiten Teilen der Provinz schreitet die Schätzungstätigkeit und die Festsetzung der Vorentschädigungen dank der hingebenden Tätigkeit der Landräte und der Kreishilfskommissionen rüstig fort....

Was den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften und Baulichkeiten anlangt, so hat es sich zunächst darum gehandelt, vorläufig Unterkunft für Menschen und Tiere zu schaffen, die Möglichkeit für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zur wirtschaftlichen Betätigung zu gewähren. Das ist soweit wie möglich geschehen, soweit wie möglich ohne vorübergehende Bauausführungen zu machen, die im Interesse der Kostenersparnis möglichst zu vermeiden sind. Zugleich aber ist der definitive Aufbau nach allen Richtungen möglichst vorbereitet worden: nach der technischen Seite durch die Einrichtung einer Hauptberatungsstelle bei

dem Oberpräsidium, durch Einrichtung einer Reihe von technischen Beratungsstellen in den Kreisen — 12—15 sind es —, die mit einem erfahrenen Privatarchitekten besetzt, den Baulustigen und den Kommunen mit Rat und Tat beim Wiederaufbau an die Hand gehen sollen. Es ist nach der finanziellen Seite dadurch gesorgt, daß den Baulustigen, welche ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude wieder aufbauen wollen, die nötigen finanziellen Beihilfen gewährt werden. Anfänglich war bei diesen Vorentschädigungen vorgesehen, daß lediglich der Materialienpreis vor Ausbruch des Krieges zugrunde gelegt werden sollte; inzwischen ist aber zwischen der Staatsregierung und der Kriegshilfskommission eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß eine Zulage gewährt wird für diejenige Steigerung der Preise der Baustoffe, die nach dem Kriege eingetreten ist. Eine weitere Zulage wird gewährt für diejenige Erhöhung der Kosten, die durch gesteigerte Anforderungen der Polizei und in hygienischer Hinsicht bei den Bauten erwachsen werden.

Was endlich den Rest der zur Bauausführung notwendigen finanziellen Mittel anlangt, so wird denen, die dessen bedürfen, ein zinsfreies Darlehen in voller Höhe gewährt werden, das nach 5 Jahren mit 3% jährlich abzutragen ist, das aber, sofern der Betreffende den Besitz fünf Jahre behält, zu einem Viertel, sofern er 10 Jahre das Grundstück besitzt, zur Hälfte erlassen wird.

Das ist eine finanzielle Hilfsaktion, der man von finanzieller Engherzigkeit nichts anmerkt, die im Gegenteil wohl als besonders bemerkenswert zu erwähnen ist.

Endlich ist durch ein Zusammenwirken der Handels- und Gewerbeverwaltung mit den Handelskammern Ostpreußens, mit den Handwerkskammern der ostelbischen Provinzen, mit Genossenschaften und genossenschaftlichen Organisationen dafür gesorgt, daß die Beteiligung des ostpreußischen Handwerkes, des ostelbischen Handwerks alsdann und weiter auch des Handwerks des ganzen Reiches an dem Wiederaufbau Ostpreußens zum Teil bereits organisiert, zum Teil die Organisation eingeleitet worden ist.

Was ferner die Flüchtlinge anlangt, — deren Zahl auf etwa 350—400 000 geschätzt wird, — so ist mit großer Befriedigung zu berichten, daß, nachdem militärischerseits auch in den letzten von den Russen geräumten Kreisen bedingungsweise die Rückkehr der Flüchtlinge gestattet worden ist, sich in den Monaten April und Mai ein

überaus ſtarker Rückſtrom von Flüchtlingen eingeſtellt hat. Die Zahl derjenigen, die in dieſen beiden Monaten aus der Ferne in ihre Heimatprovinz zurückgekehrt ſind, wird von dem Flüchtlingskommiſſar, dem Landeshauptmann, auf etwa 200 000 geſchätzt. Noch immer dauert, wenn auch in geringerem Maße, der Rückſtrom der Flüchtlinge an. Die beteiligten Behörden und der genannte Kommiſſar haben wiederholt die Überzeugung ausgeſprochen, daß der größte Teil der Flüchtlinge nach ihrer Heimatprovinz zurückgekehrt iſt oder zurückkehren wird, und daß nicht nur die Grundbeſitzer ſelbſt bis zum Beſitzer der kleinſten Scholle ziemlich ausnahmslos bereits ihre Heimat wieder aufgeſucht haben, auch die Arbeiter, inſonderheit auch die landwirtſchaftlichen Arbeiter, in großer Zahl in die Heimat zurückkehren. Die Staatsregierung hat keinen Zwang nach dieſer Richtung hin ausgeübt, ſondern ſich darauf beſchränkt, denjenigen Flüchtlingen, die nicht triftige Gründe für ihr Verbleiben in ihren bisherigen Aufenthalten angeben konnten, die gewährten Beihilfen zum Unterhalt zu entziehen. Jetzt iſt noch von ſeiten der oſtpreußiſchen Behörden die Maßregel getroffen worden, daß Sendboten in diejenigen Gegenden geſchickt worden ſind, in denen man noch Flüchtlinge vermutet, um wenigſtens die landwirtſchaftlich tätigen Arbeiter in ihre Heimat zurückzuführen....

Alle dieſe Tätigkeit hätte den gewünſchten Erfolg nicht haben können, wenn ihr nicht die Staatsregierung finanziell weitgehend zu Hilfe gekommen wäre. Der Staat hat etwa 18 Millionen zur Beſchaffung von Kraftpflügen, Pferden uſw. gegeben, er hat über 6 Millionen für Beſchaffung von Saatgut aufgewendet, und er hat, was bisher meines Wiſſens in dieſer Weiſe noch nicht vorgekommen iſt, eine Beſtellungsprämie von 100 Mark auf das Hektar für die von den Ruſſen heimgeſuchten Landesteile bewilligt, zu dieſem Zweck eine Geſamtſumme bis zum Höchſtbetrage von 30 Millionen zur Verfügung geſtellt, ſo daß alſo für die Frühjahrsbeſtellung in Oſtpreußen im ganzen gegen 55 Millionen Staatsmittel zur Verfügung geſtellt ſind. Damit iſt erreicht worden, daß von 600 000 ha nur etwa 64 000 ha unbebaut geblieben ſind, und zwar fallen unter dieſe 64 000 unbebauten Hektare auch die großen Flächen, die zur Anlegung von Schützengräben und anderen militäriſchen Einrichtungen dort landwirtſchaftlichen Betrieben entzogen worden ſind und vorläufig jetzt noch entzogen bleiben müſſen. Mit

Hilfe der erwähnten Anbauprämien sind etwa 200 000 ha bestellt worden. Dagegen ist es nur in geringem Maße notwendig gewesen, von der Bundesratsverfügung Gebrauch zu machen, wonach nötigenfalls die Kommunalverbände zwangsweise die Bestellung sonst unbestellt bleibender Ländereien vornehmen können. Etwa 7500 ha sind auf diese Weise der Bestellung zugeführt worden.

Aber die finanziellen Leistungen des Staates beschränken sich keineswegs auf das, was für die Landwirtschaft geschehen ist. Etwa 20 Millionen sind für die Flüchtlinge aufgewendet worden, für ihren Aufenthalt, für ihre Zurückführung in ihre Heimat. Mit 7 Millionen hat sich der Staat an der Kriegskreditbank für Ostpreußen beteiligt. Summen sind ausgegeben worden, um den Handwerkern die Wiederbeschaffung von Handwerkszeug zu erleichtern, um den Zurückkehrenden Lebensunterhalt, vorläufige Unterkunft und die nötigen Geräte zu verschaffen. Kurz, es ist eine finanzielle Tätigkeit auf der ganzen Linie entwickelt worden; sie hat überall da eingegriffen, wo finanzielle Beihilfe notwendig war.

In der Kommission herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß der Finanzminister sich bei der Behandlung der ostpreußischen Angelegenheiten von jeder fiskalischen Engherzigkeit freigehalten hat, daß er diese Dinge mit staatsmännischem Weitblick und mit warmherziger Großzügigkeit behandelt hat. Ich hoffe, daß, wie die Kommission in voller Einstimmigkeit dem Finanzminister ihre Anerkennung nach dieser Richtung hin ausgesprochen hat, auch dieses Haus volle Anerkennung für diese Leistung unseres Finanzministers haben wird. Aber die Kommission war ferner auch der übereinstimmenden Meinung, daß alle übrigen beteiligten preußischen Ministerien jedes an seiner Stelle seine Pflicht voll getan und an der Aufgabe der Wiederherstellung Ostpreußens mit voller Treue und mit vollem Verständnis mitgearbeitet hat. Der Minister des Innern, der Landwirtschaftsminister, der Minister der öffentlichen Arbeiten, alle sie müssen in diese Anerkennung für die Tätigkeit im Interesse des Wiederaufbaus Ostpreußens einbegriffen werden.

Mit der Zentralstelle haben aber in vollem Umfange in der hingebenden aufopfernden Tätigkeit für den Wiederaufbau Ostpreußens die örtlichen, die provinziellen Stellen wettgeeifert, sowohl die Staatsbehörden, Oberpräsident, Landräte usw. wie alle Selbstverwaltungsorgane. Alle haben sie ihre volle Kraft in den Dienst

des großen Werkes gestellt. Und wenn in der Kommission vor allen Dingen die Verdienste hervorgehoben worden sind, die der verdienstvolle Mann, der an die Spitze der Verwaltung Ostpreußens und der Hilfstätigkeit gestellt ist, der Oberpräsident, die die Landwirtschaftskammer und ihr Vorsitzender, die der bereits genannte Flüchtlingskommissar entfaltet haben, so soll das nicht auch die volle Anerkennung für all die übrigen Organe des Staates und der Selbstverwaltung ausschließen, die in aufopfernder Tätigkeit zusammengewirkt haben, damit das, was wir alle anerkennen, damit die Ehrenpflicht, Ostpreußen wieder zu voller Blüte zu verhelfen, auch in die Tat umgesetzt wird.

Volle Übereinstimmung herrschte aber in der Kommission darüber, daß es nicht genügt, in vollem Umfange der Provinz Ostpreußen Entschädigungen für die angerichteten Schäden zu gewähren, sondern daß, wenn wir, was ja doch die Meinung und die Auffassung aller ist, der hart bedrückten Provinz, die für die Gesamtheit des Staates gelitten hat, zu neuer und größerer Blüte verhelfen wollen, dazu eine weitergehende wirtschaftliche Hebung der Provinz notwendig ist.

Volle Übereinstimmung herrschte auch darin, daß namentlich nach drei Richtungen hin für die wirtschaftliche Hebung der Provinz zu sorgen sein wird: für innere Kolonisation, für Verbesserung der Verkehrsmittel und für Elektrisierung.

Daß die innere Kolonisation bei der dünnen Bevölkerung der Provinz und angesichts der schweren Verluste, die trotz der Heimkehr eines großen Teils der Flüchtlinge die Bevölkerung Ostpreußens immerhin erlitten hat, ein dringendes Bedürfnis ist, darüber kann, glaube ich, ein Zweifel nicht bestehen. Zwar wird man die Kolonisation selbst erst in vollem Umfange in Angriff nehmen können, wenn die Kriegsgefahr in Ostpreußen nicht nur für den Augenblick, sondern dauernd beseitigt ist, wenn die realen Garantien, von denen der Herr Reichskanzler am 28. Mai im Reichstage gesprochen hat, gegen die Wiederkehr eines solchen Überfalles gegeben sind. Aber schon jetzt muß alles geschehen, um die künftige kräftige planmäßige innere Kolonisation vorzubereiten. Da steht in erster Linie natürlich die Nutzbarmachung der durch den Krieg hervorgetretenen Umstände.

Die größte Schwierigkeit für die Nutzbarmachung von gut bewirtschaftetem Großgrundbesitz für die innere Kolonisation ist der große Gebäudewert, der dadurch nutzlos wird. Jetzt sind auf den Domänen und in den privaten Wirtschaften zahlreiche Wirtschafts- und Wohngebäude des Großgrundbesitzes zerstört. Die Möglichkeit ist gegeben, solchen Großgrundbesitz, derartige Latifundien für die innere Kolonisation bereitzustellen, ohne die wirtschaftlichen Nachteile eines großen Gebäudebestandes mit in Kauf nehmen zu müssen. Deshalb bestand in der Kommission kein Zweifel darüber, daß der Landwirtschaftsminister dafür sorgen sollte, diejenigen Domänen, in denen die Gebäude vernichtet worden sind, nach Möglichkeit für die innere Kolonisation bereitzustellen, auch nach Möglichkeit Besitzungen in privater Hand, die in ähnlicher Weise verwüstet sind, für die Kolonisation zu erwerben. Ein Antrag, der in der Kommission nach der Richtung gestellt war, eine Reihe von Auskünften der Staatsregierung in dieser Hinsicht für die nächste Session zu verlangen, ist daher auch einstimmig angenommen worden.

Der Landwirtschaftsminister hat über das, was bis jetzt geschehen ist, folgende Auskunft erteilt. Er ging, was in der Kommission keinen Widerspruch gefunden hat, davon aus, daß es zunächst darauf ankomme, die in der Provinz Ostpreußen angesessenen Landwirte, Besitzer und Pächter, soweit sie darin bleiben wollen, der Provinz möglichst zu erhalten, daß demzufolge sich der Ankauf von Privatbesitzungen und die Bereitstellung von Domänen für die innere Kolonisation auf diejenigen Fälle zu beschränken haben wird, in denen der Besitzer oder der Pächter nicht mehr in seinem Betrieb zu bleiben wünscht. Auf dieser Grundlage sind bisher etwa 10 Domänenpachtungen frei geworden, die in einer Gesamtfläche von nahezu einer Quadratmeile für die innere Kolonisation zur Verfügung stehen. Über weiteres wird verhandelt und über das Ergebnis dieser Verhandlungen und der Verhandlungen wegen Ankaufs von Privatbesitzungen steht noch ein Bericht des Oberpräsidenten aus. Wir haben uns daher schlüssig gemacht, dem Hause vorzuschlagen, die in den Anträgen vorgesehenen Anfragen an die Königliche Staatsregierung zu richten und die betreffende Auskunftserteilung für die nächste Tagung zu verlangen.

Durch alle Berichte, durch alle Mitteilungen geht wie ein roter Faden, daß Ostpreußen überall schwer unter der Unzulänglichkeit

der Verbindungen mit den übrigen Teilen des preußischen Staates gelitten hat. Die Kohlen konnten nicht angeliefert, das Vieh konnte nicht rechtzeitig zurückgeschafft werden, selbst bei der Zurückschaffung der Flüchtlinge haben sich Schwierigkeiten beim Eisenbahntransport ergeben. Jetzt bei der Heranschaffung der Baumaterialien ergeben sich dieselben Schwierigkeiten. Das liegt daran, daß bisher die Verbindung von Ostpreußen mit den übrigen Teilen unseres Vaterlandes nur durch zwei durchgehende Linien aufrecht erhalten wird, von denen die eine, die Linie Thorn—Insterburg, übrigens nicht durchgängig zweigleisige, sondern zum Teil noch eingleisige Strecken hat. Es besteht daher der dringende Wunsch, nach einer Vermehrung und einer Verbesserung der Verbindungen mit dem übrigen Preußen.

Der Eisenbahnminister hat nach dieser Richtung hin die für Ostpreußen sicher befriedigende Erklärung abgegeben, daß aus militärischen Rücksichten mit der Herstellung einer zweiten zweigleisigen Verbindung nach Ostpreußen und mit dem zweigleisigen und mehrgleisigen Ausbau zahlreicher bisher eingleisiger Strecken in Ostpreußen vorgegangen werden wird. Wenn diese militärischen Bahnausführungen zum Abschluß gebracht sind, so hoffe ich, daß Ostpreußen in bezug auf den Eisenbahnverkehr und die sonstigen Verkehrseinrichtungen voll zu seinem Rechte kommen wird....

Aber nicht nur in bezug auf die Verbindungen der Provinz Ostpreußen mit den übrigen Teilen des preußischen Staatsgebietes, sondern in bezug auch auf den inneren Verkehr sind in der Provinz noch dringende Wünsche vorhanden. Abgesehen von gewissen Wasserverbindungen, unter denen vor allem die Schiffbarmachung des Pregels von Insterburg nach Wehlau im Vordergrunde stehen würde, ist von ostpreußischen Grundbesitzern und Abgeordneten das Verlangen nach einer Verbesserung des Chausseen- und Vizinalwegenetzes geäußert worden. Man führte aus, daß die Provinz Ostpreußen erst sehr spät zum Chausseebau gekommen sei, daß der Kunststraßenbau der Provinz Ostpreußen wegen des Mangels an ausreichendem Steinmaterial sich sehr kostspielig stelle und demzufolge die vom Staate den Provinzen zur Förderung des Kunststraßenbaues zur Verfügung gestellten Mittel keineswegs zur Herstellung eines ausreichenden Kunststraßennetzes genügten. Überdies sei ein großer Teil der Kunststraßen und Vizinalwege infolge des

Krieges in Grund und Boden gefahren und bedürfe einer vollständigen Neuherstellung.

Der Herr Finanzminister hat darauf entgegnet, daß der Kunststraßen- und Vizinalwegebau nicht Aufgabe des Staates, sondern vielmehr Aufgabe der kommunalen Körperschaften sei, daß die Provinz Ostpreußen durch die letzte Provinzialdotation — ich denke: vom Jahre 1901 oder 1902 — einen Ausgleich bekommen habe dafür, daß sie früher in bezug auf den Bestand an Staatschausseen und Staatskunststraßen gegenüber den anderen Landesteilen zurückgestanden habe, und daß endlich nach seinen eigenen Wahrnehmungen das Kunststraßennetz in der Provinz keineswegs so unzulänglich sei, wie aus der Mitte der Kommission behauptet wurde. Demgegenüber war die übereinstimmende Meinung der Kommission, daß zwar der Staat den Kunststraßen- und Vizinalwegebau nicht selbst in die Hand nehmen solle, daß er aber, wie er schon jetzt Mittel für diesen Zweck den Provinzen zur Verfügung stelle, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit umfassende Maßnahmen auf diesem Gebiete zu treffen und der Provinz wegen ihrer geschwächten Leistungsfähigkeit erhöhte Mittel möglichst bald zur Verfügung zu stellen haben werde.

Dasselbe gilt von der Elektrisierung der Provinz, die auch von ihr ausgeführt werden soll, für die aber jetzt, nachdem die Leistungsfähigkeit der Provinz und ihrer Bewohner durch den Krieg empfindlich geschwächt sei, ihre finanzielle Kraft nicht mehr ausreiche.

Nach beiden Richtungen empfehle es sich, der Provinz aus dem 400-Millionenfonds eine ausreichend hohe, einmalige Dotation zu gewähren und sie so instand zu setzen, für die Verbesserung und Hebung der örtlichen Verkehrsmittel, der Kunststraßen und Vizinalwege wie für die Elektrisierung der Provinz in sachgemäßer Weise zu sorgen.

Demzufolge schlägt Ihnen die Kommission im Anschluß an den schon vorhin erwähnten Antrag wegen Auskunfterteilung in der nächsten Tagung vor, zunächst der Staatsregierung volle Anerkennung für das auszusprechen, was bisher für Ostpreußen geleistet ist, dann aber daran eine Forderung zu knüpfen, die dahin geht:

> die Königliche Staatsregierung unter voller Anerkennung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau von Ostpreußen zu ersuchen, auf die weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrisierung Bedacht zu nehmen.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlag Ihrer Kommission einstimmig anzunehmen.

Meine Herren, Friedrich der Große hat nach dem Siebenjährigen Kriege mit einer gewaltigen Kulturarbeit die von dem Kriege heimgesuchten Teile Preußens nicht nur in ihrer Wirtschaftlichkeit wiederhergestellt, sondern zu höherem Wohlstand, zu höherer Kultur gehoben. Was heute für Ostpreußen geschieht, was für Ostpreußen im Werke und geplant ist, stellt sich, so scheint mir, dieser Kulturtätigkeit des großen Königs ebenbürtig zur Seite.

Aber ein großer Unterschied waltet zwischen damals und jetzt doch ob. Friedrich der Große konnte an die Wiederbelebung der vom Kriege heimgesuchten Teile seines Staates erst gehen, als die Waffen ruhten, als der Friede geschlossen war. Der preußische Staat und das preußische Volk sind aber, während noch die Wogen des Weltkrieges uns umtoben, selbst, als noch Teile der Provinz von den Russen besetzt waren, unmittelbar an den Wiederaufbau der schwer geschädigten Provinz gegangen. Das zeugt, wie in der Kommission hervorgehoben worden ist, von einem ganz ungewöhnlichen Maß von Spannkraft des preußischen Staates und des preußischen Volkes. Diese Spannkraft aber legt wiederum an dieser Stelle Zeugnis ab von dem hohen Maß von sittlicher und wirtschaftlicher Stärke, die dem preußischen Staate und dem preußischen Volke innewohnt. Aus dem, was wir für Ostpreußen tun und leisten, werden unsere deutschen Brüder, werden unsere treuen Bundesgenossen doch das Vertrauen gewinnen können, daß der preußische Staat und das preußische Volk nicht nur willens, sondern auch stark genug ist, durchzuhalten bis zum vollen Siege, der uns vor der Wiederkehr solcher schweren Kriegsleiden und Kriegsgefahren dauernd schützt.

11) Aus dem Vortrag des Oberpräsidenten von Batocki „Gegenwartsarbeit und Zukunftshoffnungen für Ostpreußen", gehalten am 4. Februar 1916 in der Börse zu Königsberg i. Pr.

Wenn ich vor Ihnen über den Gegenstand „Gegenwartsarbeit und Zukunftshoffnungen für Ostpreußen" sprechen will, so werden Sie von mir keine bis ins einzelne gehende Darstellung aller Gedankengänge, Pläne und Ziele erwarten, die sich auf das gewaltige

Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Provinz beziehen. Ich kann Ihnen nur einzelne Schlaglichter geben, nur einzelne Ausschnitte aus den Maßnahmen und Plänen, die gehegt werden.

Nach preußischen Friedensgewohnheiten würde es bedenklich erscheinen, daß derjenige Beamte, der für die vielfach noch im Stadium der Erwägungen und Beratungen stehenden staatlichen Maßregeln an erster Stelle verantwortlich ist, hierüber schon vor der breiteren Öffentlichkeit spricht, bevor noch die näheren Bestimmungen getroffen sind; aber die Kriegslage und die Kriegsschicksale unserer Provinz nötigen uns, wie mit mancher anderen Friedensgewohnheit auch mit dieser Gewohnheit zu brechen.

Mit dem Augenblick, wo mir durch die Gnade Sr. Majestät mein jetziges Amt übertragen wurde, ward es mir klar, daß ich diese Aufgaben nur lösen könnte, in ständiger enger Fühlung mit der Öffentlichkeit, mit allen an der Sache beteiligten Kreisen der Bevölkerung und mit ihren berufenen Vertretern. Es war mir klar, daß ich dazu die ständige Unterrichtung aller Beteiligten über das Geplante und Angeordnete veranlassen mußte, soweit es irgend möglich war. Der auf diese Weise erzielten allseitigen Mitarbeit und Mitberatung ist es zu danken, wenn die Arbeit bisher so weit gefördert werden konnte. Ich habe mich dabei nicht auf die Provinz Ostpreußen beschränkt, sondern ich habe auch gern Gelegenheit genommen, mich von sachkundigen Männern aus anderen Provinzen, ja außerhalb des Deutschen Reiches über die Verhältnisse und Bedürfnisse unterrichten zu lassen, und gerade dieser Rat von unbeteiligten, die Dinge von außen her beurteilenden Personen war oft besonders wertvoll....

Über die Kriegsschäden der Provinz nur wenige Worte! Es ist darüber so viel gesprochen worden, daß ich mich ganz kurz fassen kann. Die Behauptung, daß sie 3 Milliarden betragen, habe ich schon öffentlich zurückgewiesen; sie betragen wohl nicht viel mehr als ein Drittel davon, wenn sich auch die Summe nicht genau übersehen läßt. Wir haben uns gewöhnt, mit gewaltigen Zahlen zu operieren. Die Million als Einheitszahl reicht nicht mehr aus. Man rechnet nach Kriegstagen von 60 Millionen Mark und wird vielleicht bald mit solchen von 100 Millionen rechnen, wenn das so weiter geht. Wir aber wollen versuchen, mit der einfachen Million weiter zu

rechnen, um in den Friedensstand, wo man manchmal auch mit einer Mark und fünfzig Pfennig rechnen muß, später nicht gar zu schwer wieder hineinzukommen. *Sparsamkeit* ist geboten, aber *Knauserei wäre verfehlt*. Wir haben da zwei Beispiele. Vor 200 Jahren, als nach den schweren nordischen Kriegen die Pest und Seuchen unter Menschen und Tieren den Rest des Wohlstandes vernichteten, hat Friedrich Wilhelm I. eine für die damalige Zeit ganz gewaltige Summe aufgewendet. Sein Nachfolger, Friedrich der Große, hat dies fortgesetzt und hat es erreicht, daß die völlig vernichtete Provinz in ein oder zwei Menschenaltern zu einer für die damalige Zeit hocherfreulichen Blüte gediehen war. Hundert Jahre später — also jetzt vor etwa hundert Jahren — erlaubte es die Lage des Gesamtstaates, erlaubte es wohl auch die durch diese gedrückte Lage hervorgerufene ängstliche und kleinliche Auffassung der Regierenden nicht, energisch mit den nötigen Mitteln der Provinz aufzuhelfen, nachdem sie so unendliche Opfer gebracht hatte. Wenn man die verhältnismäßigen Mißerfolge der damaligen Wiederaufbauarbeiten unter dem Oberpräsidenten von Schön und seinem Vorgänger betrachtet, so liegen die nicht allein in Fehlern, die gemacht sind, sondern in dem Mangel an Mitteln. Die Mittel waren so gering, daß auch der Beste damit nichts Durchschlagendes erreichen konnte.

Falsche Sparsamkeit ist also nicht angebracht, und wir können unserem König, der nach seinem Befehl handelnden Staatsregierung und der ihr zustimmenden Volksvertretung danken, daß sie von dieser falschen Sparsamkeit gegenüber Ostpreußen weit entfernt sind. Trotzdem müssen wir *unsererseits* natürlich — das habe ich wiederholt ausgesprochen und möchte es nochmals wiederholen — bedenken, daß es *fremdes Geld* ist, das wir verwalten, und daß jede Verschwendung ein Verbrechen wäre. Wir dürfen uns aber andererseits nicht, wie das in der Öffentlichkeit manchmal geschieht, irreführen lassen durch unvernünftige Forderungen, die der eine oder andere wirklich oder angeblich gestellt hat. Zwischen Forderung und Bewilligung ist ein großer Unterschied, und die Bewilligungen werden noch gründlich nachgeprüft werden, und es wird manches davon abgehen. Die Instanzen dafür sind vorbereitet; es soll ein besonderer Vertreter der Reichs- oder Staatsregierung bei jeder wichtigeren Schätzung mitwirken, und es soll alles daran gesetzt

werden, daß niemand einen Pfennig mehr bekommt, als er zur Beseitigung seiner Schäden wirklich verdient. Die Beunruhigung, die in dieser Hinsicht besteht, ist nicht gerechtfertigt. Sie wird zum Teil dadurch hervorgerufen, daß es sich vorläufig nur um eine ganz oberflächliche Schätzung handeln konnte, die nicht endgültig maßgebend ist und nur als Grundlage dienen soll für die Vorentschädigung, für die vorläufigen Mittel, die nötig sind, um die Wirtschaft, den Haushalt und die Gebäude wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen. Auch dafür werden gewaltige Summen angewandt. Die 400 Millionen, die im vorigen Jahre als zunächst nötig in Aussicht genommen waren, sind schon annähernd erreicht und werden bald überschritten werden. Aber je länger die Zeit dauert, desto geringer werden allmählich auch die neuen Vorentschädigungsbedürfnisse werden, desto mehr nähern wir uns dem Stadium der endgültigen Schadenregulierung, und in einigen Kreisen ist dieses Stadium schon bald erreicht.

Wenn ich mich zu Einzelheiten wenden soll, möchte ich zunächst sprechen von dem, was am meisten offensichtlich ist, was am meisten Interesse erregt, und was dabei vielleicht nicht gerade das Wichtigste für die Zukunft der Provinz ist, von dem äußeren Ansehen, von den Baulichkeiten. Kaum daß Hindenburg die Russen vertrieben hatte, da entstand eine Begeisterung unter der deutschen Baukünstlerschaft, in der deutschen mit anderen Fragen wenig beschäftigten Bau- und Kunstliteratur für den Wiederaufbau Ostpreußens in Schönheit, manche neigten sogar zur Pracht. Ganz wunderbare künstlerische Auffassungen traten da zutage. Es wurde ernstlich von manchen Seiten vertreten, es sollte ein hervorragender freischaffender Baukünstler in jede kleine Stadt gesetzt werden und sollte da dieser Stadt den Stempel seiner Persönlichkeit und seiner Kunst aufprägen. Das klingt auf dem Papier sehr schön. Wenn man sich von einem freischaffenden Künstler ein Porträt malen läßt, und es wird schlecht, dann kann man es in die Fremdenstube hängen. Wenn aber eine Stadt verkehrt gebaut wird, dann kann man nicht nur dem Künstler fluchen, sondern muß viele Jahre unter der freien Auslebung seiner künstlerischen Persönlichkeit leiden. Es ist also Vorsicht dabei geboten. Wir haben versucht, auch das andere Extrem zu bekämpfen, nämlich den Gedanken, daß von Unternehmern jede Stadt nach einem festen Anschlage binnen 12 oder

18 Monaten schlüsselfertig abgeliefert werden sollte. Das führt sehr leicht zu einer geschmacklosen Kasernenarbeit und zur Tötung jeder künstlerischen Individualität, die wir auch bei einfachen und schlichten Aufgaben brauchen und wünschen. Wir haben versucht, den richtigen Mittelweg einzuschlagen zwischen Praxis und Kunst, zwischen Wirtschaftlichkeit und Schönheit, womit ich nicht sagen will, daß die Wirtschaftlichkeit unter allen Umständen unschön sein muß.

Vor allen Dingen haben wir versucht, die Protzerei zu bekämpfen... Es wäre nichts unvernünftiger, als wenn Städte wie Tapiau oder Domnau oder Johannisburg, die bei aller Fürsorge doch immer kleine, bescheidene, auf Zurückhaltung angewiesene Orte bleiben werden, auch nur ein Rathaus bekommen würden, das in seiner Ausstattung und in seinem Umfange über das vernünftige Maß hinausgehen würde, und ich kann mit Dank feststellen, daß ich überall, auch bei der Bürgerschaft dieser Städte, volles Verständnis dafür gefunden habe, daß nirgends der Wunsch nach Protzerei, sondern der verständige ostpreußische Wunsch nach vernünftiger Beschränkung mir begegnet ist, und wo es einmal nicht der Fall ist, werden wir Mittel und Wege finden, das zu erreichen.

Damit ist nicht gesagt, daß alles häßlich und öde werden soll im Kasernenstil. Man kann sehr wohl schlicht und billig und doch verhältnismäßig schön bauen.... Kleine Verschönerungen kann man im allgemeinen mit kleinen Kosten durchführen, und die wollen wir auch nicht scheuen; denn wir wollen für Jahrhunderte bauen, und es wäre falsch, aus übertriebener Sparsamkeit etwas zu machen, was hinter dem *berechtigten* Wunsche nach Schönheit zurückbliebe. Wir leben unter einer wenig Wärme spendenden Sonne, in einem kalten Klima, weit entfernt vom Verkehr. Desto mehr haben unsere Bürger Anspruch darauf, daß ihre Heimat einigermaßen schön, freundlich und behaglich wird, und wenn etwas *dafür* ausgegeben wird, kommt es innerhalb verständiger Grenzen doch der Zukunft unserer Provinz zugute.

Wenn ich über die *Technik des Wiederaufbaus* noch etwas sagen darf, so möchte ich erwähnen, daß wir zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Bauten scheiden müssen. Auch die *letzteren* können neben der Zweckmäßigkeit Schönheit nach Möglichkeit besitzen, man muß da aber sehr viel zurückhaltender und vorsichtiger sein. Es kommt bei einem Stall vielmehr darauf an, daß der

Ochse sich darin wohl fühlt, als daß der Künstler ihn hübsch findet. Manchmal baut man auch einen Stall künstlerisch von außen nach innen; außen ist er gotisch, und drinnen krepieren die Ferkel.

Es werden vielfach Umlegungen nötig sein. Die alten Städte bei uns und die Dörfer sind zwar größtenteils praktisch und zweckmäßig angelegt, schon von der Ordenszeit her und auch in späterer Zeit. Aber in den Jahrhunderten haben sich doch die Bedürfnisse geändert. Vielfach sind die Grundstücke so schmal, daß man kein vernünftiges Geschäftshaus oder Wohnhaus erbauen kann, vielfach liegen in den Dörfern die Häuser so eng aneinander, daß der eine Bauer durch den anderen gehindert wird, seine Wirtschaft zu betreiben, und manchmal sind die Ländereien so zerstückelt, daß eine Änderung erwünscht wäre. Ein neu in Aussicht genommenes Gesetz bietet die Möglichkeit, die Sache schnell und einfach zu machen. Ich kann feststellen, daß ich auch hierfür überall Verständnis gefunden habe, und ich glaube, daß wir auf diesem Wege leicht und glatt vorwärts kommen werden.

Der erste Grundsatz ist der, daß der Bauherr nur soweit als unbedingt nötig bevormundet werden soll; denn schließlich hat darüber, wie ein Haus oder ein Stall gebaut werden soll, doch in erster Linie der zu bestimmen, der das Gebäude bewohnen oder benutzen soll, und erst, wenn er die öffentlichen Interessen durch grobe Geschmacklosigkeiten oder durch schlechtes Bauen schädigt, hat die Öffentlichkeit einzugreifen. Also die Freiheit des Bauherrn in der Planung und in der Ausführung soll, soweit dies mit den öffentlichen Interessen zu vereinbaren ist, bewahrt werden. Das gilt für Stadt und Land. Er soll nur beraten werden, und dazu haben wir ein meiner Verwaltung angegliedertes Hauptbauberatungsamt und Bauberatungsämter unter Architekten in den verschiedenen zerstörten Gebieten, daneben für landwirtschaftliche Bauten noch Kreisbauberatungsstellen, die für diese Einrichtungen besonders gebildet sind und besonders dafür wirken, daß da praktisch und zweckmäßig gehandelt wird. Ein Glück ist, daß ich in meiner früheren Eigenschaft als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer dem landwirtschaftlichen Bauwesen besondere Aufmerksamkeit gewidmet und seit Jahren durch das Bauamt der Landwirtschaftskammer vorgearbeitet und festgestellt habe, welche Bauweisen für Ostpreußen praktisch und billig und gesund für Menschen und Tiere

sind, so daß eine Menge von Mißgriffen vermieden werden kann; denn wir dürfen nicht vergessen, daß unser Klima ganz anders ist, als in Mittel- und Süddeutschland, und für Menschen und Tiere ganz andere bauliche Einrichtungen erfordert. Es wäre nichts verfehlter, als wenn man manche in anderen Landesteilen bewährte Einrichtungen auf uns und unser Klima übertragen würde....

Wenn man nun einen Plan fertig hat, dann ist es noch nicht so einfach, in Kriegszeiten zu bauen. Das erfährt heute jeder, der den kleinsten Bau machen will.... Wenn man hart an der russischen Grenze wohnt, ist das noch viel schwieriger, denn es gibt wenig geübte Handwerker und wenig Baustoffe, und die Eisenbahnen sind nicht in der Lage, alles hinzuschaffen, wie sie es sollten. Es ist eine Baustoffgesellschaft vom Staate eingerichtet, die versucht hat, zu möglichst preiswerten Bedingungen Baustoffe hinzuschaffen. Es ist von mir mit den Bauhandwerkern und Bauarbeitern verhandelt worden, und ich kann dankend hervorheben, daß die Gewerkschaften sich bemüht haben, in zweckmäßiger Weise auf Grund von Tarifverträgen für Ostpreußen Arbeitskräfte heranzuschaffen. Deren Unterbringung hat freilich in den zerstörten Gebieten große Schwierigkeiten gemacht, und es ist so mancher junge Herr, der eben das Zimmermanns- oder Maurerexamen gemacht hat und der von Sachsen oder der Rheinprovinz hierher gekommen ist, bald wieder abgereist, wenn ihm zugemutet wurde, auch so zu wohnen, wie die Ostpreußen im Grenzgebiet es müssen. Wir wollen versuchen, im nächsten Jahre die Unterbringung besser zu gestalten. Trotzdem wird es nicht annähernd gelingen, im nächsten Jahre so viel zu bauen, als nötig wäre, auch wenn wir Kriegsgefangene und vom Militär beurlaubte Kriegsbeschädigte zu Hilfe ziehen würden.

Die Unterbringung der Bewohner im vorigen Winter, nicht selten notgedrungen, spottete jeder Beschreibung, und es ist dankenswert, daß die Menschen es da überhaupt ausgehalten haben. Es sind Opfer und Entbehrungen gebracht, ruhig und ohne zu klagen, die wirklich hoch anzuerkennen waren. Man kann aber nicht verlangen, daß es weiter so geht, und auch im Sinne der Sittlichkeit und Gesundheit nicht wünschen, daß z. B. zwei Familien mit Kindern noch einen Winter in einer kleinen Wohnung zusammen wohnen. Wir müssen versuchen, möglichst viele zerstörten Wohnungen in diesem Baujahre fertig zu bringen und so viel Scheu-

nen und Ställe, daß die Landwirte ihren Betrieb wieder richtig aufnehmen können, ferner wenigstens die nötigen Geschäftshäuser in den Städten, die beinahe in allen Städten zerstört sind, weil sie meistens am Markt liegen und die Märkte am meisten von der Zerstörung betroffen sind, damit auch die Gewerbetreibenden die guten Geschäfte, die sie jetzt in dieser Zeit machen könnten, richtig wahrnehmen können. Der Staat kommt dabei in weitgehendem Maße entgegen; durch Gewährung von Zuschlägen zu der Feuerversicherungssumme und durch Darlehen für diejenigen, die ihr Haus mit den Zuschlägen nicht aufbauen können, sucht er es zu erreichen, daß jeder sein Haus mindestens in demselben Umfange zweckmäßig und gut aufbauen kann, ohne sich in große Schulden zu stürzen.

Die Fürsorgevereine, die sogenannten Patenvereine, die sich unter der Leitung des früheren Landrats von Gumbinnen, Freiherrn von Lüdinghausen in Berlin, gebildet haben in den verschiedensten Teilen Deutschlands, suchen uns bei der Förderung des Wiederaufbaues und anderer gemeinnützigen Angelegenheiten zu helfen. Eine besonders wichtige Frage ist die Beschaffung der Arbeiterwohnungen, der Wohnungen für die kleinen Leute. Die lag ja schon, wie alle wissen, im Frieden recht im argen, viel weniger auf den Gütern, wo gerade in den letzten 10 Jahren außerordentlich viel zur Verbesserung getan ist, als vielmehr in den Dörfern, wo es vielfach überhaupt keine Mietswohnungen mehr gab, und in manchen kleinen Städten....

Ich verfolge den Grundsatz, wenn der Staat Geld zum Kleinwohnungsbau gibt, daß die Wohnungen auch so sein müssen, daß sie für Jahrzehnte allen Anforderungen genügen. Die Patenstädte helfen mit, und auch der Staat soll dazu helfen. Ob es sich um Mietshäuser handelt oder um kleine Eigenwohnhäuser, die jetzt modern geworden sind, ist Nebensache. Das müssen wir für Ostpreußen erreichen; denn wenn man sieht, wie gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege, wo es der Industrie sehr gut gegangen ist, die früher sehr traurigen Wohnungsverhältnisse vieler Industriearbeiter gebessert worden sind, da müssen wir, wenn wir unsere Bevölkerung in der Provinz fesseln und vermehren sollen — und das ist unsere Hauptaufgabe — auch in der Richtung Besserung eintreten lassen....

Ob das Streben nach Eigenheimen so weit geht, oder ob die Leute meistens lieber in Mietswohnhäusern wohnen, müssen wir

der Zukunft überlassen. Ich habe in meiner Verwaltung eine besondere Abteilung eingerichtet, die nur dazu da ist, diese wichtigen Fragen zu prüfen.

Die Patenstädte haben auch noch andere Absichten. Sie wollen Mittel schaffen für alle möglichen Wohlfahrtszwecke, z. B. für Kleinkinderschulen, für Kinderhorte und Volksbadeanstalten in den Städten.... Das liegt in den kleinen Dörfern und Städten im allgemeinen sehr im argen, und ich glaube, daß das Fehlen dieser und aller möglichen sonstigen Bequemlichkeiten mit ein Grund ist, weshalb so wenig Neigung besteht, sich da anzusiedeln.

Auch das Handwerk soll durch die Patenstädte gefördert werden.

Wir hoffen, daß — wenn auch nicht im Jahre 1916 und wohl auch noch nicht 1917 — so doch vielleicht 1918 die zerstörten Gebäude — es sind bekanntlich 30—40 000 — wieder hergestellt sein werden und schöner und besser wieder hergestellt sein werden bei aller Sparsamkeit, als sie früher waren.

Eng zusammen hängt damit der Hausrat. Auch der lag sehr im argen. Was die oberen Schichten heute schön finden, das finden die mittleren in 10 Jahren schön und die ärmeren in 30 Jahren. Nun ist es ja traurig, daß die oberen Schichten vor 30 Jahren das schön fanden, was so häßlich wie möglich ist, die mißverstandene Gotik. Das ist nun ins Ärmliche übersetzt in die kleinen Wohnungen übergegangen, und dagegen anzukämpfen ist sehr schwer. Wir haben von München her in großen Mengen größtenteils recht wohlgelungene Wohnungseinrichtungen geschenkt bekommen, auch andere Städte und Bundesstaaten bemühen sich darum, aber im großen ganzen finden die Leute selbst das nicht schön, sondern vermissen die Muschelaufsätze, die gedrehten Füße, das Plüschsofa und alles das, was in die „gute Stube" gehört, die breiten Goldrahmen an den Öldrucken und vieles andere, und deswegen ist es nicht ganz einfach, ihnen das abzugewöhnen. Schließlich ist ein entscheidender Wert darauf nicht zu legen. Wenn jemand sich in dem, was ihm gefällt, wohl fühlt, wenn jemand lieber in einem kleinen und beschränkten Raume wohnt und die andere „gute Stube" nur dreimal im Jahre benutzt, so ist das schließlich seine Sache. „Sein Haus ist seine Burg", man muß ihm das überlassen. Im großen ganzen habe ich den Eindruck, als ob doch unsere Ausstellungen, Vorträge usw. manches

gebessert haben, und als ob wir in Ostpreußen, die wir im Hausrat vorher sicherlich nicht an der Spitze der Kultur marschierten, doch damit vorangehen werden, so daß später die Möbel in anderen Gegenden durchschnittlich noch viel häßlicher sein werden als in Ostpreußen.

Die Aufbauarbeiten, die eine große Reihe von Millionen ins Land bringen, bedeuten selbstverständlich einen starken wirtschaftlichen Aufschwung unserer Provinz, und die große Annehmlichkeit ist, da der Staat das Geld gibt, daß die Rechnungen verhältnismäßig bald bezahlt werden.... Diese Schnelligkeit in der Regulierung der Rechnungen ist sehr nützlich; denn die scharfe Anspannung des Kredits, die späte Bezahlung der Rechnungen und das lange Wartenlassen der Gewerbetreibenden war früher einer der Krebsschäden des Wirtschaftslebens in Ostpreußen, und wir hoffen, daß durch den Krieg sicher in der Hinsicht eine bedeutende Besserung eintreten soll.

Daß manche Handelszweige in Ostpreußen durch den Krieg lahmgelegt worden sind, daß namentlich der Getreidehandel und der Kartoffelhandel fast vernichtet wurden, ist bekannt. Aber das sind nur einzelne Zweige. Eine Neuregelung, von der wir uns viel versprechen, ist jetzt dem Viehhandel zuteil geworden....

Im allgemeinen haben wir in der Provinz vom Frieden viel zu erwarten, aber auch viel zu befürchten; denn unsere Haupthandelsbeziehung bestand mit Rußland, und wie sich unsere Handelsbeziehungen zu Rußland gestalten werden, läßt sich nicht voraussehen.

Wir können aber dessen sicher sein, daß eine Reihe von Jahren hindurch bei der Wiederherstellung der Provinz immerhin die meisten Zweige unseres Handels und Gewerbes eine einigermaßen befriedigende Tätigkeit finden werden, und wir können hoffen, daß diese bei uns immerhin rückständigen Zweige vorwärts kommen werden. Ob unsere Industrie sich steigert, ob neue Handelszweige entstehen, das kann niemand voraussehen. Das hängt ab von den Verkehrswegen, von den Beziehungen zu den Nachbarn....

Wir leben jetzt in einer großen Geldflüssigkeit. Viel Geld fließt auch nach Ostpreußen. Die Kredite, die angespannt waren, sind zum großen Teil abgedeckt. Die Kriegskreditbank wird wenig in Anspruch genommen. Ich habe den Eindruck, daß mancher durch die derzeitige Geldflüssigkeit irregeführt wird, und ich halte es für

gut, davor zu warnen. Ein unberechtigter Optimismus ist in Geldsachen ebenso falsch wie Pessimismus.

Ostpreußen war vor dem Kriege schwer verschuldet. Das war nicht die Schuld der Ostpreußen; es kam daher, weil es Jahrzehnte lang infolge der Kriege vor 100 Jahren wirtschaftlich tief heruntergekommen war, so daß Dinge, die anderswo längst fertig waren, hier erst neuerdings beschafft werden mußten. Damit waren Mißstände verbunden. Man kann hoffen, daß jetzt nach dem Kriege eine Überspannung des Kredits nicht wieder eintreten wird, wenn alle darin vorsichtig zurückhalten und sich hüten, aus der augenblicklichen Geldflüssigkeit zu falschen und leichtfertigen Maßnahmen sich drängen zu lassen....

Alle solchen Maßnahmen wurden bisher bei uns durch die überaus hohe Anspannung unserer kommunalen Steuern erschwert. Man muß für das Vergnügen, in Ostpreußen zu wohnen, doppelt soviel Steuern zahlen, als wenn man in irgendeiner reicheren westlichen Gegend wohnt. Je ärmer und schmutziger die kleine Stadt ist, desto höher muß man im allgemeinen steuern. Je primitiver die Schulen sind, desto höher meist die Abgaben. Das kommt daher, weil die, die etwas vor sich gebracht haben, den Ort verlassen und nur die, welche wenig haben, zurückbleiben und auf diese Weise zu immer höheren Zuschlägen herangezogen werden, ohne daß die erwünschten Anlagen von der Gemeinde gemacht werden können. Wir wollen hoffen, daß auch hierin in Zukunft eine Änderung eintritt. Denn wenn es nicht geschieht, hilft aller Wiederaufbau nichts. Ich habe mich mit dem Thema seit Jahren beschäftigt, und es ist mir gelungen, allmählich ein gewisses Verständnis auch außerhalb Ostpreußens dafür zu erreichen, das hoffentlich zu Taten führen wird.

Über die Volksernährung habe ich schon einiges gesagt. Wir können immer noch zufriedener sein wie die anderen Provinzen. Denn wir sind eine Überschußprovinz, und wenn bei uns manche Dinge knapp sind, so können wir sicher sein, daß sie anderswo noch knapper sind. Beim Petroleum und bei der Kohle sind allerdings die Bahnschwierigkeiten ein ungünstiges Moment. Es ist aber bei uns im großen und ganzen unberechtigt, wenn wir unser Schicksal beklagen, wo die Allgemeinheit soviel für uns tut.

Wir unsererseits haben dafür zu sorgen, daß die Zentren der In-

dustrie von uns Nahrungsmittel abbekommen. Wir können nicht egoistisch handeln, etwa durch Ausfuhrverbote uns unsern Bedarf erhalten; sondern wir müssen, wo für uns soviel getan wird, für die anderen sorgen und es uns nicht gereuen lassen, wenn wir es knapper haben, als uns angenehm ist. Wir haben es immer noch sehr viel besser als viele Soldaten im Schützengraben; und es sollte für jeden eigentlich eine Genugtuung sein, wenn er es wenigstens im Essen nicht besser hätte wie die.

Die Landwirtschaft, die für die Provinz das wichtigste Gewerbe ist, will ich nicht zu eingehend behandeln, sie war in den letzten zehn Jahren durch das Zusammenfallen günstiger Umstände, einer günstigen Wirtschaftspolitik und der großen Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik, in große Blüte gekommen. Die Ausstellung im Jahre 1913 zu Königsberg hatte nach dem Urteil auswärtiger Besucher ein stolzes Bild der ostpreußischen Landwirtschaft geboten. Und wenn wir noch wenige Jahre Frieden gehabt hätten, wäre sie auf eine Höhe gekommen, an die vor 20 Jahren noch kein Mensch in Ostpreußen gedacht hätte. Davon ist viel zerstört. Aber wir können hoffen, daß wir das Zerstörte bald wieder herstellen und über den alten Standpunkt hinauskommen können.

Ostpreußen steht in vielen Dingen zu Unrecht in Verruf. Es ist kein überwiegendes Großagrarland, sondern die Grundbesitzverteilung ist besser im Sinne des Bauernstandes wie in den meisten anderen östlichen Provinzen. Ferner haben wir in Ostpreußen im Frieden die wenigsten ausländischen Arbeiter gebraucht von den östlichen Provinzen. Es ist trotzdem bedauerlich, daß wir so viele brauchten, auch wenn die Verhältnisse in vielen anderen Provinzen viel ungünstiger waren wie bei uns.

Daher muß noch manches geschehen. Insbesondere sollen vom Feinde zerstörte Domänen und Privatgüter aufgeteilt werden, um die Zahl der Bauernstellen und die Bevölkerung zu vermehren.

Als ich jetzt vor etwas weniger als einem Jahre durch die Provinz fuhr, wo eben Hindenburg die Russen hinausgeworfen hatte, konnte man verzweifeln. Selbst Optimisten verzagten in diesen zerstörten, von keinem Menschen oder nur von wenigen heruntergekommenen, zum Teil aus Angst über die Quälerei halb geisteskrank gewordenen alten Leuten bewohnten Dörfern, wo außer halbwilden Hunden und Katzen kein Tier zu sehen war: nichts als Tod und Trümmer, wo

keine Scheune ihr Dach hatte, kein Feld im Herbst hatte bestellt werden können.

Wenn man das alles sah, dachte man, es könnte nicht sobald in Ordnung kommen. Es ist überraschenderweise in Ordnung gekommen. Der Staat entschloß sich bekanntlich, für die ganzen erst im Februar befreiten Gebiete eine Bestellungsprämie von 25 Mark für den Morgen auszusetzen. Das wurde bekannt gegeben; die Leute strömten zurück, und es gelang, $^4/_5$ oder mindestens $^3/_4$ des Ackers noch zu bestellen. Das Wetter war allerdings ungünstig, weshalb die Bestellung wenig gelohnt hat. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß von der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Grenzkreise damals wirklich eine Heldentat geleistet ist. Denn sie mußten, immer noch weiter unter dem Donner der feindlichen Geschütze, der ständigen Gefahr des neuen Durchbruchs, ihre Arbeit verrichten. Sie hatten erlebt, was sie dann von den Russen zu erwarten hatten; und trotzdem hatten sie — mit verschwindenden Ausnahmen — vom großen Besitzer bis zum kleinsten Landarbeiter ihre Wirtschaft in Ordnung gebracht und in Gang gesetzt[1]). . . .

Die Russen haben versucht, unsere Pferdezucht zu ruinieren. Es ist ihnen nicht gelungen. Es sind genug edle ostpreußische Pferde übrig geblieben, um die Pferdezucht in wenigen Jahren wieder in voller Blüte zu haben. Auch mit der Viehzucht ist es ihnen nicht gelungen. Es wird ihr in wenigen Jahren hoffentlich gelingen, auf den alten Stand zu kommen. So kann man hoffen, daß die Betriebe der Landwirtschaft nach dem Kriege recht bald wieder in Gang kommen werden.

Damit dürfen wir uns aber nicht genügen lassen. Wir müssen die Erträge steigern. Ostpreußen hat 9 Millionen Morgen Acker. Wenn auf diesen 9 Millionen Morgen, durcheinander gerechnet, nur je $^1/_2$ Zentner Getreide mehr wächst als jetzt, würden $4^1/_2$ Millionen Zentner an Brotgetreide, der Bedarf für $2^1/_2$ Millionen Menschen, herauskommen, nach dem Brotkartensystem also mehr, als die Bewohner Ostpreußens verbrauchen. Wenn es gelingt, nur um diesen kleinen Betrag durchschnittlich die Ernte zu steigern, so haben wir zur Ernährung für die gesamten Bewohner Ostpreußens mit Brotgetreide das volle Quantum mehr als bisher herausgewirtschaftet.

---

[1]) Vgl. Heft 36 der Berichte der Landwirtschaftskammer.

Wenn es gelingt, von den Kühen je $^1/_2$ oder 1 Liter Milch mehr am Tage zu erzielen, so haben wir die frische Milch für die ganze Bevölkerung Ostpreußens mehr hervorgebracht, können also das übrige abgeben.

Das beweist, daß in einem Lande, wie Deutschland, die Opfer für die Hebung der Landwirtschaft nicht vergebens sind, sondern jede solche Maßnahme lohnend ist und sich gut verzinst. Freilich das Klima, der kurze Sommer, der lange Winter, erschweren uns den Betrieb auf das äußerste. Aber trotzdem wird es der Zähigkeit der Landwirte gelingen, diese Hindernisse immer mehr zu überwinden.

Noch einige Worte darüber, was das Leben schön macht, die Kunst und die Wissenschaft. Mitten unter dem Kriegsdonner werden in Königsberg 2 Bauten neu bezogen: eine neue Kunstakademie, die draußen vor dem Tore in Ratshof entsteht, und eine neue Kunstgewerbeschule, die gleichfalls der Mittelpunkt für erfreuliche Bestrebungen auf dem Gebiete werden soll. Die Wissenschaft arbeitet — wie überall in Deutschland — auch bei uns weiter; und ich kann es mit besonderem Danke feststellen, welch weitgehende Unterstützung und Mithilfe wir von der Wissenschaft erfahren haben.

Die Geschichtslehrer der Hochschule haben mir geholfen, ein Werk über die Arbeit des Oberpräsidenten von Schön herauszugeben, das in einigen Monaten erscheinen wird und in mancher Hinsicht ein Beispiel, zum Teil ein warnendes Beispiel sein kann. Wir haben ferner Material gesammelt aus jedem Dorfe und jeder Stadt, um mit Hilfe der Historiker zunächst in Einzeldarstellungen, später in Gesamtdarstellungen ein getreues Bild von den Kriegsschicksalen der Provinz Ostpreußen zu bringen, so lange die Dinge bei den Menschen noch in frischer Erinnerung sind.

Unter der Leitung des Professors Hesse, eines unserer Nationalökonomen, wird mit Hilfe anderer Gelehrter eine Denkschrift herausgegeben über den Stand der ostpreußischen Volkswirtschaft vor dem Kriege, derer erster Band in den nächsten Tagen erscheinen wird, und die als Grundlage dienen soll für viele Maßnahmen später.

Diese Denkschrift hat dazu Anlaß gegeben, solche Arbeit zu einer dauernden auszugestalten. In den letzten Tagen hat der Plan nach langen Erwägungen feste Gestalt gewonnen. Es wird bei der hiesigen Hochschule ein Institut für ostdeutsche Wirtschaft ins Leben

treten, dessen Jahresgeldbedarf von uns Ostpreußen aus eigener Kraft gedeckt werden soll, und das dazu dienen soll, durch selbständige Forschung auf allen Gebieten der ostpreußischen Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und des Verkehrslebens mehr Klarheit zu schaffen, auch Klarheit zu schaffen über die Verhältnisse unserer Nachbargebiete, Skandinaviens und später Rußlands,— vielleicht auch solcher Gebiete, die uns später angegliedert werden — und wissenschaftliche Grundlagen schaffen soll, auf denen Maßnahmen der staatlichen und der Selbstverwaltungsbehörden fester und klarer aufgebaut werden können, als es bis dahin der Fall war. Das würde das erste derartige Institut sein, das in Deutschland gegründet ist; und ich hoffe, daß es auch außerhalb Anerkennung finden wird, wenn wir, die schlimmeres durchgemacht haben als andere Landesteile, selbst daran gehen, die wirtschaftlichen Grundlagen für den Wiederaufbau der Provinz zu legen.

Aber alle die Dinge nützen nichts, wenn es uns an Menschen fehlt. Menschen erachtete der große König bekanntlich für den größten Reichtum der Nation; wir Ostpreußen haben an dem Reichtum, was die Menschenproduktion betrifft, niemals Mangel gelitten. Unsere Geburtenzahl war stets hoch. Es wuchs bei uns ein zahlreiches, gesundes Geschlecht heran, aber nicht viel davon blieb in der Provinz. Das geht seit Jahrzehnten so zu. Auf die Gründe einzugehen, würde zu weit führen. Wir fürchteten, daß die Schrecken des Krieges, die über $^1/_2$ Million Menschen vertrieben hatten, dauernd in verhängnisvoller Weise entvölkernd wirken würden. Diese Befürchtung ist zum Glück nicht bestätigt worden. Trotz der Schrecken, die man durchgemacht hat, ist es gelungen, — mit durch die in die Hand des Landeshauptmannes gelegte Regelung der Unterstützung — die Rückkehr der Ostpreußen, fast aller — mit sehr geringen Ausnahmen — durchzusetzen. Das ist ein Zeichen von einer Anhänglichkeit an die Scholle, das viele von den Ostpreußen nicht erwartet hätten, und das, hocherfreulich, für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Aber viele von unseren ostpreußischen Soldaten sind gefallen. Viele sind beschädigt, und mancher wird weiterhin noch den Heldentod für das Vaterland erleiden. Also die Frage der Stärkung der Bevölkerung, der Zurückhaltung unseres Nachwuchses von der Abwanderung ist eine besonders wichtige. Beruhigend kann sein der

Beweis von körperlicher und geistiger Zähigkeit und innerer Gesundheit unserer Bevölkerung, den sie in schweren Zeiten uns gegeben hat.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Ich habe versucht, Ihnen einen kurzen Überblick zu geben, über das, wie es in Ostpreußen steht, was gemacht wird und in Zukunft gemacht werden muß. Die Aufgaben, die uns bevorstehen, sind wahrhaftig schwer genug, und es wird noch viel Nachdenken und Mühe und Zusammenhalten kosten, um das Ziel zu erreichen. Die Voraussetzung bildet, wie für alles in Deutschland, ein siegreicher Frieden.

Wir müssen auch unsere Sorgen zurücktreten lassen hinter dem großen Ziel, damit auch wir zu Hause tätig sind für den Sieg, und damit wir durch unser Durchhalten zum Siege beitragen. Ostpreußen hat es in einem Sinne besser gehabt durch seine Schicksale wie die anderen Landesteile. Wir haben am nächsten den Ernst des Krieges kennen gelernt und werden uns bemühen, ihn nicht schnell zu vergessen.

Man vergißt ihn ja, wie Beispiele beweisen, allzu schnell. Wir wollen daraus lernen für Ostpreußen, daß einmütiges Zusammenarbeiten allein zum Erfolge führt. Damit ist nicht gesagt, daß man seine eigene Meinung zurückhalten, sie hinter die allgemeine Meinung zurückstellen soll. Eine offene Kritik ist nötig — man soll aber auch vertrauen, denn ohne Vertrauen, nur mit Kritik und Negation kommt kein Land, Volk, Staat, keine Provinz vorwärts. Kleinlichkeit und Streit, Nörgeln, das uns Deutschen im Frieden so sehr nahe liegt, das muß in Zukunft gerade bei uns vermieden werden. Dann werden wir weiter kommen.

Deutschland wird siegen im Zeichen des Gottvertrauens, der Treue zu Kaiser und Reich, der einmütigen Hingabe an das Ganze, der Hingabe, die jedem das Seine lassen will, und mit der keiner für sich das Seine sucht. Unter diesem Zeichen wird auch unsere engere Heimat Ostpreußen siegen. Wir sind ja seit Jahrhunderten gewöhnt, zuerst den feindlichen Vorstoß auszuhalten und zuerst für das ganze Vaterland zu kämpfen und zu leiden, als das Ostpreußen, welches stolz auf seine schwere und harte Geschichte war und auch in Zukunft sein wird.

Wenn wir den Geist, den der Krieg uns bringt, auch in den Frieden mitübernehmen, wird es ganz sicher gelingen, alle durch

den Feind entstandene Schäden an Haus und Hof, Gut, Leib und Leben, auch an der Seele unserer Bevölkerung, der Jugend wie der Erwachsenen, zu überwinden. In solcher Zuversicht wollen wir Ostpreußen alle, jeder an seinem Platze, treu weiterarbeiten, bis unser Ziel erreicht ist.

12) Aus der Eröffnungsrede des Oberpräsidenten von Batocki bei der Tagung des 40. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen, am 7. März 1916

... Dank der energischen Mithilfe des Staates und weiter Kreise in allen deutschen Gauen, dank der Tüchtigkeit und Heimatstreue unserer ostpreußischen Landsleute können wir Ostpreußen auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit mutigem Vertrauen der Zukunft entgegenblicken. Unsere Kriegsschicksale haben unsere Grenzmark den übrigen Teilen des Reiches innerlich näher gebracht und überall das Verständnis dafür vermehrt, mit welchen Schwierigkeiten wir Ostpreußen unsere Aufgaben als Vorkämpfer deutscher Kultur im Osten zu erfüllen haben.

Dem Provinzialverband obliegt ein voller Anteil an der Verantwortung, für die Fülle dieser Aufgaben in wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht. Die Sie beschäftigenden Vorlagen tragen diesen Aufgaben voll Rechnung unter weiser Berücksichtigung der geringen Steuerkraft und der hohen Steuerbelastung der Provinz und ihrer Kommunalverbände. Neben den umfassenden und durch die Kriegslage in vieler Hinsicht erschwerten laufenden Ausgaben ist der Provinziallandtag in seiner diesjährigen Tagung berufen, die wichtige Frage der Förderung des besonders schwer betroffenen städtischen Grundbesitzes durch die Errichtung eines ostpreußischen Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke ihrer Lösung entgegenzuführen. Für den dringend erforderlichen weiteren Ausbau der Verkehrswege, der Chausseen wie der Kleinbahnen, werden weitere erhebliche Mittel beantragt. Die weitausschauende Vorlage betreffend die Beteiligung der Provinz an der Errichtung elektrischer Überlandzentralen stellt den Provinzialverband vor eine Aufgabe, deren alsbaldige Durchführung mit der erforderlichen staatlichen Unterstützung eine der wichtigsten Grundlagen für den Wiederaufbau unseres

zerstörten Wirtschaftslebens bilden soll. Wie die Provinzialverwaltung unter Führung ihres Landeshauptmanns schon vom ersten feindlichen Einbruch an die Durchführung der für die Zukunft der Provinz entscheidenden Fürsorge für die vor dem Feinde geflüchteten Bewohner übernommen und deren fast restlose Zurückführung in die alte Heimat erreicht hat, so hat sie neuerdings, wie ich nicht zweifle, unter voller nachträglicher Zustimmung des Provinziallandtages, die Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerbetreibenden und für die ostpreußischen kriegsbeschädigten Soldaten zu ihrer Aufgabe gemacht, um hiermit denen, die für die Verteidigung unserer Grenzen Kraft und Gesundheit geopfert haben, einen Teil des geschuldeten Dankes durch die Tat zu erstatten.

Die hierdurch ausgelösten Gedanken sollten noch viel mehr, als es der Fall ist, für die Kriegsdauer und noch Jahrzehnte darüber hinaus im Mittelpunkt unseres Denkens und Empfindens stehen. Auch in so ernsten und entscheidungsvollen Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, behält ja die menschliche Natur, wenn der erste Begeisterungsrausch verflogen ist, ihr seltsames Gemisch von Größe und Kleinlichkeit, von edlen und niedrigen Empfindungen. Ein Mann, der seinen Sohn mit Stolz für das Vaterland hingibt, der selbst, wenn er noch die Waffen führen könnte, ohne Besinnen sein Leben im Kampfe für das Vaterland hingeben würde, klagt über Einschränkungen in der gewohnten Ernährung, feilscht als Arbeiter um einen Groschen mehr oder weniger Lohn, freut sich als Landwirt, wenn er einen Taler für seine Erzeugnisse mehr erlangen kann, als Gewerbetreibender, wenn es ihm gelingt, dem Konkurrenten einen Kunden fortzulocken, als Kriegsgeschädigter, wenn er Mittel findet, um vom Staate etwas mehr Kriegsschadenvergütung, als unbedingt nötig, zu erreichen. In solcher Rückkehr zu leidigen Friedensgewohnheiten liegt für unsere Zukunft eine schwerere Gefahr, als in den hinterlistigen Angriffen der äußeren Feinde.

Ich durfte vor wenigen Tagen an unserer Westfront vor Verdun den Spuren unserer Helden folgen, die in beispielloser Tapferkeit unter Überwindung von fast unüberwindlichen Hindernissen des Geländes und der feindlichen Befestigungskunst in unwiderstehlichem Ansturm aus unserer Winterstellung fast eine Meile weit bis in die Panzerfeste Douaumont vorgedrungen waren.

Ich hätte gewünscht, daß alle meine engeren Landsleute diese unvergeßlichen Eindrücke mit mir gemeinsam in sich hätten aufnehmen können. Unter den Gefallenen, die das Kampffeld bedeckten, steht mir am deutlichsten ein Held vom Regiment 24 vor Augen. Durch Kopfschuß hingestreckt, auf steil ansteigendem Waldgelände liegend, das Gesicht mit gebrochenen und doch verklärten Augen gegen den Feind gerichtet, in der Linken das Gewehr und mit der rechten Faust fest umklammert haltend die wurfbereite Handgranate. Ob er und der und jener der anderen Gefallenen, die um ihn lagen, im Frieden ein Reicher oder Armer, ein Gelehrter oder ein schlichter Arbeiter gewesen war, ließ das feldgraue Ehrenkleid, das sie alle tragen, nicht erkennen.

Aber klar wurde es einem beim Anblick dieser gefallenen Helden, wie wenig unsere wirtschaftlichen und geschäftlichen Sorgen und Arbeiten, die privaten wie die öffentlichen zu bedeuten haben gegenüber dem, was jene für das Vaterland und für jeden unter uns geopfert haben, und wie geringfügig alles andere, auch das, was Sie hier zu beraten haben, ist im Verhältnis zu dem einen Ziel, für das jene mit Hunderttausenden von Kameraden ihr Leben hingegeben haben und für das weitere Hunderttausende es noch hinzugeben bereit sind. Dieser Gedanke sollte Tag und Nacht alle unsere Empfindungen und Erwägungen beherrschen, alle unsere Arbeit veredeln, er sollte immer wieder jedem deutschen Mann, jeder deutschen Frau und jedem deutschen Kinde eingeprägt und eingehämmert werden, bis er alles Niedrige, Kleinliche und Eigensüchtige erstickt.

Warum ich solchen Gedanken gerade an dieser Stelle Ausdruck gebe? Weil ich hoffe, daß wie vor 103 Jahren der vaterländische Gedanke gerade in dem zerstörten und geknechteten Ostpreußen seinen ersten und freudigsten Ausdruck fand, so auch dieses Mal unsere vom Kriege wiederum am schwersten betroffene Provinz in den kommenden Jahren, die unsere vaterländische Hingabe in besonders hohem Maße erfordern werden, in solcher Hingabe allen anderen Teilen des Reiches zum Vorbild dienen möge.

Mögen auch Ihre bevorstehenden Beratungen, meine Herren, und möge unser aller Arbeit im privaten und öffentlichen Leben, in Kriegs- und Friedenszeiten, von dieser vaterländischen Hingabe getragen sein.

Aus der Tätigkeit der Verwaltungsbehörden der Provinz während des Krieges

1) Das Oberpräsidium in Königsberg

Von Oberpräsidialrat von Bülow

Der Königliche Erlaß vom 24. September 1914, der die Kriegshilfskommission einsetzte, hatte zu deren Vorsitzenden den Oberpräsidenten der Provinz bestellt. Ein Ministerialerlaß vom 25. Februar 1915 hatte sodann die Befugnisse des Oberpräsidenten gegenüber den nachgeordneten Behörden in bedeutsamer Weise erweitert. Damit war die Oberleitung des gesamten Wiederaufbaues der Provinz einheitlich in die Hand des Oberpräsidenten gelegt.

Während ihm zu Friedenszeiten 1 Oberpräsidialrat und 4 höhere Verwaltungsbeamte beigegeben waren und nach Kriegsausbruch und Einziehung dreier höherer Beamter zur Fahne der Betrieb zunächst von dem Oberpräsidenten nur mit dem Oberpräsidialrat und einem Assessor aufrecht erhalten war, mußte nach dem Einbruch der Russen der Beamtenstand bald sehr erheblich vermehrt werden. Zurzeit arbeiten unter dem Oberpräsidenten 1 Oberpräsidialrat, 1 Oberregierungsrat, 5 höhere Verwaltungsbeamte der allgemeinen Staatsverwaltung, 1 Regierungs- und Baurat als Leiter des Hauptbauberatungsamtes (den 1 Regierungsbaumeister und mehrere Architekten im Bureau sowie 17 Bezirksarchitekten und 3 Kreisbaumeister draußen im Zerstörungsgebiet unterstützen), 2 Spezialkommissare, 1 Gewerbeschulrat und 1 Gewerberat, die beide gleichzeitig der Regierung angehören, und ein in Kleinsiedlungssachen bewanderter Rechtsanwalt. Monatelang war ein landwirtschaftlicher Sachverständiger dem Oberpräsidium überwiesen. Zwei höhere gewerbetechnische Beamte werden zu Zwecken der Gewerbeförderung demnächst hinzutreten, und endlich unterstützten 3 Uni-

versitätsprofessoren den Oberpräsidenten durch freiwillige wissenschaftliche Beratung und Mitarbeit.

Soweit die praktische Arbeit des Wiederaufbaues nicht von dem dem Oberpräsidenten unmittelbar beigegebenen Personal, insbesondere vom Hauptbauberatungsamt und den Bezirksarchitekten aus erfolgt, liegt sie in der Hand der dem Oberpräsidenten nachgeordneten, seinen Weisungen folgenden Dienststellen: den Regierungspräsidenten und den Mitgliedern der Regierung, den Landräten, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, den Amts-, Guts- und Gemeindevorstehern. Mit großer Arbeitsfreudigkeit haben sie sich alle den außerordentlichen Aufgaben der Zeit hingegeben. Zahlreiche verabschiedete Beamte leisteten Aushilfe. Für die Besetzung der ehrenamtlichen Mitgliedsposten in den Kriegshilfsausschüssen fehlte es trotz der Einziehung fast aller jüngeren Beamten der Selbstverwaltung zum Heere und trotz der Ermordung oder Verschleppung so manches tüchtigen Mannes aus der Provinz durch die Russen nirgends an verständnisvollen, arbeitsbereiten Männern aus allen Berufen in Stadt und Land; namentlich stellten sich auch Lehrer und Beamte aus allen Ressorts in den Dienst dieser Arbeit.

Der Oberbefehlshaber Ost, die einzelnen Oberkommandos der an den Grenzen stehenden Armeen, die stellvertretenden Generalkommandos, der Gouverneur von Königsberg und alle anderen beteiligten militärischen Dienststellen unterstützten den Oberpräsidenten auf das nachhaltigste in allen Wirtschaftsfragen und wo immer es sonst irgend möglich war. Mit der Eisenbahndirektion, dem Landeshauptmann zugleich als staatlichem Flüchtlingskommissar, der Landwirtschaftskammer, den Handels- und Handwerkskammern, der Landschaft, der Landgesellschaft und der Provinzialfeuersozietät war das Oberpräsidium durch die gemeinsamen Aufgaben am Wiederaufbau zu einer engen und fruchtbaren Arbeitsgemeinschaft verbunden. Auch alle anderen Behörden der Provinz taten, was immer in ihren Kräften stand, um dem Oberpräsidenten seine Aufgabe zu erleichtern. Die räumliche Zusammenfassung aller Provinzialbehörden in der Provinzialhauptstadt Königsberg bewährte sich in den Kriegsnöten in ganz besonderem Maße. Im mündlichen Verkehr konnten die täglich hervortretenden wichtigen Fragen mit der nötigen Schnelligkeit geregelt werden. Auch mit den staatlichen Zentralstellen und den leitenden Militärstellen, vor allem dem Herrn

Oberbefehlshaber Ost wurden durch häufige Dienstreisen alle schwierigen Fragen nach Möglichkeit mündlich erledigt, weil die ständig wechselnde Kriegs-, Verkehrs- und Wirtschaftslage fortgesetzt schnelle Anordnungen und deren schleunige Durchführung geboten.

So war die Gesamtarbeit am Wiederaufbau eine auf das beste bewährte Kraftprobe für ein reibungsloses, einheitliches Zusammenarbeiten aller provinziellen und lokalen Organe des Staates und des Heeres, aller gemeindlichen und aller in freier Gemeinschaft wirkenden Kräfte.

Die Vereine der freien Liebestätigkeit in der Provinz (Vereine vom Roten Kreuz, Vaterländische Frauenvereine, Nationaler Frauendienst, Hausfrauenvereine und viele andere) bewiesen ihre reichen sozialen Kräfte in der Fürsorge an den geflohenen wie an den zurückkehrenden Bewohnern der Zerstörungsgebiete und bei vielfacher anderweitiger, durch den Russeneinfall hervorgerufenen Not. Mit der organisierten Arbeiterschaft und mit der Presse wurden in allen geeigneten Fällen Beziehungen gepflegt.

Auch aus dem ganzen Reiche wurde Rat und Hilfe in reichem Maße von vielen Behörden, Einzelpersonen und freien Organisationen angeboten und, wo sie erbeten wurde, in bereitwilliger und hochherziger Weise geleistet. Man wetteiferte darin, dem Wiederaufbau Ostpreußens dienlich zu sein. Ganz besonders hervorzuheben ist die Arbeit der Kriegshilfsvereine, die die Patenschaft über ostpreußische Städte und Bezirke übernommen haben, und deren in einem anderen Abschnitt dieses Heftes in eingehender Weise gedacht wird.

Unter den Einzelaufgaben, die die Kriegszeit und der Russeneinfall dem Oberpräsidium stellte, steht an erster Stelle die Ausarbeitung der großen allgemeinen Anweisungen und Entwürfe für den Wiederaufbau und für das Entschädigungsverfahren sowie die Vorbereitung der Beschlüsse der Kriegshilfskommission und ihrer Ausschüsse, die in deren zahlreichen Sitzungen gefaßt wurden. Das Ergebnis dieser umfangreichen Arbeit ist teils schon seit längerer oder kürzerer Zeit in praktischer Anwendung, teils liegt es in dicken Aktenbänden den Ministerien vor. Allein die Arbeiten der Kriegshilfskommission umfassen 8 zum Teil recht umfangreiche Druckhefte. Die Vorarbeiten haben fast $1^1/_2$ Jahre beansprucht; es bedurfte kaum zu zählender Besprechungen und Sitzungen, die sich oft täglich folgten,

nicht selten sich zu mehreren auf einzelne Tage zusammendrängten. Sachverständige der verschiedensten Berufe und Stände arbeiteten in mannigfachen Unterkommissionen in tief eindringender Arbeit mit dem Oberpräsidenten und seinen Beamten zusammen. Am Zustandekommen der Gesetzentwürfe und Verordnungen aller Art, insbesondere auch der Vorschläge der Kriegshilfskommission haben Hunderte von Männern zum großen Teil in freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit mitgewirkt — ein ehrenvolles Zeugnis preußischer Selbstverwaltung. Da es sich um eine neuartige, der gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Vorbilder entbehrende Aufgabe handelte, mußten die Unterlagen für die allgemeinen Anordnungen zunächst durch die Bearbeitung zahlreicher Einzelfälle gewonnen werden. Es wurde deshalb auf jedem neu sich ergebenden Arbeitsgebiete stets so vorgegangen, daß der Oberpräsident sich zunächst die Entscheidung aller Einzelfälle vorbehielt, auf Grund der hierbei gewonnenen Übersicht dann allgemeine Anordnungen erließ und deren Durchführung schließlich in immer weiter gehender Selbständigkeit den nachgeordneten Behörden übertrug, um seinerseits ein anderes Aufgabengebiet in gleicher Art in Angriff zu nehmen.

Zur Lösung der großen bautechnischen Fragen, die der Wiederaufbau mit sich brachte, wurde Anfang 1915 dem Oberpräsidium ein Hauptbauberatungsamt unter Leitung eines Regierungs- und Baurats angegliedert.

Durch die Einfälle der Russen waren in Ostpreußen in 35 Städten und etwa 1900 ländlichen Ortschaften nicht weniger als etwa 34000 Gebäude zerstört, darunter 10 700 Wohnhäuser und öffentliche Gebäude und etwa 23 300 landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude und gewerbliche Anlagen. Von diesen Zerstörungen entfielen 3100 auf die Städte und rund 31 000 auf das platte Land. In den stark zerstörten Gebieten wurden, vom Königsberger Hauptbauberatungsamt aus, nach und nach 17 Bauberatungsämter unter Leitung von Bezirksarchitekten eingerichtet, denen sich noch 3 von Kreisbaumeistern geleitete kleinere Beratungsämter anschließen.

Die Tätigkeit des Hauptbauberatungsamtes erstreckte sich zunächst in Verbindung mit den Bezirksinstanzen auf eine Durchsicht und Durchberatung der in der Provinz bestehenden Baupolizeiverordnungen. Von einer Änderung der Bauordnungen für das platte Land wurde abgesehen, da diese im wesentlichen überein-

stimmen und wenige Jahre vorher in zweckmäßiger Form neu erlassen waren, dagegen wurden die Bauordnungen der 3 Regierungsbezirke für die Städte neu und im wesentlichen übereinstimmend gefaßt. Durch Königliche Verordnung vom 19. 1. 1915 war die nötige gesetzliche Unterlage für die Erstreckung der Baupolizeivorschriften auf die bauhygienischen und ästhetischen Gebiete gegeben. Durch die Bauberatungsämter wurden für die bedeutenderen kriegszerstörten Orte neue Fluchtlinien- und Bebauungspläne aufgestellt. Diese Pläne sind für die Mehrzahl der zerstörten Städte schon geprüft und in den Grundlinien festgelegt.

Die Wiederherstellung soll aber nicht ohne weiteres in alter Weise, in alter Enge und in alter Beschränkung vor sich gehen, vielmehr sollen die Wohnstätten weiträumiger, luftiger und gesünder neu erstehen. Dieses zu bewirken, ist die Hauptaufgabe der unter der Aufsicht des Oberpräsidenten stehenden Umlegungskommissionen, die an gegebener Stelle die Grenzen und Flächen ändern und in neue wohnlichere Formen bringen, dabei auch zugleich alle Kataster- und Grundbuchverhältnisse neu regeln. Die Tätigkeit der Umlegungskommissionen hat vor kurzem begonnen. Es ist zu hoffen, daß sie ihre Aufgabe in der Hauptsache bis Ende des Jahres 1916 erfüllt haben werden. Die gesetzliche Grundlage für ihre Tätigkeit geben § 1 der Verordnung vom 19. Januar 1915 und die Verordnung betreffend die Umlegung von Grundstücken in der Provinz Ostpreußen vom 11. Dezember 1915.

Die Aufräumungsarbeiten in den Städten sind fast überall in vollem Gange. In mehreren Städten werden sie unter Leitung eines besonderen Militärbaukommandos von Kriegsgefangenen ausgeführt. Näheres über diese Arbeit bringt der Bericht des Hauptmanns Kruchen in diesem Heft.

Die bisherige Bautätigkeit beschränkte sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Nutzbauten, Scheunen und Ställe. Wohngebäude sind bisher nur in den zunächst in Angriff genommenen Städten des Regierungsbezirks Königsberg und auch hier nur in geringer Zahl errichtet. Zur Unterbringung der zurückgekehrten Bevölkerung auf dem Lande sind teils in provisorischen Räumen, die durch leichte Dächer über stehen gebliebenen Hausresten überdeckt wurden, teils in wiederhergestellten Ställen Notwohnungen erstanden. In geringem Umfange wurden auch Wohnbaracken aus staatlichen

Mitteln und in einigen Grenzstädten auch Ladenbaracken für die geschädigten Geschäftsleute erbaut.

Der Staat baut nicht etwa selbst neu auf, er übt vielmehr nur durch die von ihm geschaffenen Einrichtungen einen starken Einfluß auf die Art und Gestaltung des Wiederaufbaues aus. Neben dem Schutze des Orts- und Heimatbildes und der Prüfung der Ersatzbauten in baukünstlerischer Hinsicht haben Hauptbauberatungsamt und Bauberatungsamt die Aufgabe, die Bauherren technisch und wirtschaftlich zu beraten und das Interesse, das der Staat durch Gewährung staatlicher Mittel am Wiederaufbau nimmt, durch Überwachung der Bauausführung und der Abrechnung zu wahren. In wirtschaftlicher Hinsicht werden für landwirtschaftliche Nutzbauten die Bezirksarchitekten durch ihnen beigegebene landwirtschaftliche Beiräte und das Bauamt der Landwirtschaftskammer, bei gewerblichen Anlagen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten unterstützt. Für besondere gewerbliche Anlagen werden noch eigene Sachverständige hinzugezogen. Zur Unterstützung der kriegsgeschädigten Landwirte sind ferner von den Kreisen landwirtschaftliche Bauberatungsstellen eingerichtet, welche die Anfertigung von Bauplänen und Kostenanschlägen sowie die Bauleitung ländlicher Gebäude übernehmen.

Zur Unterstützung der Wiederaufbauarbeiten wurde in Königsberg unter erheblicher Kapitalbeteiligung des Staats und mehrerer anderer öffentlich-rechtlicher Korporationen die „Baustoffgesellschaft für Ostpreußen G. m. b. H." gegründet. Sie sichert für die zerstörten Gebiete die Beschaffung der erforderlichen Baustoffe; sie greift regelnd in die Preisbildung ein und wirkt allen Preistreibereien entgegen; sie hilft die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der sehr starken militärischen Inanspruchnahme der ostpreußischen Bahnen für die rechtzeitige Herbeischaffung der Baustoffe ergeben.

Um das Handwerk, in erster Linie das ostpreußische, in geordneter Weise beim Wiederaufbau zu beteiligen, sind unter der Bezeichnung „Verdingungsstelle der Handwerkskammern für den Wiederaufbau Ostpreußens" in Königsberg und Gumbinnen gemeinnützige Beratungs- und Vermittlungsstellen geschaffen; auch wird versucht, die Handwerker zu Genossenschaften zusammenzuschließen und ihnen den Wettbewerb mit den Großbetrieben zu ermöglichen. Zur Vermittlung von Bauarbeitern wurde unter be-

hördlicher Leitung die „Provinzialarbeitsnachweiszentrale“ in Königsberg eingerichtet.

In diesem Jahre soll die Bautätigkeit in größerem Umfange aufgenommen werden. Ziel für den Wiederaufbau im Jahre 1916 ist aber zunächst nur die Beschaffung menschenwürdiger Wohnungen für die Masse der Bevölkerung und die Errichtung aller solcher Bauten, die zur Wiederbelebung des Erwerbslebens in Landwirtschaft und Gewerbe nötig sind. Darüber hinaus dürfen wegen der Knappheit der Baustoffe und des Mangels an Bauarbeitern im Jahre 1916 Bauten, die noch zurückgestellt werden können, mit staatlichen Mitteln nicht aufgeführt werden.

In weitherziger Weise sind für den Wiederaufbau, trotzdem eine staatliche Verpflichtung nicht bestand und die im Kriegsleistungsgesetz vorgesehene Verpflichtung des Reiches zum Schadenersatz noch der besonderen Regelung bedarf, staatliche Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Die Provinzialfeuersozietät hat sich der mühevollen Aufgabe unterworfen, den vormaligen Wert aller kriegszerstörten Gebäude und den hiervon abzurechnenden Wert der erhaltenen Baureste zu ermitteln. Diese Schadensumme erstattet der Staat und gewährt dazu noch Zuschläge zur Bestreitung derjenigen Mehrbaukosten, die durch die Erhöhung der Baupreise oder durch baupolizeiliche Anforderungen entstehen. Was sonst noch an Unkosten im Rahmen des Umfanges des vormaligen unverletzten Gebäudes verursacht wird, wird bei bestehender Notwendigkeit ganz oder zu einem wesentlichen Teil durch ein staatliches unverzinsliches und nach Ablauf bestimmter Zeit zu erlassendes Darlehn gedeckt werden können, so daß ein minder wohlhabender Geschädigter im allgemeinen aus staatlichen Mitteln beim Wiederaufbau als Ersatz des zerstörten alten Gebäudes tatsächlich ein neues Gebäude erhält. Die näheren Vorschriften sind in der Ministerialanweisung vom 18. Januar 1915 zu Ziffer 19/20 und in einem Ministerialerlaß vom 20. August 1915 enthalten.

Insbesondere wird für den Wiederaufbau eine Besserung der Kleinwohnungen, wie solche im gesundheitlichen und sittlichen Interesse vielerorts notwendig wird, durch die Vorschrift von „Mindestanforderungen“ erstrebt, die nach sorgfältigem Studium der praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiet festgelegt sind. Im Zusammenhange damit soll das Kleinsiedlungswesen allgemein

und insbesondere die Anlage von Kriegerheimstätten in der Nähe von Städten und auch in einzelnen Landgemeinden möglichst gefördert werden.

Um den Geschmack der Bevölkerung zu heben und sie vor dem in großen Mengen hereindringenden Schund zu warnen, wurden volkstümliche Vorträge über guten Hausrat und Wandschmuck an der Hand von Lichtbildern mit Beispielen und Gegenbeispielen überall in der Provinz gehalten. Weitere Lichtbildervorträge über Heimatschutz und über gutes und schlechtes Bauen sind in der Vorbereitung.

Dann wieder wird es nötig sein, den Handwerkern beim Wiederaufbau unter Neueinrichtung von Werkstätten sowie bei der Beschaffung der Werkzeuge und Maschinen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diesem Zweck sollen die neugeschaffenen Gewerbeförderungsstellen dienen. Praktische, mit den Bedürfnissen des Handwerks durchaus vertraute Männer sollen zu diesen Stellen berufen werden. Sie werden die Provinz dauernd bereisen, das Vertrauen der Handwerker zu gewinnen suchen und ihnen helfend und fördernd zur Seite stehen.

Einen großen Spielraum in der Verwaltungstätigkeit nimmt naturgemäß auch die Beantwortung aller Anfragen ein, die mit dem Wiederaufbau zusammenhängen. Firmen aller Art, Architekten, Handwerker usw. bieten ihre Dienste und ihre Mitwirkung an und stellen Fragen, die erschöpfende Beantwortung verlangen. Behörden, Innungen, Handwerkskammern, Künstler und Kunstgewerbler kommen ebenfalls mit Anträgen und Gesuchen. Täglich läuft eine Fülle derartigen Materials ein. Das Daniederliegen des Bauhandwerks im ganzen übrigen Deutschland lenkt von überall her die Aufmerksamkeit der Beteiligten auf Ostpreußen.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet galt es zunächst, die Landwirtschaftskammer bei ihren umfassenden Maßnahmen im Interesse der Bergung des Flüchtlingsviehs zu unterstützen. Das Vieh mußte in großen Mengen abgenommen und versorgt, alsdann verwertet werden, und nach der Vertreibung der Russen galt es, die fehlenden Viehmengen wieder neu zu beschaffen. Die höchst verwickelten Abrechnungen aus dieser Zeit schweben noch jetzt. Auch bei der Heranschaffung von Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen, von Dünge- und Futtermitteln gingen Oberprä-

sidium und Landwirtschaftskammer Hand in Hand. Auf Antrag des Oberpräsidenten bewilligten die zuständigen Staatsminister 30 Millionen Mark zur Aussetzung von Prämien für die Vornahme der Frühjahrsbestellung an die in die besetzten Gebiete zurückkehrende Bevölkerung. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Fast überall gelang die Bestellung. Aber die Abgrenzung der durch Prämien bevorrechteten Zonen und die Verteilung der Prämien verlangte eine recht umfassende Verwaltungsarbeit. Auf dem Gebiete des Siedlungswesens hat der Russeneinfall unerwartete Möglichkeiten geschaffen. Landwirtschaftliche Groß- und Mittelbetriebe, vor allem auch Domänen, die sich zur Zerteilung in Kleinbesitz eignen, nach erfolgter Zerstörung der Baulichkeiten durch die Russen in alter Form wieder herzustellen, wäre nicht zweckmäßig. Hier muß schnell zugegriffen werden, ehe der Eigentümer sich für die Zukunft baulich bindet. Es ist nunmehr Vorsorge getroffen, daß die Landgesellschaft auch in der Kriegszeit schon als Käufer einspringen kann, zugleich ist die Heranziehung von Ansiedlern und von Kolonisten aus der Zahl der russischen Rückwanderer gesichert.

Unter der tatkräftigen Hilfeleistung aller beteiligten Stellen hat die Landwirtschaft der Provinz begonnen, sich von den schweren Folgen des Russeneinfalls zu erholen. Eines der größten Erschwernisse des Wirtschaftslebens der Provinz entstand ihr bald nach Kriegsausbruch durch die Stockungen in den Kohlenlieferungen. Die Kohlenbestände schmolzen überall mehr und mehr zusammen. Die Zufuhr wurde knapper und knapper, da die nach Ostpreußen führenden Eisenbahnlinien auf das stärkste von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen waren. Von dem Wasserwege aber machte der Handel so gut wie gar keinen Gebrauch, da er infolge der entgegenkommenden Eisenbahntarifpolitik der Staatsregierung sich sehr wesentlich teurer stellte. So lag die Wurzel des Übels hauptsächlich darin, daß jeder Bezieher sich seine Kohlengrube und den billigsten Transportweg selber aussuchte. Um dem abzuhelfen, wurde im Juni 1915 auf Anregung des Oberpräsidenten von sämtlichen deutschen Kohlengroßlieferanten die gemeinnützige Kriegskohlengesellschaft für Ostpreußen gegründet. Sie will eine Transportgesellschaft sein mit dem Ziel, Kohlen nach Ostpreußen nach dem Maße des Bedürfnisses auf den jeweils schnellsten, andere Transporte am wenigsten beeinträchtigenden Wegen zu schaffen.

Dies Programm bedingt eine sehr viel stärkere Benutzung der Wasserwege, als sie bis dahin üblich war. Für Wasser- und Landtransporte rechnet die Gesellschaft ungeachtet der außerordentlich verschiedenen Selbstkosten einen Einheitspreis. Der Gesellschaft ist es bei ständiger enger Fühlung mit dem Oberpräsidenten gelungen, die Kohlenzufuhr so erheblich zu fördern, daß trotz der anhaltenden militärischen Inanspruchnahme aller Bahnen der Kohlennot völlig gesteuert worden ist.

Auch in der Petroleumbeschaffung bedurfte es für Ostpreußen besonderer Maßnahmen. Weil die Dunkelheit gegenüber anderen Teilen des Reiches von längerer Dauer ist, weil die elektrische Beleuchtung nur geringe Verbreitung besitzt, und endlich vor allem, weil die Bevölkerung in den zerstörten Gebieten zu allem anderen Ungemach nicht noch mit einem ernsten Lichtmangel zu kämpfen haben durfte. So wurden denn dankenswerterweise der Provinz nicht unerhebliche Sondermengen von Petroleum überwiesen.

Die wirtschaftliche Wiederbelebung der Provinz und die Aufgabe des Wiederaufbaues forderten ein Entgegenkommen des Staates auch auf dem Gebiet des Tarifwesens. In ständigem nahem Einvernehmen mit der Königlichen Eisenbahndirektion und der Kaufmannschaft gelang es, für zahlreiche Bedarfsgegenstände günstigere Tarifbedingungen zu erzielen.

Die Teuerung aller Lebensmittel machte unter den besonderen Verhältnissen Ostpreußens auch besondere Maßnahmen nötig. Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und unter Beteiligung von Großhändlern, Kleinhändlern, Warenerzeugern und unbeteiligten Sachverständigen sowie Verbrauchern wurde als einzige ihrer Art im Preußischen Staate eine Provinzialpreisprüfungsstelle im Oktober 1915 begründet. Ihre Aufgabe ist es, den Bewegungen der Preise aller wichtigen Lebensmittel mit Aufmerksamkeit zu folgen, die Gemeinden und Kreise davon durch ein laufend erscheinendes Organ zu verständigen und sich gutachtlich über alle ihr amtlich zu unterbreitenden, die Preisbildung und Lebensmittelversorgung betreffenden Fragen zu äußern. Sie hat die bei ihrer Begründung gehegten Erwartungen bisher erfüllt.

Auch der Erleichterung der Kreditverhältnisse galt das Interesse des Oberpräsidenten. Auf seine Anregung hin wurde gleich in Kriegsanfang eine Kriegskreditbank für die Provinz begründet.

Ihr liegt es ob, den durch den Krieg herbeigeführten Kreditschwierigkeiten, vornehmlich in Handels- und Gewerbekreisen, durch Beschaffung von Wechselkredit zu begegnen. Das Gesellschaftskapital beträgt $10^1/_2$ Millionen Mark. In Erweiterung ihrer ursprünglichen Befugnisse hat sie nunmehr beschlossen, auch auf dem Gebiet des Liegenschaftskredits tätig zu werden. Dies wird in all solchen Fällen zustatten kommen, in denen mit Vorentschädigung nicht geholfen werden kann. Unter Mithilfe der Kriegskreditbank und unter Mitwirkung des Oberpräsidenten entstand alsdann neuerdings die Kriegshilfskasse, die den zurückkehrenden Kriegern aus kleingewerblichen Kreisen über die ersten Kreditschwierigkeiten hinwegzuhelfen beabsichtigt.

Zur Erleichterung der durch den Russeneinfall noch besonders erschwerten städtischen Hypothekenverhältnisse ist ferner durch den Provinziallandtag während des Krieges eine „Stadtschaft" (entsprechend der seit alters bestehenden „Landschaft") für die Provinz begründet, der, wie zu hoffen ist, die weitgehend erbetene Förderung durch die Staatsregierung nicht fehlen wird.

Die Arbeiten in der Wiederherstellung der Provinz hatten zu der Erkenntnis geführt, wie überaus wichtig für die restlose Erfüllung der großen, durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Aufgabe eine eingehende Kenntnis der Grundlage und der Entwicklung des Wirtschaftslebens der Provinz sei, wenn anders die erheblichen Aufwendungen nachhaltigen Erfolg haben sollten. So stellten denn mehrere Professoren der Königsberger Universität ihre Kräfte zur Herstellung der erforderlichen wissenschaftlichen Forschungen zur Verfügung. Professor Hesse begann die Herausgabe einer umfangreichen Denkschrift, die ein Gesamtbild des ostpreußischen Wirtschaftslebens geben und die Ursache zeigen soll, die Eigenart, Ausdehnung und Richtung der wirtschaftlichen Arbeit bedingt haben. Der erste von ihm verfaßte Band, der den ostpreußischen Grundbesitz behandelt, und der zweite, die Landwirtschaft behandelnde in der Bearbeitung des Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Hansen sind inzwischen bereits im Buchhandel erschienen. Der dritte Band wird den Bevölkerungsfragen gewidmet sein, die gerade für Ostpreußen besondere Bedeutung beanspruchen. Die folgenden Bände sollen Gewerbe, Handel und Verkehr, Wohlstandsentwicklung und öffentliche Finanzen behandeln.

Die Bearbeitung aller dieser Fragen erfordert ein Zusammenarbeiten verschiedener Wissenschaften. Um dieses sicherzustellen, ist die Errichtung eines selbständigen, aber der Universität Königsberg angelehnten „Instituts für ostdeutsche Wirtschaft", vom Kultusminister genehmigt, an dem Professoren der Volkswirtschafts-, Landwirtschafts- und Privatwirtschaftslehre, Technik und Wirtschaftsgeschichte als ehrenamtliche Leiter der Untersuchungen tätig sind, die von besoldeten wissenschaftlichen Hilfsarbeitern durchgeführt werden sollen. Da auf staatliche Mittel in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist, die Arbeiten aber sofort einsetzen müssen, ist eine Vereinigung gegründet, deren Aufgabe die Finanzierung dieses Instituts ist. Seitens der zuständigen Fakultät der Universität ist die Errichtung des Instituts einstimmig freudig gutgeheißen worden.

Dieses Institut wird die Ergebnisse seiner Untersuchungen veröffentlichen, aber auch seine Erfahrungen der Ausbildung und Fortbildung der Beamtenschaft des Ostens nutzbar machen und sie in Gutachten und Auskünften der Praxis zur Verfügung stellen.

Auch in kommunaler und polizeilicher Beziehung sowie auf dem Gebiet der Kirchen und Schulen stellt der Russeneinfall der Provinz ganz besondere Aufgaben.

Zunächst galt es, den ostpreußischen Flüchtlingen, soweit es möglich war, innerhalb der Provinz Unterkunftsstätten zu verschaffen und die dazu erforderlichen Geldmittel flüssig zu machen und zu verteilen. Dann, als der Feind aus dem Lande vertrieben war, mußte der Strom der Flüchtlinge allmählich wieder in die Heimat zurückgeleitet werden. Die hiermit verbundenen Maßnahmen, die in enger Fühlungnahme mit dem zum Flüchtlingskommissar bestellten Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen getroffen werden, sind auch heute noch nicht abgeschlossen, da wegen der umfangreichen Zerstörungen eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen mangels geeigneter Unterkunft in die Heimat noch nicht zurückkehren kann.

Die Folgen des feindlichen Einbruchs machten sich aber nicht allein bei den davon betroffenen Einzelpersonen fühlbar, sondern erstreckten sich naturgemäß auch auf die zugehörigen Gemeinwesen. Die schon vor Ausbruch des Krieges meist recht hohen Gemeindelasten konnten von den durch den Russeneinfall in ihrer Steuerkraft

geschwächten Bewohnern nicht aufgebracht werden. Hier mußte staatlicherseits geholfen werden. Insbesondere galt es, den notleidenden Gemeinden die Weiterzahlung der Beamtengehälter und Löhne, der Steuern und Abgaben an übergeordnete Verbände und der Zinsen für kommunale Anleihen zu ermöglichen. Für diese Zwecke gelang es denn auch, staatliche Mittel in Form zinsloser Darlehen flüssig zu machen. Nebenher läuft die Gewährung von Vorentschädigungen auf den von den Kommunalverbänden erlittenen unmittelbaren Kriegsschaden, wobei die Schäden an Chausseen und Brückenbauten eine besondere Rolle spielen. Außerdem sind Erhebungen, die eine weitgehende Dotation der Provinz zum Ziele haben, im Gange.

Angesichts der Einberufung zahlreicher Ärzte zum Heeresdienst und der durch den Einbruch der Russen geschaffenen sehr bedenklichen sanitären Verhältnisse mußte die Provinz so bald wie möglich mit Ärzten besetzt werden, da nur auf diese Weise dem Ausbruch schwerer Seuchen vorgebeugt werden konnte. Auch sonst mußten sehr sorgfältige und gründliche Maßnahmen der Reinigung und Säuberung in allen zerstörten Ortschaften durch einheitliche Maßnahmen angeordnet werden.

In kirchlicher Beziehung kam es nach dem Russeneinfall darauf an, die gottesdienstliche Ordnung alsbald so gut wie möglich wieder in Fluß zu bringen. Zu diesem Zwecke vermittelte der Oberpräsident bei dem Kultusministerium die Hergabe der notwendigsten Gelder, um kleinere Instandsetzungen kirchlicher Gebäude sofort vorzunehmen und auch die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihren sonstigen pekuniären Verpflichtungen nachzukommen. Zu letzterem Zwecke sind etwa 150 000 Mark an zinslosen Staatsdarlehen den Kirchengemeinden vom Kultusministerium auf Antrag des Oberpräsidenten gegeben. Mehr als doppelt soviel wurde in derselben Weise zu Instandsetzungen als Vorschuß auf später zu erwartende Kriegsschadenvergütung gewährt. Dadurch ist es im allgemeinen erreicht, daß die kirchliche Versorgung der Gläubigen überall sichergestellt ist.

Die Aufgabe des Oberpräsidiums auf den militärischen Gebieten und in der freiwilligen Krankenpflege erweiterte sich selbstverständlich auch sehr wesentlich dadurch, daß die Provinz Kriegsschauplatz wurde. Die räumlichen Bezirke des Heimats- und

Etappen- und des Kriegsgebietes wechselten fortwährend und bedingten eine immer neue Anpassung der Maßnahmen der Zivilbehörden sowie der freiwilligen Krankenpflege.

Um die Kriegsereignisse, welche die Provinz betroffen haben, so lange sie noch frisch in aller Erinnerung leben, für die Nachwelt festzuhalten, hat sich unter Vorsitz des Oberpräsidenten und unter wissenschaftlicher Leitung des Universitätsprofessors Dr. Brackmann eine Provinzialkommission für ostpreußische Kriegsgeschichte gebildet. In Stadt und Land sind bereits Ortsausschüsse und Kreiskommissionen an der Arbeit, das reichhaltig eingehende Material zusammenzutragen, das später in der Provinzialinstanz für die Provinzialkriegsgeschichte Verwendung finden soll.

Da die Kriegsgebiete der Provinz zahlreiche Kriegergräber aufwiesen, so gewann die Frage der künstlerischen Gestaltung der Kriegergrabmale und Begräbnisplätze eine besondere Bedeutung. Eine Beratungsstelle für Heldengräber in Ostpreußen wurde unter dem Vorsitz des Direktors der Königsberger Kunst- und Gewerkschule May gegründet, die eine umfangreiche beratende und anregende Tätigkeit auf diesem Gebiet begonnen hat.

Im vorstehenden ist lediglich aller solcher Aufgaben gedacht worden, die der Provinz Ostpreußen allein vor den anderen preußischen Provinzen infolge des Russeneinbruchs zugefallen sind. Selbstverständlich hat daneben die laufende Verwaltung und die Erfüllung aller der Aufgaben, die die Kriegszeit den preußischen Provinzen und Oberpräsidien stellt, eine nicht geringere Verwaltungsarbeit wie überall sonst in der Monarchie verursacht, oft erschwert und gestört durch die besonderen Nöte Ostpreußens.

Einer ganz besonders erfreulichen Aufgabe, die dem Oberpräsidium erwuchs, ist schließlich noch zu gedenken. Das Mitgefühl mit den schweren Kriegslasten der Provinz hat die Hilfsbereiten ganz Deutschlands und viele Freunde im Auslande, vor allem in Amerika, auf den Plan gerufen. Bedeutende Geldmittel strömten zusammen, deren Verwaltung einem Ausschuß unter Vorsitz des Oberpräsidenten obliegt. Die Aufstellung bestimmter Grundsätze für die festen Verwendungszwecke beansprucht viel Zeit und Arbeit. Aber es konnte auf solche Weise viel Gutes an Stellen gestiftet werden, wo der Staat zunächst nicht helfend eintreten konnte. Neben den Geld-

zuwendungen wurde Vieh, Maschinen, Geräte, Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel usw. in großen Mengen gespendet und in mühevoller Kleinarbeit an die Geschädigten verteilt. Die Stiftung ganzer Zimmereinrichtungen nach Künstlerentwürfen bedarf ganz besonderer Hervorhebung.

Die Münchener Ostpreußenhilfe hatte zunächst etwa 500 000 Mark gesammelt; aus diesen Mitteln wurden durch Münchener Handwerker und Fabrikanten Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen einfacher Art nach Künstlerentwürfen angefertigt und zum halben Preise Kriegsgeschädigten angeboten. Um gleichzeitig ganz allgemein bildend auf den Geschmack der Bevölkerung einzuwirken, um Schund abzuwehren und die Tischler anzuregen, gute, gediegene Möbel zu liefern, sind diese Münchener Zimmer in neunzehn Städten der Provinz als vollständig wohnlich eingerichtete Musterbeispiele ausgestellt worden. Bei den großen Verkehrsstörungen, dem großen Mangel an Arbeitskräften war es ein schwieriges Unternehmen.

Bisher sind daraufhin etwa 2750 Wünsche auf Lieferung eingegangen.

Die Augsburger Ostpreußenhilfe hat gleichfalls eine große Zahl von neuen Wohn- und Schlafzimmern und Küchen gespendet, die zum größten Teil an gänzlich unbemittelte oder durch Krankheit verarmte Kriegsgeschädigte unentgeltlich abgegeben sind. Auch eine Anzahl von zerstörten Schwesternstationen konnte mit diesem schönen Hausrat versorgt werden.

Eine Spende von zirka 22 trefflichen Zimmereinrichtungen sandte die Landshuter Ostpreußenhilfe.

Einige tausend Bilder sind von Deutschen Verlagsfirmen den Kriegsgeschädigten, den Schulen und Gemeindehäusern gespendet worden und zum Teil schon verteilt.

Der Ostpreußenhilfe, der zahlreichen Patenvereine, die sich neuerdings zu einem das ganze Reich umfassenden Verbande zusammengetan haben, ist bereits oben gedacht. Auf den besonderen Aufsatz, der diese überaus segensreiche Tätigkeit behandelt, sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

2) Die Regierung Gumbinnen[1])

Den Akten der Königlichen Regierung entnommen von Graf Lambsdorff, Regierungspräsident

Wenn diese Zeilen dem Druck übergeben werden, ist der Weltkrieg noch nicht beendet. Unter diesen Umständen kann nach keiner Richtung hin eine abschließende Darstellung von den Wirkungen des Krieges für den Gumbinner Bezirk gegeben werden. Dagegen scheint es möglich und reizvoll, eine Reihe von Bildern aus einzelnen Verwaltungszweigen zu zeichnen, die dem späteren Geschichtschreiber Anregungen zu einer gründlicheren Ausgestaltung bringen können. Auf Vollständigkeit wird dabei schon mit Rücksicht auf den hier zur Verfügung stehenden Raum kein Wert gelegt werden dürfen. Einzelne noch unverbundene Bausteine sollen zurechtgelegt werden. Sie zu vermehren, zu bearbeiten und zusammenzufügen bleibe einer späteren Zeit überlassen.

Die feindlichen Einfälle in die Provinz Ostpreußen nötigten die Regierung, ihren Sitz zu verlegen: am 22. August 1914 nach Königsberg, 24. August 1914 nach Berlin, 3. September 1914 nach Danzig, 13. September 1914 nach Königsberg, 27. September 1914 nach Gumbinnen, 5. Oktober 1914 nach Königsberg, 7. Oktober 1914 nach Insterburg, 22. Februar 1915 nach Gumbinnen. Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß diese wiederholten Umzüge für den Geschäftsbetrieb und die beteiligten Beamten erhebliche Unannehmlichkeiten mit sich bringen mußten. Die Zahl der höheren, nicht technischen Regierungsmitglieder betrug vor dem Kriege 25, davon wurden in der Kriegszeit versetzt 2 und zu den Fahnen eingezogen 9, so daß 14 im Dienst verblieben. Von den höheren technischen Beamten verblieben 13 von 17 im Amt, von 87 mittleren Beamten 68. Die zurückgebliebenen, meist in einem höheren Lebensalter stehenden Beamten mußten trotz der Verringerung ihrer Zahl und den gesteigerten Anforderungen des Dienstes die Kriegsarbeit leisten. Sie haben ausnahmslos nach Kräften versucht, in freudiger Begeisterung, trotz Erschwerungen und Entbehrungen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

---

[1]) Ein Teil der Berichte mußte für das nächste Heft zurückgestellt werden.

1. Die nach dem feindlichen Einfall getroffenen gesundheitlichen Maßnahmen.

Eine sehr wichtige Aufgabe der Regierung war der Schutz des Bezirkes gegen Seuchen und ansteckende Krankheiten, die nur zu leicht in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten auftreten. Dieser Aufgabe stellten sich manche Schwierigkeiten in den Weg.

Von den 16 Medizinalbeamten des Bezirks traten am 1. Mobilmachungstage 6 (4 Kreisärzte und 2 Kreisassistenzärzte) in den Dienst der Heeresverwaltung. Während des ersten Russeneinfalls blieben nur die Kreisärzte in Tilsit, Ragnit und Marggrabowa in ihrem Wohnorte. Die beiden letztgenannten beschränkten ihre Tätigkeit fast ausschließlich auf die ärztliche Versorgung des Kreiskrankenhauses, in dem sie wohnten. Der Kreisarzt in Tilsit übte mit Genehmigung des russischen Gouverneurs, der ihn mit Ausweispapieren versah, seine amtliche Tätigkeit aus. Beim zweiten Russeneinfall verließen nur die Kreisärzte in Pillkallen, Stallupönen und Marggrabowa dauernd, die Kreisärzte in Gumbinnen und Darkehmen zeitweise ihren Wohnsitz und mußten ihre amtliche Tätigkeit einstellen. Sehr schwierig gestaltete sich die Tätigkeit der Kreisärzte nach dem Abzuge der Russen, weil ihnen durch die Beschränkung des Eisenbahnverkehrs und den Mangel an Fuhrwerk die für ihre Tätigkeit wichtige Bereisung ihres Amtsbezirkes erheblich erschwert wurde.

Von den 95 praktischen Ärzten waren zwei Drittel gleich bei Ausbruch des Krieges in den Dienst der Heeresverwaltung getreten. Von den übrigen verzog der dritte Teil beim Einfall der Russen. Zur Ausfüllung der Lücken wurden nach dem ersten Abzug eine Anzahl Ärzte von auswärts herangezogen und zur unentgeltlichen Behandlung der Unbemittelten verpflichtet, wofür ihnen Tagegelder gezahlt und freie Wohnung gewährt wurde. Beim zweiten Einfall der Russen verschwanden mit der Bevölkerung aus dem besetzten Gebiete wieder die Mehrzahl der Ärzte. Ihr Ersatz durch auswärtige Ärzte gelang nur in einzelnen Fällen. Auf Antrag wurden für die wichtigsten Orte Kandidaten der Medizin überwiesen, welche die staatliche Notprüfung abgelegt hatten und die Approbation als Arzt gegen die Verpflichtung erhielten, während des Krieges ärztliche Tätigkeit an den Orten auszuüben, die ihnen bestimmt wurden. Re-

klamationen der in den Heeresdienst eingetretenen Ärzte hatten im allgemeinen keinen Erfolg. Die erheblichen Kosten der ärztlichen Versorgung wurden bis Ende März 1915 aus der Staatskasse gezahlt und fallen seitdem den Kreisen zur Last, die für diesen Zweck zinslose Darlehen aus der Staatskasse vorschußweise erhalten.

Wie die Zahl der Medizinalbeamten und Ärzte, so wurde auch die Zahl der Apotheken stark vermindert. Von den 47 Apotheken des Bezirks wurden 10 niedergebrannt und 18 geplündert, 18 Apotheken blieben unversehrt, 1 Zweigapotheke ging ein. Zum Ersatz der vollkommen zerstörten und gänzlich ausgeplünderten Apotheken, von denen fast nichts wie die kahlen Wände übrig blieb, wurden Notapotheken eingerichtet, denen in Abweichung von den geltenden Betriebsvorschriften nur die Verpflichtung auferlegt wurde, die notwendigsten Heilmittel und die unentbehrlichsten Geräte vorrätig zu halten und außer dem Verkaufsraum nur einen Vorratsraum und einen Arzneikeller einzurichten. Die Besitzer der ausgeplünderten Apotheken erhielten zur Wiederbeschaffung der notwendigsten Einrichtungsgegenstände und Waren Vorentschädigungen bis zu 6000, in einem Falle bis zu 10 000 Mark.

Außerordentlich schwierig gestaltete sich die Versorgung der Apotheken mit dem erforderlichen Personal, da ein großer Teil der Vorstände und Gehilfen in den Heeresdienst eintrat und nur wenige durch Reklamation ihrer Berufstätigkeit erhalten werden konnten. Mehreren Apothekenbesitzern mußten nach der Vertreibung der Russen für einige Monate Tagegelder im Betrage von 10—15 Mark gewährt werden, um ihnen die Lebensbedingungen zu schaffen. Die Kosten wurden ebenso wie die Kosten der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung bestritten.

Die Hebammen, die mit der flüchtenden Bevölkerung fast sämtlich ihren Wohnort verlassen hatten, wurden bei der Rückkehr der Einwohner alsbald zurückgerufen. Die Berufsausrüstung war fast allen geraubt worden und wurde ihnen durch Vermittlung der Kreisärzte von den Kreisverwaltungen aus Vorentschädigungsmitteln neu beschafft.

Von den Entseuchern war ein Teil in den Heeresdienst eingetreten. Wo sie fehlten, wurden an einzelnen Orten auf Antrag ausgebildete Sanitätsmannschaften von der Heeresverwaltung aushilfsweise zur Verfügung gestellt. Für die umfangreichen ge-

gesundheitlichen Maßnahmen zur Reinigung der Ortschaften nach dem Abzuge der Russen wurden 24 Entseucher von auswärts durch Vermittlung des Deutschen Entseucherbundes herangezogen und gegen Tagegelder von 10 Mark monatelang beschäftigt.

In allen öffentlichen Krankenhäusern des Bezirks wurde für die Dauer des Krieges ein Teil, meist die Hälfte bis zwei Drittel, in einem Krankenhause die Gesamtheit der Betten der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt. Zwei Krankenhäuser (in Stallupönen und Marggrabowa) wurden zur Einrichtung von Seuchenlazaretten von der Heeresverwaltung in Beschlag genommen. Während des Russeneinfalls wurden die meisten Krankenhäuser in dem besetzten Gebiet zum Teil vollkommen ausgeplündert, das Krankenhaus in Goldap ausgebrannt bis auf die kahlen Mauerwände.

Durch raschen Ersatz der fehlenden Einrichtungsgegenstände und Betten, die zum Teil durch Vermittlung des Zentralvorstandes des Vereins vom Roten Kreuz in Berlin beschafft wurden, gelang es jedoch, sämtliche Krankenhäuser bald wieder in Betrieb zu setzen, wenn sie auch vor der Hand nur notdürftig ausgestattet wurden und noch immer nicht eine genügende Anzahl von Betten besitzen. In Goldap wurde an Stelle des ausgebrannten Krankenhauses im Waisenhaus, in Stallupönen in zwei Baracken ein Notkrankenhaus eingerichtet. Bei den beiden Krankenhäusern in Tilsit und dem Krankenhaus in Insterburg wurden Baracken, welche die Heeresverwaltung, in einem Falle der Zentralvorstand des Vereins vom Roten Kreuz in Berlin zur Verfügung stellte, zur Vermehrung der Bettenzahl aufgestellt. In Marggrabowa verpflichtete sich die Heeresverwaltung, Schwerkranke und Personen mit übertragbaren Krankheiten gegen einen mäßigen Verpflegungssatz in das dortige Militärlazarett aufzunehmen.

Die Wohnstätten und ihre Umgebung befanden sich nach der Vertreibung des Feindes in den neun Kreisen des Bezirks, die längere Zeit von russischen Truppen besetzt waren, fast überall in einem Zustand, der die Gesundheit der heimkehrenden Bevölkerung gefährden mußte. In den Wohnungen, in denen Truppen gehaust hatten und vielfach im Erdgeschoß auch Pferde untergebracht waren, lagen neben einzelnen Trümmern der früheren Einrichtungsgegenstände große Massen von Unrat, verunreinigtes Lagerstroh, verschmutzte Lumpen, faulende Nahrungsmittel, Knochen und andere

Schlachtabfälle, tierischer Mist und menschliche Abfallstoffe. In vielen Häusern bedeckte dieser Unrat den Fußboden der Zimmer bis zu 1 m Höhe und verpestete durch die eingetretene Fäulnis die Luft. In den kleinbäuerlichen Wohnungen waren die hier landesüblichen Kartoffelkeller unter den Wohnräumen, mit denen sie durch eine Falltüre in Verbindung stehen, nahezu regelmäßig als Aborte benutzt worden und mit menschlichen Abfallstoffen verunreinigt, die mit faulenden Kartoffeln vermischt unbeschreibliche Gerüche verbreiteten. Wo eine unmittelbare Verbindung der Wohnräume mit dem Keller gefehlt hatte, war eine solche häufig durch Einschneiden von Löchern in den Fußboden hergestellt, um eine bequeme Abführung der flüssigen und breiigen Abfallstoffe in den Keller zu schaffen.

In den Ställen, zuweilen auch in den Kellern, lagen häufig faulende Tierleichen, in der Umgebung der Häuser massenhaft Unrat, Mist, Kothaufen und Schlachtabfälle.

Die Brunnen waren zum größten Teil verunreinigt und beschädigt. In vielen Brunnen fanden sich Schlachtabfälle, selbst ganze Leichname von Rindern, Kälbern, Schweinen, in manchen menschliche Abfallstoffe, in sehr vielen Gebrauchsgegenstände und Werkzeuge, Bekleidungsstücke, häufig Geschosse aller Größen, einzeln und in Massen bis zu mehreren Zentnern, auch Waffen, einmal ein ganzes Maschinengewehr.

Auf den Feldern lagen zahllose Tierleichen und in den Gegenden, wo Schlachten stattgefunden hatten, auch noch menschliche Leichen, oft an abgelegenen, versteckten Stellen, wo sie bei Räumung der Schlachtfelder nicht aufgefunden worden waren. Innerhalb der Ortschaften, dicht bei Wohnhäusern, fanden sich Kriegergräber in großer Zahl, oft mangelhaft oder gar nicht bezeichnet, nicht selten so ungenügend bedeckt, daß bald Leichenteile zutage traten oder von scharrenden Hunden freigelegt wurden.

Um diesen zahlreichen Mißständen zu begegnen, wurde in jedem Kreise eine Anzahl Reinigungsabteilungen aus Kriegsgefangenen gebildet, die unter Leitung von Entseuchern die Wohnstätten und ihre Umgebung reinigen und vor der Rückkehr der geflüchteten Bewohner in unbedenklichen Zustand bringen sollten. Die Geldmittel für Beschaffung von Reinigungs- und Entseuchungsmitteln und Werkzeugen und für die Entlohnung der Entseucher wurden den Kreisen vorschußweise als zinslose Darlehen bereit-

gestellt, die Kriegsgefangenen von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt.

Die Durchführung der Maßnahmen, die den Landräten übertragen wurde, stieß zunächst auf erhebliche Schwierigkeiten und erfuhr solche Verzögerung, daß an vielen Orten die Einwohner bereits zurückgekehrt waren, als die Reinigungsarbeiten in Angriff genommen wurden. Die wesentlichste Ursache davon war die unerwartet rasche Heimkehr der Bevölkerung, die in Massen erfolgte, ehe die Kreise für die Rückkehr der Flüchtlinge allgemein freigegeben waren. Es verzögerte sich aber auch ganz erheblich das Eintreffen der Kriegsgefangenen, die Beschaffung der Überwachungsmannschaften und die Regelung der Verpflegung und Unterkunft der Gefangenen, so daß die Bildung der Reinigungsabteilungen in mehreren Kreisen erst wochenlang nach dem Eintreffen der Entseucher erfolgen konnte.

Die Reinigung erstreckte sich auf alle Häuser und Räume, die zum Wohnen von Menschen gedient hatten oder dienen sollten. Entseuchung wurde nur in den Häusern und Räumen vorgenommen, in denen die Kreisärzte sie als notwendig bezeichneten. Dabei wurden grundsätzlich nur die Wohnungen entseucht, deren Verseuchung durch Belegung mit Kranken nach glaubhaften Mitteilungen oder nach sonstigen Umständen anzunehmen war.

Verunreinigte Brunnen wurden einer gründlichen Reinigung unterzogen und entseucht, falls der Verdacht begründet war, daß sie Krankheitserreger aufgenommen hatten. Brunnen, die so hochgradig verunreinigt oder beschädigt oder an sich so minderwertig waren, daß ihre Instandsetzung nicht lohnte, wurden außer Gebrauch gesetzt und sollen durch neue ersetzt werden.

Bei Gräbern wurde die Überdeckung durch Anschüttung von undurchlässigem Erdreich und Erhöhung der Grabhügel verstärkt und für Umfriedigung und Bezeichnung Sorge getragen.

Der Umfang der Arbeiten war in den Kreisen sehr verschieden, da das Gebiet, das vom Feinde längere Zeit besetzt gehalten wurde, sehr verschiedene Größe hatte und der Grad der Verschmutzung und Verwüstung sehr ungleich war. Am zeitraubendsten waren die Arbeiten im Kreise Goldap, wo nicht nur die Mehrzahl der Ortschaften zu reinigen, sondern in der Kreisstadt große Häuserblocks zu entseuchen waren, in denen die Russen Seuchenlazarette, besonders für Typhus- und Ruhrkranke eingerichtet hatten.

Im ganzen wurden den Berichten der Kreisärzte zufolge nach den angeführten Grundsätzen in etwa 600 Gemeinden Arbeiten in den Wohnstätten und außerhalb derselben vorgenommen.

Übertragbare Krankheiten traten nach dem Russeneinfall zahlreicher auf, als dies sonst der Fall war. Schon im Laufe des Winters waren in dem westlichen Teil des Kreises Darkehmen unter den Flüchtlingen, die sich hier zusammendrängten, gehäufte Erkrankungen an Scharlach aufgetreten. Als nach der Vertreibung der Russen die Bevölkerung zurückkehrte, nahmen in mehreren Kreisen des Bezirks die Kinderkrankheiten Scharlach, Masern und Diphterie epidemische Verbreitung an. In einer Anzahl von Orten traten gehäufte Erkrankungen an Typhus auf, und neuerdings mehren sich besonders die Erkrankungen an Ruhr. Dreimal wurden die Pocken eingeschleppt, einmal durch Befestigungsarbeiter, einmal durch einen Trainsoldaten und einmal vermutlich durch Flüchtlinge von der russischen Grenze.

Die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten verursachte erhebliche Schwierigkeiten. Die Grundlage aller Seuchenbekämpfung, das Meldewesen, versagte oft, weil die Erkrankungen beim Mangel an Ärzten gar nicht oder sehr spät in ärztliche Behandlung gelangten. Die örtlichen Ermittlungen der Medizinalbeamten waren erschwert durch die Beschränkung der Beförderungsmittel, das Eingreifen der Aufsichtsbehörden oft bis zur Wertlosigkeit verlangsamt durch Verzögerungen im Postverkehr. Die Absonderung der Kranken war vielfach nicht erreichbar, weil die schon im Frieden ungenügende Anzahl der Krankenhausbetten, die für diesen Zweck zur Verfügung stehen, noch mehr beschränkt war.

In der Überzeugung, daß die vortrefflichen Bestimmungen unserer Seuchengesetze, deren Durchführung uns bisher dauernd vor der Ausbreitung von gemeingefährlichen Seuchen gesichert und vor dem Überhandnehmen der übrigen ansteckenden Krankheiten bewahrt hat, unter den Verhältnissen des Krieges in dem unmittelbar betroffenen Gebiet nicht ausreichen, wurde erwogen, gegenüber der bedenklichsten Kriegsseuche, die an der Ostfront drohend ihr Haupt zu heben begann, der Cholera, Maßnahmen einzuführen, die über den Rahmen der Seuchengesetze hinausgehen. Erfreulicherweise brauchte an die Durchführung nicht herangetreten zu werden, da es gelang, den Einbruch der Seuche in unser Vaterland zu verhindern.

2. Die Lage des Handwerks im Bezirke Gumbinnen.

Die Lage des Handwerks im Bezirke Gumbinnen[1]) vor dem Kriege war zufriedenstellend. Da es fast ganz von dem Ergehen der Landwirtschaft abhängig ist, fand das Handwerk in den letzten Jahren, in denen die Landwirtschaft im Bezirke einen erheblichen Aufschwung nahm, lohnende Beschäftigung.

Zu den Hemmungen, die das Handwerk überall erleidet, trat im hiesigen Bezirk sehr störend die starke Abwanderung der Gesellen. Es war üblich geworden, daß die Lehrlinge, sobald sie ausgelernt hatten, ihren Meister verließen und zum großen Teil nach den Großstädten oder nach dem Westen abwanderten. Bei dem jüngeren Nachwuchse war erfreulicherweise in neuester Zeit ein solches Abwandern weniger zu bemerken. Dies war auf die sorgfältigere Ausbildung der Handwerker zurückzuführen, die sie besser befähigte, sich ein selbständiges Gewerbe zu gründen. Die Ausbildung erfolgte in den gewerblichen Fortbildungsschulen, den Innungsfachschulen und in der Meisterschule. Es waren vor dem Kriege im Bezirke 20 gewerbliche Fortbildungsschulen im Betrieb mit 2800 Schülern, ferner 10 Innungsfachschulen, in denen 350 Lehrlinge unterrichtet wurden. Diese Fachschulen waren eingerichtet für Schmiede, Maler und Haarkünstler. Segensreich haben die Meisterkurse an der Meisterschule in Gumbinnen gewirkt, deren Zahl stetig vermehrt werden mußte. Es wurden zuletzt deren 12 abgehalten für Fleischer, Klempner, Glaser, Maler, Schmiede, Schneider, Schuster, Stellmacher und Tischler. An der Meisterschule waren für die Erteilung des Unterrichts 6 Fachlehrer angestellt. Außer diesen sogenannten großen Meisterkursen von zehnwöchiger Dauer waren noch kleine Kurse als Fachkurse für bestimmte Handwerke und Wanderkurse eingerichtet.

So wurde alles getan, um die Lage des Handwerks zu verbessern. Da brach der Krieg aus und zwang im Bezirke fast alle Handwerker zur Aufgabe der Beschäftigung und die meisten zur Flucht. Die

---

[1]) Der Bezirk der Handwerkskammer Gumbinnen umfaßt den alten Regierungsbezirk Gumbinnen und den Kreis Memel und zählte vor dem Kriege rund 15700 Handwerker (2% der Bevölkerung), vor allem Schneider ($^1/_5$ der Gesamtzahl) und Schuhmacher, dann der Zahl nach Schmiede und Stellmacher ($^1/_4$), Bauhandwerker und Tischler ($^1/_5$). 10000 sind in Innungen geeinigt (216 Innungen).

Lage war anfangs troſtlos, da nur wenige ſoviel Geld zurückgelegt hatten, um davon eine Zeitlang leben zu können. Mit bemerkenswerter Raſchheit ſetzte aber bald die Hilfe des Staates und des deutſchen Handwerks ein. Zunächſt tat es not, Geld und Sachen für die Geflüchteten zu beſorgen. Es wurde von der Handwerkskammer Berlin unter Mitwirkung der Handwerkskammer Gumbinnen eine Hilfsſtelle für die oſtpreußiſchen Handwerker eingerichtet, und es gelang in kurzer Zeit, außer großen Mengen von Kleidungsſtücken und ſonſtigen Liebesgaben, über 120 000 Mark in bar zuſammenzubekommen. Dies Geld wurde verteilt an 8651 Perſonen, ſo daß durchſchnittlich auf den Handwerker 90 Mark und auf den Kopf der Angehörigen 15 Mark entfielen. Von der Kammer Gumbinnen ſelbſt ſind zur Unterſtützung der notleidenden und geſchädigten Handwerker über 42 000 Mark geſammelt worden.

Sobald die Vertreibung der Ruſſen nach der Winterſchlacht die Rückkehr überhaupt geſtattete, fanden ſich auch die geflüchteten Handwerker wieder ein.

Wichtig war es, das Handwerk ſofort wieder mit dem verloren gegangenen Handwerkszeug und den notwendigſten Maſchinen zu verſorgen. Die Handwerkskammer hatte für dieſen Zweck ein zinsfreies Staatsdarlehen in Höhe von 150 000 Mark beantragt. Gegen dieſen Plan wurden aber aus Handelskreiſen Bedenken erhoben, und die Gewährung des Darlehns wurde abgelehnt. Der Handelsminiſter erklärte ſich aber bereit, an einzelne Handwerker zur Beſchaffung von Handwerkszeug zinsloſe Darlehen im Geſamtbetrage bis zu 100 000 Mark zu gewähren, die mit jährlich 25% vom 1. Oktober des auf den Friedensſchluß folgenden Kalenderjahres ab zurückzuzahlen ſind. Außerdem hatte die Handwerkskammer Berlin 15 000 Mark geſtiftet zur Anlegung von Werkzeugmuſterlagern. Dieſe Stiftung und eine Zuwendung des Oberpräſidenten ermöglichte es, den Handwerkern das Werkzeug in großer Auswahl und raſch unter dem Selbſtkoſtenpreiſe zu liefern. Es galt nun die Frage zu löſen, wie dem Handwerke am beſten lohnende Arbeit verſchafft werden könne. Bisher war die wirtſchaftliche Einigung der Handwerker zurückgeblieben. Jetzt war es möglich, mit Rückſicht auf die unmittelbaren Intereſſen am Wiederaufbau einzelne Genoſſenſchaften zu gründen, nämlich je eine Tiſchlergewerksgenoſſenſchaft in Gumbinnen und Darkehmen, eine Tiſchler- und

Stellmachergewerksgenossenschaft in Stallupönen und eine Baugewerksgenossenschaft in Memel. Die Gründung weiterer Baugewerksgenossenschaften in Johannisburg und Insterburg steht in naher Aussicht. Zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens in Ostpreußen für die Dauer des Krieges und die Zeit des Wiederaufbaues haben sich die bestehenden Genossenschaftsverbände zu einem Kriegsverband der ostpreußischen Genossenschaften vereinigt, der an seinem Teil dazu mithilft, das Genossenschaftswesen im Handwerk zu fördern und zugleich zu verhüten, daß ein feindlicher Wettbewerb zwischen den einzelnen Genossenschaften entsteht.

Bald zeigte es sich, daß die Gründung solcher Genossenschaften zu langsam vonstatten ging. Es mußte versucht werden, eine besondere Vereinigung zu bilden, die befähigt ist, im großen die Vermittlung bei der Vergebung der Arbeiten zu übernehmen. So ging man dazu über, Verdingungsämter zu errichten. Im Frühjahr 1914 war in Hannover eine Hauptstelle für Verdingungswesen errichtet worden, die zunächst die Aufgabe hatte, die Vorbedingungen für die wirtschaftliche Einigung des Handwerks zu erforschen. Der Krieg beschleunigte diese Arbeiten, und schon im Februar 1915 wurde in Weimar beschlossen, Lieferungsverbände zu bilden, um dem Handwerk die Beteiligung an dem Wiederaufbau Ostpreußens zu sichern. Auf dem 14. ostdeutschen Handwerkskammertage im März 1915 haben sich dann die ostdeutschen Kammern zusammengetan, um die Vergebung der Lieferungen für den Wiederaufbau Ostpreußens an die Handwerker der beteiligten Provinzen zu erwirken. Diese Verdingungsstelle erhielt ihren Sitz in Königsberg. Außerdem wurde in Gumbinnen ein Verdingungsamt für den Bezirk der hiesigen Handwerkskammer gegründet.

Um dem Mangel an Hilfskräften und Bauhandwerkern abzuhelfen, ist beabsichtigt, nicht kriegsverwendungsfähige Handwerker zu entlassen oder auf längere Zeit zurückzustellen. Außerdem werden geeignete kriegsgefangene Handwerker den Kreisen zur Verteilung an einheimische Meister überwiesen. Zur Beschleunigung des Wiederaufbaues ist damit begonnen worden, unausgebildete Kriegsgefangene in besonderen Lagern auf die am meisten zerstörten Kreise zu verteilen. Ferner werden in den Hilfswerkstätten in Stallupönen geeignete Kriegsgefangene zu Tischlern aus-

gebildet und schon während der Ausbildung den ansässigen Meistern zur Verfügung gestellt[1]).

3. Die Domänen im Kriege.

Auch die Domänen des Bezirks haben unter dem Kriege schwer gelitten.

Vorhanden sind 36 Domänen, von denen 6 Remontedepots sind. Die 30 anderen haben einen Gesamtflächeninhalt von 17 659 ha, gute Größenverhältnisse und im allgemeinen einen günstigen Boden. Sie brachten vor Ausbruch des Krieges eine Pacht von 407 450 Mark Die Bodenkultur ist hoch, überall wurde vor dem Kriege zahlreiches und wertvolles Vieh gehalten, meist auch Pferdezucht getrieben.

Während durch den ersten Russeneinfall verhältnismäßig wenig Schaden auf den Domänen angerichtet wurde — wohl deshalb, weil die Russen damals noch in dem Glauben waren, Ostpreußen für immer behalten zu können —, war der Kriegsschaden bei dem vom Oktober 1914 bis zum Februar 1915 dauernden zweiten Einfall um so bedeutender. Bei diesem erstreckt sich die Zerstörung nicht nur auf die Erntevorräte sowie das lebende und tote Inventar, sondern auch auf die Gehöfte, von denen eine große Anzahl völlig abgesengt worden sind.

Bei 12 fast gänzlich zerstörten Domänen konnte der Betrieb erst nach Errichtung größerer Notbauten wieder aufgenommen werden.

Der dem Staate durch Vernichtung der Gebäude entstandene Schaden beträgt etwa $3^1/_4$ Millionen Mark. Hierzu kommt der Schaden durch Schützengräben und eingeschlagene Geschosse.

Der von den Pächtern angemeldete Schaden beläuft sich auf:

An Zubehör . . . . . 8 109 920 M.
an Vorräten . . . . . 4 615 290 M.

so daß der Gesamtschaden auf den Domänen etwa 16 Millionen Mark beträgt.

Nach endgültiger Vertreibung des Feindes mußten die Domänen sobald als möglich wieder in Betrieb gebracht und die Frühjahrsbestellung nach Möglichkeit durchgeführt werden, was auch

[1]) Das Nähere darüber siehe in dem Aufsatze über „die Verwendung der russischen Kriegsgefangenen in Ostpreußen" (S. 123 ff.).

auf den meisten Domänen gelang. Die zur Einrichtung und Fortführung der Wirtschaft erforderlichen Geldmittel konnten sich die Pächter durch Vorentschädigungsanträge verschaffen, während ihnen zugleich durch zinsfreie Stundung der laufenden Pachten und der etwa vorhandenen älteren Schulden geholfen wurde.

Um die Wiederherstellung der Domänen möglichst zu beschleunigen, wurde an der Regierung Gumbinnen ein besonders Domänenbauamt errichtet, welches die entstandenen Schäden festzustellen hat und mit den verschiedenen Baufirmen über den Wiederaufbau der Gebäude verhandelt. Es wurden zunächst nur die dringendsten Notbauten ausgeführt, welche die Pächter in die Lage versetzen sollten, ihren Wirtschaftsbetrieb in möglichst vollem Umfange wieder aufzunehmen. Wohngelegenheit, Ställe, Scheunen und Räume zur Bergung der Ernte mußten geschaffen werden.

Für die später auszuführenden endgültigen Bauten wurden Pläne ausgearbeitet.

Um den Pächtern, deren Wirtschaftsbetrieb durch Zerstörung der Gebäude besonders erschwert war, entgegenzukommen und um zugleich die innere Ansiedlung zu fördern, wurde bestimmt, daß Domänen, die sich zur Aufteilung eignen, mit Wirkung am 1. Juli 1914 den Pächtern abgenommen und auf Kosten des Staates bewirtschaftet werden sollten. Zu ihrer einstweiligen Verwaltung ist eine besondere Behörde, die „Zentral-Domänen-Administration", mit dem Sitze in Rastenburg errichtet worden. Bis jetzt werden 7 Domänen von der Administration verwaltet.

Schließlich hat der Herr Landwirtschaftsminister genehmigt, daß mit Pächtern, deren Pacht in den nächsten Jahren endigt, und denen die Wiedereinrichtung ihrer Wirtschaft für so kurze Zeit nicht zugemutet werden kann, schon jetzt Verträge geschlossen werden dürfen, die ihnen die Pacht auf weitere 18 Jahre nach Ablauf des Vertrages sichern.

4. Die Forstverwaltung im Kriege.

Von den 28 Oberförstern des Bezirkes (Waldfläche rund 163000 ha) traten am 1. Aug. 1914 zwanzig in den Heeresdienst, davon starben 4 auf dem östlichen Kriegsschauplatze den Heldentod für ihr Vaterland. Ausgangs 1914 stellten sich noch drei Oberförster freiwillig für den Heeresdienst zur Verfügung, so daß zeitweilig

nur fünf Oberförster verblieben, von denen vor Jahresfrist zwei gestorben sind. Jetzt unterstehen wieder 6 Oberförstereien den zuständigen Revierverwaltern, denen zum Teil noch die Oberaufsicht über die Verwaltung von Nachbar-Oberförstereien übertragen werden mußte. Ein Oberförster mit dem Wohnsitz in Tilsit führt seit Jahresfrist die Oberaufsicht über 7 Oberförstereien. 4 Oberförstereien müssen von Revierförstern, die dann noch verbleibenden von Förstern verwaltet werden.

Die im Regierungsbezirk beschäftigten Forstassessoren und die zu ihrer weiteren Ausbildung aufhaltsamen Forstreferendare gingen mit Kriegsbeginn sämtlich zu ihren Truppenteilen. Viele von ihnen deckt der grüne Rasen in Feindesland.

Die zehn Forstkassen mußten teilweise gleich bei Kriegsausbruch, teilweise mit dem ersten Russeneinfall, ihre Dienstorte monatelang verlassen, konnten aber inzwischen sämtlich zurückverlegt werden. Drei Forstkassenrendanten wurden mit Kriegsbeginn zu den Fahnen einberufen; ihre Kassen werden von Förstern verwaltet.

Von den rund 300 Forstschutzbeamten mußten am 1. August 1914 109 sich zum Heeresdienst stellen, 5 sind von den Russen verschleppt, einer wird seit Jahresfrist vermißt, so daß im ganzen mehr als ein Drittel der Forstschutzbeamten dem Beruf entzogen ist. Um den Mangel einigermaßen auszugleichen und um den verbliebenen meist älteren Beamten einige Erleichterungen im Außendienst zu verschaffen, sind aus dem Waldarbeiterstande Forstschutzmänner zur Verstärkung des Forst- und Jagdschutzes verpflichtet worden.

Während bei dem ersten Russeneinfall ein großer Teil der Forstbeamten auf den Dienststellen verblieben war, mußten kurz vor Beginn des zweiten Einfalls die Beamten im eigentlichen Kriegsgebiete ihre Dienststellen auf militärische Anordnung verlassen. Gegen Ende Februar 1915 konnten sie nach fast viermonatlicher Abwesenheit zur Wiederübernahme ihrer Dienstgeschäfte zurückbeordert werden. Während dieser Zeit waren die Beamten zu berufsmäßiger Beschäftigung Oberförstereien in den Regierungsbezirken Königsberg, Danzig, Marienwerder, Bromberg und Stettin überwiesen.

Für tapferes Verhalten während des ersten und zweiten Russeneinfalls wurden im Sommer 1915 sechs Förster durch Verleihung des Eisernen Kreuzes am schwarzweißen Bande ausgezeichnet.

Die Forstdienstgebäude in den Kreisen Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Goldap, Oletzko und Darkehmen waren von den Russen sämtlich ausgeplündert und vielfach in gemeinster Weise verunreinigt. Wo die Wohnhäuser abgebrannt sind, wurden winterfeste Baracken aufgestellt, die, da Massivbauten während des Krieges nicht aufgeführt werden sollen, voraussichtlich 2—3 Jahre von den Beamtenfamilien bewohnt werden müssen. Diese winterfesten, leicht versetzbaren Baracken sollen später anderen Ortes als Waldarbeiterwohnhäuser oder Oberförster-Kutscherwohnungen wieder Verwendung finden.

Vielfach haben russische Truppen versucht, Waldbrände, besonders in den Revieren nördlich der Memel, anzulegen. Dank ungünstiger Witterung gelangten die entfachten Waldbrände zu keiner größerern Ausdehnung. In der Oberförsterei Norkaiten sind rund 30 Morgen Kiefernschonung abgebrannt. Durch Granat-, Schrappnel- und Gewehrfeuer haben vielfach Holzbestände gelitten. Während des Bewegungs- und des Stellungskrieges haben in den Oberförstereien des Kriegsgebietes Abholzungen in größerem oder kleinerem Maße stattgefunden. Der größte Holzeinschlag fand in den Oberförstereien Heydtwalde und Borken statt, in denen die Russen zur Anfertigung von Stellungen längs der West- und Südgrenze dieser Oberförstereien auf ungefähr 18 km Länge einen größtenteils zusammenhängenden 60 bis über 100 m breiten Streifen heruntergeschlagen haben. In der Oberförsterei Skallischen haben die Russen zur Befestigung ihrer Angerappstellungen umfangreiche Holzeinschläge vorgenommen. Vielfach waren Kiesstraßen und ausgebaute Wege grundlos zerfahren, Knüppeldämme gebaut, Brücken zerstört, unsere Fernsprechanlagen vernichtet und ausgedehnte Fernsprechverbindungen innerhalb der Reviere von den russischen Truppen eingerichtet.

Die Wildverluste sind besonders groß in den Revieren, die längere Zeit von den Russen besetzt waren, so besonders in der Borker Heide und der Rominter Heide, wo mehrere hundert Stück Rotwild abgeschossen sind und auch der Dam- und Rehwildbestand stark mitgenommen wurde. Den Hirschen schlugen die Russen Kopf mit Geweih ab und ließen ihn liegen, da ihnen nur an ausgiebiger Fleischversorgung gelegen war. Das Schwarzwild scheint in unverminderter Zahl geblieben zu sein.

Zur Linderung der Not der allmählich zurückkehrenden Bevölkerung wurde in allen Oberförstereien unentgeltliche Waldweide zugelassen, jedoch nicht in großem Maße in Anspruch genommen. Schweineeintrieb war gleichfalls unentgeltlich gestattet, wurde aber nicht verlangt. Wald- und Torfstreu kann zu ermäßigten Sätzen oder unentgeltlich abgegeben werden. Das Sammeln von Beeren und Pilzen wurde gegen Ausgabe eines Erlaubniszettels für Familien zum Preise von 5 Pfg. gestattet, die Selbstwerbung von Futterlaubreisig war allgemein freigegeben, wie auch die Oberförstereien angewiesen wurden, Futterlaubreisig zu gewinnen.

Naturgemäß ruhte während des Winters 1914 der Holzeinschlag in fast allen Revieren so gut wie ganz. Da es jetzt an eigenen Arbeitskräften fehlt, ist im weitesten Umfange der Selbsteinschlag von Brennholz und auch von Bauholz sowie die Selbstgewinnung von Torf gestattet. In den letzten Monaten des Jahres 1915 sind rund 47 000 rm Brennholz durch Selbsteinschlag geworben und verkauft. Um den Arbeitsmangel zu beseitigen, um vor allem bald Brennholz auf den Markt zu bringen und schnellstens mit dem Bauholzeinschlag beginnen zu können, entschloß man sich, mit russischen Kriegsgefangenen den Holzeinschlag auszuführen. Seit Februar 1915 werden in den Oberförstereien Brödlauken, Kranichbruch und Astrawischken und seit letztem Frühjahr auch in der Romintener und Borkener Heide Russen beschäftigt. Nach beendeter Ernte gegen Anfang Oktober v. Js. konnten fast allen Oberförstereien weitere Kriegsgefangene überwiesen werden, von denen in diesem Winter gegen 2200 beschäftigt werden. Dadurch wurde es ermöglicht, bis Jahresschluß 1915 rund 160 000 rm Brennholz zum Verkauf zu bringen.

3. Das Landratsamt Ortelsburg.

Von Landrat von Poser und Groß-Naedlitz.

Einigermaßen[1]) geordnete Verhältnisse im Kreise traten erst Anfang Januar 1915 wieder ein, wenn auch bis in den März hinein noch verschiedene russische Vorstöße in die Grenzortschaften unternommen wurden, die aber außer der Niederbrennung weiterer Ge-

[1]) Der erste Teil des Aufsatzes mußte aus Raummangel zurückgestellt werden.

bäude sämtlich erfolglos endeten. Die wirkliche Bedrohung des Kreises hörte jedoch, da die Russen mit weit überlegenen Kräften gerade an der Grenze des Kreises Ortelsburg wiederholt Durchbrüche mit aller Kraft versuchten, erst mit der Julioffensive gegen die russischen Festungen auf, deren Beginn Generalfeldmarschall von Hindenburg von Willenberg im Kreise Ortelsburg aus leitete. Trotz der gerade bis dahin oft sehr kritischen Lage ist jedoch unter der — bereits fast völlig zurückgekehrten — Bevölkerung niemals wieder eine Unruhe entstanden; unter dem Donner der Geschütze, wenige Kilometer hinter der vordersten Front, wurden alle landwirtschaftlichen Arbeiten wie im tiefsten Frieden verrichtet. Die Verwaltungstätigkeit selbst wurde erneut erheblich behindert, als Ende Januar mehrere Armeekorps ihren Aufmarsch für die Winterschlacht in Masuren vollzogen, so z. B. durch die andauernden Bahnsperren, die so oft und so plötzlich einsetzten, daß man es nicht mehr wagen konnte, die Eisenbahn als Verkehrsmittel zu benutzen. Im Februar war der Personen- und Güterverkehr ununterbrochen allein 3 Wochen gesperrt, so daß z. B. die Brotkarten, deren Druck in Ortelsburg nicht möglich war, damals in der ersten Zeit jedes Mal mit Kraftwagen von Allenstein (50 km) geholt werden mußten. Der Briefverkehr war gleichfalls öfters ganz unterbrochen, und auch sonst brauchten Briefe nach Ortschaften an der Grenze nicht weniger wie 10 Tage. Der Privattelephonverkehr war andauernd völlig gesperrt. Selbst von mir abgesandte Staatstelegramme wurden einige Zeit nur für die mit einer Postanstalt versehenen Ortschaften angenommen, so daß eine sichere Beförderung dringender Nachrichten an die Ortsbehörden und Gendarmen nur durch Kraftwagen und besondere Boten möglich war. Besonders unangenehm fühlbar machte sich dieses alles gerade damals, wo die neue Wirtschaftsregelung mit den vielen Bestandsaufnahmen einsetzte. Die neuen Bestimmungen gelangten zudem sowieso schon von Berlin aus äußerst spät an das Landratsamt, und ihre schnelle Veröffentlichung wurde auch noch dadurch stark behindert, daß die Kreisblattdruckerei ein Raub der Flammen geworden und seit dem 1. Januar erst wieder notdürftig mit Handbetrieb und ungeübten Kräften eingerichtet worden war. Bis dahin hatte der Druck des Kreisblattes in der Nachbarkreisstadt Bischofsburg stattfinden müssen. Auch die Bestandserhebungen selbst, die trotzdem in der gleichen Frist wie in

den anderen Landesteilen erfolgen mußten, stellten an die Ortsbehörden, Amtsvorsteher und Gendarmeriewachtmeister die größten Anforderungen. Es mußte eben gehen, und es ging. So vollzog sich auch die Einführung der Brotkarten völlig glatt am vorgeschriebenen Termin; sie wurde sogar von der Landbevölkerung freudig begrüßt mit den Worten: „Gott sei Dank, nun kriegen wir auch das Brot umsonst!" — Aber auch nach Richtigstellung dieses kleinen Irrtums entstanden keinerlei Schwierigkeiten, da die Bevölkerung, dank der aufklärenden Tätigkeit der Ortsbehörden, alle Neuerungen willig und mit patriotischem Verständnis aufnahm. Auch bei Musterungsterminen sowie an Markttagen bei großem Andrang auf dem Landratsamt selbst war gute Gelegenheit zu einigen belehrenden Worten. Vielfach mußten die beschriebenen Schwierigkeiten dadurch behoben werden, daß ein Kraftwagen mit einem Gendarm den ganzen Tag in dem sehr ausgedehnten Kreise (33 Quadratmeilen) herumfuhr, um Anordnungen zu verteilen und Berichte einzusammeln. Auch die Verteilung der Brotkarten an die Gendarmeriewachtmeister, die sie ihrerseits unter gleichzeitiger Ausübung der Kontrolle an die Ortsbehörden weitergaben, mußte in den ersten Monaten auf diesem Wege erfolgen.

Der mündliche und schriftliche Verkehr mit den militärischen Stellen sowie den drei Etappenbehörden, die gleichzeitige Zugehörigkeit des Kreises zum Heimats-, Etappen- und Operationsgebiet, die von Anfang Februar bis Juli andauernde, ungeheuer starke militärische Belegung des Kreises und die damit verbundenen, erheblichen unmittelbaren Requisitionen der Truppen bedeuteten für alle Behörden im Kreise eine weitere, große Vermehrung der Arbeitslast. So hatte z. B. die 2500 Einwohner zählende Stadt Willenberg wiederholt täglich wechselnd 10 000 Mann, oft auch noch tausende von russischen Kriegsgefangenen, die unmittelbar von der Front kamen, und unzählige Verwundete unterzubringen. Kirchen, Schulen, Amtsgericht sind monatelang vollständig von Truppen und Lazaretten dort belegt gewesen, ganz abgesehen davon, daß die Stadt auch beim zweiten russischen Einfall im November wiederum völlig ausgeplündert worden war, so daß damals erst eine geringe Zahl von Einwohnern hätte dorthin zurückkehren können. Vielfach war auch im Kreise der Ausdrusch des Getreides wegen militärischer Belegung der Scheunen nicht möglich.

Andererseits kamen die vielen Kolonnen, die im Kreise lagen, der Bevölkerung bei der Frühjahrsbestellung wiederum sehr zugute, da diese mit Mann, Pferd und Wagen der Bevölkerung bereitwilligst Hilfe leisteten. Die Organisation für die Frühjahrsbestellung war in der Weise getroffen, daß jeder Gendarm in seinem Bezirk dafür zu sorgen hatte, daß alles Land bestellt wurde. Er sorgte dafür, daß die Nachbarn sich gegenseitig Hilfe leisteten, daß die Ackergeräte mit Hilfe der Truppen wieder instand gesetzt wurden, und vermittelte auch sonstige militärische Hilfe, wie sie mit den militärischen Stellen vereinbart worden war. Ferner waren von militärischer Seite für verschiedene Gebiete besondere Bestellungskommissare eingesetzt worden, die sich erforderlichenfalls z. B. wegen Saatbeschaffung mit mir in Verbindung setzten. Um ein Beispiel anzuführen, teilte mir eines Tages bei einer Besprechung in Willenberg ein Major mit, daß er für den Grenzort Flammberg noch soundso viel Zentner verschiedenes Saatgut brauche. Gleich nach meiner Rückkehr nach Ortelsburg wurde bei der Genossenschaft festgestellt, daß das gewünschte Saatgut vorhanden sei, noch abends an den betreffenden Major telegraphiert, und bereits am nächsten Vormittag waren aus dem etwa 30 km entfernten Orte mehrere Fuhrwerke zur Abholung des Saatgutes hier eingetroffen. Glücklicherweise war genügend Saatgut im Kreise selbst vorhanden, da von außen wegen der vielen Bahnsperren nichts heranzubekommen gewesen wäre. So ist im Frühjahr so gut wie alles Land bestellt worden, während im Herbst etwa zwei Drittel bestellt worden waren, trotz der drei feindlichen Einbrüche und des Abtransports fast sämtlicher Landsturmpflichtigen ins Innere, der zu ihrer eigenen Sicherheit im November stattgefunden hatte. An Getreide waren trotz der Russeneinfälle Anfang Februar noch 146 000 Zentner Roggen vorhanden, so daß noch sehr viel an die Kriegsgetreidegesellschaft abgegeben werden konnte. Auch an Kartoffeln und Hülsenfrüchten war kein Mangel; der Hafer langte trotz eines nominellen Fehlbetrages von 54 000 Zentner, da den braven Masurenpferden glücklicherweise noch nicht bekannt ist, was Hafer ist. Im übrigen wurden mit gutem Erfolg auf meine Bitte von den Etappenbehörden Ausfuhrverbote für eine Reihe von Gegenständen erlassen, aber so gehandhabt, daß der eigene Bedarf im Kreise gedeckt wurde, alle überschüssigen Mengen aber hinausgingen.

Eine ganz besondere Schwierigkeit bot das notdürftige Instandhalten der aufs äußerste mitgenommenen Chausseen sowie ihr Freihalten von Schnee für den militärischen Kraftwagenverkehr, wozu sieben Schneepflüge angeschafft und in Betrieb gehalten werden mußten. Erwähnenswert ist, daß am 7. Februar 1915 vom Generalkommando des XX. Armeekorps der Befehl erging, innerhalb 12 Stunden die beiden Chausseen von Ortelsburg nach Friedrichshof und Fürstenwalde wegen Glatteises in voller Ausdehnung mit Sand und Erde zu bestreuen (insgesamt 60 km), was wider alles Erwarten trotz des hohen Schnees und der geringen Arbeitskräfte pünktlich gelang, so daß der am nächsten Tage beginnende Vormarsch zur Masurenschlacht ordnungsmäßig vor sich gehen konnte. Im Februar wurde auch eine Musterung und Aufnahme sämtlicher Pferde im Kreise erneut durchgeführt, um die Zahl der Beutepferde festzustellen und, wo nötig, ihre gerechtere Verteilung vorzunehmen. Den Versuchen, landwirtschaftliche Arbeiter für andere Provinzen anzuwerben, wurde dadurch begegnet, daß die Anwerber bei ungenügenden Ausweisen als spionageverdächtig behandelt und von zuständiger Stelle wieder aus der Provinz herausbefördert wurden. Später ist auch noch ein amtliches Verbot erlassen worden.

Im Frühjahr wurde dann mit dem Wiederaufbau des Kreises begonnen. Maschinen, Vieh, Pferde und Geflügel, Ziegeln, Holz sind den Leuten durch Vermittlung des Landratsamts, der Landwirtschaftskammer und der Baustoffgesellschaft beschafft worden. Für Maschinen, Ziegeln und Holz waren billigere Preise mit den Verkäufern und Schneidemühlen vereinbart worden, denen der Kaufpreis dafür aus der Vorentschädigung sofort bezahlt wurde. Bei der Abgabe von Vieh an die Bevölkerung fand, wenn man es so ausdrücken kann, eine Art von Zuchtwahl statt. Zu dem Verkauf von Vieh wurden einmal nur diejenigen zugelassen, die eine Bescheinigung des zuständigen Gendarmen besaßen, daß sie noch einen dringenden Bedarf an Vieh hätten. Ein landwirtschaftlicher Sachverständiger sowie der Kreistierarzt schätzten das einzelne Stück Vieh ab, und zwar zu einem mäßigen Preise z. B. auf 200 Mark, ohne daß die umherstehenden Käufer zunächst den Preis erfuhren. Es wurde dann mitgeteilt, welche besonderen Eigenschaften das Stück Vieh hätte, wie alt es sei, wieviel Milch es gäbe, und nun be-

gann die Versteigerung, und zwar von einem niedrigeren Preise ab, z. B. von 150 Mark; sobald der geschätzte Preis von 200 Mark erreicht wurde, wurde Halt geboten und unter denen, die zuletzt geboten hatten, derjenige ausgesucht, bei dem die größte Not vorlag oder für dessen Wirtschaft das Stück am besten paßte. Bessere Stücke wurden in bessere Gegenden des Kreises abgegeben, Zuchtvieh, besonders gute Stücke an bekannte Züchter, von denen mit Bestimmtheit zu erwarten war, daß sie das Tier auch gut halten würden. Oft wurde auch ein besonders gutes Tier unmittelbar an einen sicheren Käufer zu dem festgesetzten Preise abgegeben. Dieses Verfahren hat sich ganz außerordentlich bewährt und insbesondere im Interesse der Leute verhindert, daß die Preise zu hoch getrieben wurden. Was den Wiederaufbau der Gebäude anbetraf so halfen sich die Kaufleute in der Stadt Ortelsburg mit ganz einfachen Notbauten, da mit dem Wiederaufbau der Stadt erst im Frühjahr 1916 begonnen werden kann. Trotzdem ist das wirtschaftliche Leben in der Stadt wieder in vollstem Maße aufgeblüht, so daß wesentliche Beeinträchtigungen durch die Verzögerung des Wiederaufbaus nicht eingetreten sind. Auf dem Lande wurde streng darauf gehalten, daß überall zunächst mit dem Wiederaufbau der Scheunen und Ställe begonnen wurde. In den Ställen richteten sich die Leute ein Zimmer als Notwohnung ein, nachdem sie sich im vergangenen Winter bei Nachbarn durchgeholfen hatten, manchmal 6—7 Familien in einem kleinen Häuschen. Es sind hierbei möglichst wenig Anordnungen von amtlicher Seite aus getroffen worden, um das Selbständigkeitsgefühl und das eigene Verantwortungsgefühl bei der Bevölkerung zu stärken und aufrechtzuerhalten, ein Verfahren, das sich auch bei anderen Gelegenheiten aufs beste bewährt hat. Die Leute haben sich tatsächlich in der geschilderten Weise selbst viel besser und billiger geholfen, so daß ein Aufbau von Baracken, mit einer einzigen Ausnahme, wo es nicht anders ging, im Kreise überhaupt nicht notwendig gewesen ist. Es hat sich auch gezeigt, daß die Bevölkerung nicht gern in Baracken zieht, namentlich nicht in solche, in denen verschiedene Familien zusammenwohnen müssen. Die ganze Wohnungsfrage hätte sich allerdings nicht so leicht lösen lassen, wenn nicht die hiesige Bevölkerung so rührend anspruchslos gewesen wäre. Der Wiederaufbau auf dem Lande selbst in ganz-

lich zerstörten Ortschaften, ist bereits erfreulich weit vorgeschritten; überall sind äußerlich schöne und verständige Bauten entstanden, die auch anderen Ortschaften ein gutes Beispiel bieten werden. Besonders ist das Dorf Plohsen hervorzuheben, dessen Einwohner den Wiederaufbau nur mit den im Dorfe befindlichen Arbeitskräften und Handwerkern ganz vortrefflich ausgeführt haben, selbstverständlich unter Oberleitung des hiesigen Bezirksarchitekten.

Eine Unsumme von Mühe macht die Bearbeitung der Kriegsschadenssachen bei allen beteiligten Behörden, insbesondere auch die örtliche Feststellung. Fast kein Dorf ist gänzlich vom Feind verschont geblieben, so daß drei Viertel aller Kreiseingesessenen Kriegsschaden haben. Zur Auszahlung von Vorschüssen auf die Kriegsvorentschädigung wurden dem Kreise von Anfang Oktober bis Mitte Dezember 1914 im ganzen 400 000 Mark überwiesen. Da etwa 15 000 Haushaltungen zerstört oder geplündert waren, konnten zunächst nur den Abgebrannten kleine Beträge zum unmittelbaren Lebensunterhalt und zur Beschaffung des Notwendigsten gewährt werden. Die Kaufleute erhielten sofort je 1000—3000 Mark zum Einkauf von Waren. Die Anweisung geschah auf Grund von einfachen Bescheinigungen der Ortsbehörden über die ungefähre Höhe des Schadens. Die im Oktober begonnene Feststellung und Abschätzung der Schäden durch Kommissionen von Vertrauensmännern mußte infolge des erneuten feindlichen Einfalls im November eingestellt werden. Die Wiederaufnahme dieser Arbeit war bis Mai 1915 der großen Truppenansammlungen und der Frühjahrsbestellung wegen unmöglich. Die weiteren Zahlungen erfolgten gleichfalls auf Grund der erwähnten Bescheinigungen. Erst im Juni 1915 konnten dann die Anmeldungen von den für jede Ortschaft ernannten Vertrauensmännern einheitlich aufgenommen werden. Diese Arbeit wurde hauptsächlich von den Volksschullehrern geleistet, die diese schwierige Aufgabe gern und unparteiisch erfüllten. Darauf ist die endgültige Feststellung durch die Mitglieder des Kriegshilfsausschusses erfolgt. Im Kreise Ortelsburg sind jetzt 13 500 000 Mark an Vorentschädigungen ausgezahlt, auf Grund von 35 000 einzelnen Anweisungen. Da Geschäftsschulden, Schuldenzinsen, die Zahlungen für Inventar und Baukosten unmittelbar an die Gläubiger usw. geleistet sind, handelt es sich um etwa 100 000 einzelne Zahlungen. Neben den Kriegsschadenssachen nehmen auch die Kriegsleistungs-

sachen gleichfalls einen weiten Raum ein, die die Anweisung und Bezahlung der von den Truppen entnommenen Gegenstände, die Inanspruchnahme von Grund und Boden für angelegte Befestigungen, militärische Chaussee- und Eisenbahnbauten sowie die Belegung von Gebäuden mit Truppen und Lazaretten zum Gegenstand haben. So wird z. B. vom Kreise im Auftrage der Militärverwaltung eine 13,7 km lange Chaussee von Marxöwen in der Richtung nach Rudczanny gebaut. Von der Militärverwaltung selbst ist eine vollspurige Bahn von Willenberg nach Ostrolenka gebaut und bereits im September 1915 in Betrieb genommen worden. Auf die im Verlauf des Krieges durchgeführte Wirtschaftsregelung auf fast allen Gebieten des täglichen Lebens brauche ich nicht näher einzugehen, da sie ja in allen Kreisen in gleicher Weise durchgeführt worden ist, wenn auch hier unter besonders erschwerten Verhältnissen. Es gibt wohl kein Gebiet, auf dem der Kreiskommunalverband nicht „gehandelt" hat.

Das Rote Kreuz mußte in einer in ihrem inneren Kern so völlig zerstörten Stadt wie Ortelsburg mit viel geringeren und einfacheren Mitteln arbeiten und doch gerade hier an der Grenze sehr viel mehr leisten, zumal auch hier nur einige wenige Persönlichkeiten in Frage kamen, die diese schöne aber schwere Arbeit — und zwar dauernd — zu leisten hatten. Was ist gerade während der Winterschlacht in Masuren im Februar 1915 hier auf diesem Gebiete in stiller Arbeit geleistet worden! Die Keller sowie die Turnhalle und Aula des fast völlig zerschossenen Seminars, die Schulen mußten im Februar plötzlich für unzählige Verwundete notdürftig hergerichtet und Verbandzeug, Wäsche usw. schleunigst beschafft werden. Zwei auf dem Bahnhof aufgestellte Kaffeeküchen sowie ein, erst im Frühjahr eingerichtetes, bescheidenes Soldatenheim sind unseren Kriegern von reichem Segen gewesen, das auch Ihre Majestät die Kaiserin und Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit, die Frau Kronprinzessin, mit ihrem Besuche am 29. Juli 1915 beehrt haben. Auch in Willenberg ist ein derartiges Soldatenheim in Tätigkeit.

Zur weiteren Fortbildung der weiblichen Jugend ist ferner im Kreise am 1. November 1915 eine Kreiswanderhaushaltungschule eingerichtet worden, die eifrig aus allen Teilen des Kreises besucht wird und großen Anklang gefunden hat. Die männliche, heran-

wachsende Jugend hat sich zu Jugendkompagnien zusammengeschlossen, von denen 18 mit etwa 1100 Mann bestehen.

Eine besondere Anerkennung verdienen die Gendarmen des Kreises, die der Bevölkerung in dieser schweren Zeit in selbstlosester Weise mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Sie sind, da die Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher zum größten Teil im Felde stehen und ihre Vertreter meist größere Bezirke zu verwalten haben, jetzt Mädchen für alles und bilden gewissermaßen das Rückgrat der örtlichen Verwaltung im Kreise. Mit Rad oder Pferd ausgerüstet, sind sie auch gut in der Lage, überall schnell hinzukommen, um die nötigen Feststellungen zu treffen. Dank gebührt den unermüdlich tätigen Orts- und Ortspolizeibehörden, die sich in ganz neue Aufgaben hineinzufinden hatten, insbesondere auch den mittleren Beamten bei den städtischen Verwaltungen und dem Landratsamt. Wer selbst die ungeheuere Zahl von Hilfe- und Ratsuchenden gesehen hat, die sich vor den Amtszimmern Tag für Tag drängten und von früh bis abends ihre Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nahmen, kann sich kaum vorstellen, woher diese Beamten noch die Zeit und die Kraft genommen haben, um die Unsumme von schriftlichen Arbeiten zu erledigen, die doch auch in kürzester Zeit zu bewältigen waren.

Zu erwähnen ist schließlich noch, daß, um den Ertrag der im Kreise vorhandenen großen Wiesenflächen zu steigern, auch während des Krieges eine größere Zahl von Meliorationen vorgenommen worden sind, die planmäßig fortgesetzt werden sollen. Der Erfolg wird sich bereits in diesem Jahre geltend machen und eine Steigerung der Erträge herbeiführen.

Das ganze, schnelle Wiederaufleben des Kreises wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht der Staat in weitsichtiger und entgegenkommender Weise dem so schwer geschädigten Grenzkreise die erforderlichen Mittel schnell zur Verfügung gestellt hätte. Die rasche Bereitstellung und Auszahlung von Vorentschädigungen auf den erlittenen Kriegsschaden, die Bereitstellung von Mitteln zur Auszahlung von Familienunterstützungen, die sich jetzt auf $1^1/_2$ Millionen Mark belaufen, sowie die Gewährung eines größeren Staatsdarlehns zur Fortführung der Kreiskommunalverwaltung wird stets von dem Kreise aufs dankbarste anerkannt werden. Dieser Dankbarkeit ist bereits auch durch die Tat Ausdruck verliehen worden, indem z. B. der Kreis

Ortelsburg im vorigen Jahre 24 000 Mark und für das nächste Jahr 48 000 Mark für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt hat. Aber auch die Bevölkerung selbst hat dem Staate dadurch ihren Dank zu erkennen geben, daß sie aus eigenem Antriebe soviel für unsere Krieger und Verwundeten getan hat, als es nur möglich war. Eine Unmenge von Liebesgaben, insbesondere an Lebensmitteln sind an die vielen im Kreise Ortelsburg eingerichteten Lazarette geflossen, und auch erhebliche Geldmittel sind in den einzelnen Gemeinden für diese Zwecke gesammelt worden. So ist z. B. der Wert der Weihnachtsliebesgaben auf etwa 15 000 Mark zu schätzen. Auch an den Goldsammlungen und an den Kriegsanleihen hat sich die Bevölkerung rege beteiligt, und insbesondere die ländliche Bevölkerung hat ihre früheren Ersparnisse, die bisher stets zinslos zu Hause lagen, in Überwindung einer alten Scheu herausgeholt, um sie als Kriegsanleihe zu zeichnen. Ganz arme Leute haben sogar 10 und 20 Mark angebracht, um sie dem Staate zu schenken. Ostpreußen hat damit den Beweis erbracht, daß es nicht nur zu empfangen, sondern auch selbst zu geben versteht.

„Ostpreußenhilfe"

Ein Rück- und Ausblick

von Regierungsrat Saenger, Berlin-Schöneberg

In einer am 17. Januar 1916 im Oberpräsidium zu Königsberg abgehaltenen, von Vertretern aller ostpreußischen Kreise zahlreich besuchten Versammlung, in welcher über den Wiederaufbau Ostpreußens beraten wurde, führte Oberpräsident v. Batocki in seiner Eröffnungsrede u. a. folgendes aus:

„In den letzten Tagen ist das Schicksal Ostpreußens wieder „Gegenstand bedeutender Kundgebungen gewesen. In der Thron„rede zur Eröffnung des preußischen Landtages am 13. Januar „1916 heißt es:

‚Für die Wiederaufrichtung Ostpreußens werden weitere staatliche Geldmittel verwendet werden. Die nach den verwüstenden Einfällen des Feindes durch die wuchtigen Schläge des Ostheeres befreite Provinz erwacht unter der tatkräftigen Arbeit aller dazu berufenen Männer zu neuem Leben. Weit über die Grenzen der Monarchie, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus sind Helfer und Spender erstanden. Ihnen allen sagt der König Dank in der frohen Erwartung, daß es in nicht ferner Zeit gelingen werde, die schöne Ostprovinz der Monarchie in alter Blüte wiederherzustellen.'

„Wir Ostpreußen werden uns dem Dank an die Männer, „die sich in allen Gauen Deutschlands, auch in dem von Deutschen „bewohnten Auslande zur freiwilligen Ostpreußenhilfe zu„sammengetan haben, insbesondere an den Vater und unermüd„lichen Förderer des Patenstadtgedankens Polizeipräsidenten Frei„herrn v. Lüdinghausen von Herzen anschließen und freuen uns, „Vertreter dieser Bewegung bei den heutigen Beratungen unter „uns zu sehen. Fast noch wichtiger als die materielle Beihilfe

„ist die Befruchtung unserer Wiederaufbauarbeit durch die von „unseren Freunden im Reiche kommenden, auf reicher Erfahrung „beruhenden Anregungen und die durch die Patenstadtbewegung „geschaffenen engen persönlichen Beziehungen zum Reiche, die „wir Ostpreußen bis zum Kriege oft so schwer vermissen mußten."

Die Bedeutsamkeit der von dem früheren Landrat des Gumbinner Kreises unter dem Namen „Ostpreußenhilfe" ins Leben gerufenen, nunmehr über ganz Deutschland, ja bis zu unseren deutschen Brüdern in Amerika sich erstreckenden „Patenschaftsbewegung" ist damit autoritativ anerkannt. Die „Ostpreußenhilfe" stellt sich mit ihren zahlreichen, in Mitteldeutschland wie am Rhein, in Schlesien wie in Süddeutschland begründeten Kriegshilfsvereinen für die einzelnen durch den Krieg geschädigten ostpreußischen Städte und Landkreise als imposanter Ausdruck des deutschen Volkswillens dar, durch tatkräftige freiwillige Mitarbeit aller deutschen Landesteile und Bevölkerungskreise zur Erfüllung des hochherzigen Kaiserwortes vom 16. Februar 1915[1]), welches der Leitstern der Bewegung gewesen ist, beizutragen.

Erscheint es naheliegend, daß der Herausgeber der „Ostpreußischen Kriegshefte" den Wunsch hatte, in denselben einen Aufsatz über die Entstehung, die bisherigen Erfolge und die künftige Wirksamkeit der „Ostpreußenhilfe" aus der Feder Lüdinghausens zu veröffentlichen, so wird man es andererseits verstehen können, daß der Schöpfer dieser Organisation, der er seit Jahresfrist mit warmem Herzen sein reiches Können widmet, die in allen ihren Bestrebungen mit seinen eigensten Gedanken verknüpft, die in allen Phasen ihres nach Überwindung so mancher Schwierigkeiten von vollem Erfolg gekrönten Werdeganges auf seine persönliche Initiative zurückzuführen ist, es vorzieht, die Berichterstattung einem seiner Mitarbeiter zu überlassen.

Die ostpreußischen Zustände während und nach der Russenherrschaft, die angerichteten Verwüstungen und die Leiden der ostpreußischen Bevölkerung sind von berufener Seite wiederholt geschildert; der Gesamteindruck trostlosen Elends wird durch die interessanten Einzelberichte, wie sie die „Ostpreußischen Kriegshefte" gebracht haben, nur verstärkt, und die amtliche Feststellung, daß die

[1]) S. oben Seite 17.

Kriegsschäden die ungeheure Summe von anderthalb Milliarden fast erreichen, läßt wie eine Flutmarke die Höhe der über die Provinz hereingebrochenen Not erkennen.

Aber nicht die materiellen Verluste an Hab und Gut, für deren vollgültigen Ersatz Reich und Staat einzutreten willens sind, sondern die furchtbaren körperlichen und seelischen Leiden, die die russische Invasion über die Bevölkerung Ostpreußens brachte, und der Heldenmut, mit dem die Bewohner ihr Elend ertrugen, mit dem ostpreußische Landwehr und Landsturm der russischen Dampfwalze den Einbruch in die deutschen Lande verwehrten, haben dem der „Ostpreußenhilfe" zugrunde liegenden Gedanken im deutschen Volke den Boden bereitet.

Nachdem die Bereitwilligkeit, Ostpreußens Not zu lindern, bereits in zahlreichen Sammlungen von Geld und Liebesgaben zum Ausdruck gelangt und namentlich infolge eines warmherzigen Aufrufs des Oberbürgermeisters der Stadt Königsberg seitens der deutschen Städte ein umfangreicher Hilfsfonds gespendet war, erwies sich die sympathische Eigenart des vom Freiherrn von Lüdinghausen gemachten Vorschlages, das teilnahmsvolle Mitgefühl des deutschen Volkes für diejenige Provinz, die für das ganze Vaterland so schwer gelitten hat, in der Weise zu betätigen, daß in den vom Kriege verschont gebliebenen Großstädten oder größeren Bezirken zu gründende „Ostpreußenhilfsvereine" sich je eines der durch den Krieg geschädigten ostpreußischen Stadt- oder Landbezirke durch Übernahme einer Kriegspatenschaft besonders annehmen und für dessen Wiederaufrichtung — lediglich in Ergänzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen — während einer begrenzten Reihe von Jahren sorgen möchten, nicht nur als geeignet, das hilfsbereite Interesse für die schwer geprüfte Ostmark von neuem kräftig und nachhaltig zu beleben, sondern auch der weiteren freiwilligen Hilfeleistung einen Weg zu weisen, bei dessen Beschreiten der Verheißung unseres Kaisers gemäß wirklich neues frisches Leben aus den Ruinen entstehen kann. Dem durch langjährige Tätigkeit in Ostpreußen geschulten Blick des Verwaltungsbeamten konnte es nicht entgehen, daß zur Wiederbelebung der bis ins Innerste getroffenen Provinz in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen der Gemeinwesen zu erstreben sei. Das Gedeihen der Gemeinwesen hängt von der Zahl und der Steuerkraft der Be-

wohner ab, und deshalb muß als Ziel der privaten wie der staatlichen Fürsorge vor allem die Wiederauffüllung und wenn möglich die Hebung der Bevölkerungsziffer in Ostpreußen angestrebt werden. Das Ziel läßt sich aber bei der Freizügigkeit und leichten Beweglichkeit der heutigen Bevölkerung nur erreichen, wenn die Gemeinwesen mehr als bisher in die Lage versetzt werden, den Ansprüchen der modernen sozialen Fürsorge, Wohlfahrtspflege und Hygiene ohne allzu starke steuerliche Belastung ihrer Eingesessenen gerecht zu werden.

Gerade auf diesen wichtigen Gebieten bestand, trotz des in den letzten Jahrzehnten eingetretenen unverkennbaren Aufschwungs, in Ostpreußen in Stadt und Land eine gewisse Rückständigkeit, die, wie jeder Kenner der ostpreußischen Geschichte weiß, nicht auf Mangel an Einsicht und gutem Willen beruhte, sondern auf einem erschwerten Entwicklungsgang, dessen nähere Erörterung hier zu weit führen würde. Es ist also erklärlich, daß die Neigung zur Abwanderung in der Bevölkerung Ostpreußens, zumal bei den überaus hohen Kommunallasten, besonders groß war, da fast überall im Reich bei geringerer Steuerleistung bessere Lebensbedingungen geboten werden. Hier gilt es einen Ausgleich zu schaffen, wenn einer weiteren Abnahme der ostpreußischen Bevölkerung vorgebeugt werden soll; aber es steht bei der ungeheuren Höhe der vom Staat zu ersetzenden unmittelbaren Kriegsschäden schon jetzt außer Zweifel, daß staatliche Mittel zur Förderung solcher Einrichtungen bei weitem nicht ausreichend zur Verfügung stehen werden. In diese Bahn mußte daher die private Wohltätigkeit gelenkt werden, wenn Ostpreußen wirksam und nachhaltig geholfen werden soll.

Selbstverständlich liegen die Verhältnisse in Ostpreußen nicht überall gleichartig; manche Orte und Gegenden sind wirtschaftlich und kulturell weiter vorgeschritten als andere; andererseits sind solche Landstriche, in denen für die Russen mehr zu „holen" war, wieder stärker durch den Krieg geschädigt und in ihrer Entwicklung zurückgeworfen worden. Hier kann nur eine individuelle Fürsorge, ein liebevolles Eingehen auf die örtlichen Bedürfnisse der einzelnen Stadt oder eines ländlichen Bezirkes wirklich nutzbringend sein, und auf ein solches ist nur zu rechnen, wenn persönliche Beziehungen den Gebenden mit dem Nehmenden verknüpfen. Diese aber lassen sich nicht durch eine einzige Sammlung, in die die Gaben eines

Volkes von siebzig Millionen zusammenströmen, sondern nur dadurch erzielen, daß der Spender in die Lage versetzt wird, bei der Verwendung seiner Gabe mitzusprechen und später die Erfolge greifbar vor Augen zu sehen.

Der Deutsche hat sich glücklicherweise seinen „Lokalpatriotismus" auch unter den Fittichen des Reichsadlers bewahrt: er fühlt sich auf allen Gebieten, die von der äußeren Politik nicht berührt werden, vorerst als Bürger einer bestimmten Stadt, als Angehöriger eines bestimmten Volksstammes, er ist stolz auf die Sonderkultur seiner Heimat und freut sich, wenn er dazu beitragen kann, dieser Sonderkultur auch anderswo Geltung zu verschaffen. Man konnte also, bei psychologischer Beurteilung des deutschen Volkscharakters, mit Wahrscheinlichkeit auf Erfolg rechnen, wenn es gelang, große Städte oder zusammengehörige Gebiete des Deutschen Reiches für die Übernahme je einer ostpreußischen Patenschaft zu gewinnen.

Es hat anfangs nicht an Einwendungen gegen die Patenschaftsbewegung gefehlt. Das am meisten geltend gemachte Bedenken stützte sich auf die Besorgnis, daß die „Ostpreußenhilfe" den Staat entlasten, d. h. Mittel für Aufgaben zur Verfügung stellen werde, die zu lösen Sache des Staates sei. Dieser Einwand wird durch die Möglichkeit einer klaren Trennung der beiderseitigen Aufgaben entkräftet. Der eigentliche Wiederaufbau und der Ersatz der unmittelbaren Kriegsschäden liegt dem Staate ob; die „Ostpreußenhilfe" will solche Maßnahmen fördern, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in den einzelnen Patenbezirken dienen, sofern staatliche Fonds dafür nicht zur Verfügung stehen. Daß der Staat etwa die von den Hilfsvereinen aufgebrachten Mittel als Faktor in seine Rechnung einstellen werde, diese Besorgnis ist durch Erklärungen von maßgebender Stelle ausdrücklich widerlegt.

Die staatliche Ersatzpflicht wird ihrer Art und Höhe nach gesetzlich näher festgelegt werden, ihre Durchführung sich im Laufe weniger Jahre vollziehen. Es ist daher beabsichtigt, daß die Patenvereine mit ihrer Tätigkeit in der Hauptsache erst dann einsetzen, wenn der Umfang der staatlichen Hilfe feststeht. Es gibt aber auch Aufgaben, deren Förderung durch staatliche Maßnahmen von vornherein ausgeschlossen ist; auf solchen Gebieten wird die Tätigkeit der Kriegshilfsvereine sogleich beginnen können.

Ein anderer Einwand befaßte sich mit der Frage, ob, anstatt

Patenstädte und Patenbezirke für ostpreußische Städte und Kreise zu gewinnen, es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die Verteilung der aus ganz Deutschland zusammenfließenden Mittel in eine Hand zu legen; bei der Patenschaft spiele die zufällige Leistungsfähigkeit eine zu große Rolle und könne leicht zu Ungleichmäßigkeiten führen. Abgesehen davon, daß eben die zündende Idee der Patenschaft, als einer individuellen und dezentralisierten Fürsorge, es gewesen ist, die die Ausdehnung der „Ostpreußenhilfe" über das ganze Deutsche Reich so mächtig gefördert hat, weil die Hilfsaktion gerade durch die fein ersonnene Form, in die sie gekleidet ist, so viel an menschlicher Wärme gewinnt, ist die eingehende, von dem Begründer der „Ostpreußenhilfe" — der sich bei wichtigeren Fragen in ständiger Fühlung mit dem Oberpräsidenten hielt — nicht nur geleitete, sondern bis in alle Einzelnheiten hinein persönlich geleistete Organisationsarbeit von Anfang an planmäßig darauf bedacht gewesen, die einzelnen ostpreußischen Städte und Kreise zwar möglichst reichlich, aber doch in einem angemessenen Verhältnis zueinander und zu ihrer Bedürftigkeit zu versorgen und dementsprechend in leistungsfähigeren Großstädten und Bezirken Patenschaften für bedürftigere ostpreußische „Patenkinder" zu gewinnen. Die erzielten Erfolge beweisen, daß die in einem Voranschlag für die Versorgung der einzelnen ostpreußischen Städte und Kreise als erwünscht bezeichneten Fonds von den einzelnen, dementsprechend gebildeten Patenvereinen fast überall erreicht worden sind; wo dies hie und da nicht der Fall, hat oder wird sich durch ergänzende Patenschaften ein Ausgleich herbeiführen lassen.

Lüdinghausen versuchte zunächst, den Gedanken einer für eine gewisse Zeitdauer wirksamen Fürsorge von Stadt zu Stadt innerhalb seines jetzigen amtlichen Wirkungskreises in die Tat umzusetzen, mit dem ausgesprochenen Ziel, damit vorbildlich für ein ähnliches Vorgehen in allen Teilen des Reiches zu wirken.

Nachdem er in Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf schon seit Oktober 1914 die unter seinem Vorsitz vereinigten Rote-Kreuz-Vereine zu einer durch eine besondere „Ostpreußenkommission" ausgeübten Fürsorge für die Einwohnerschaft der zerstörten ostpreußischen Stadt Gerdauen gewonnen hatte, gründete er im Februar 1915 die beiden ersten Kriegshilfsvereine „Berlin-Wilmersdorf für Gerdauen" und „Berlin-Schöneberg für Domnau"

mit je 50 000 Mark Grundkapital aus Mitteln des Roten Kreuzes; innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, durch Sammlungen in der Bürgerschaft das Vermögen beider Vereine auf je 100 000 Mark zu bringen, während außerdem die Aussicht auf finanzielle Unterstützung der Vereine durch kommunale Zuschüsse der Patenstädte vorbehalten blieb.

Dieser Erfolg ermutigte Lüdinghausen, mit einem an die Bürger deutscher Städte gerichteten Aufrufe, „Kriegshilfsvereine für Ostpreußen zu gründen, deren jeder je besonders Kriegspatenstelle beim Wiederaufbau einer der schwer daniederliegenden ostpreußischen Kleinstädte übernehmen möge," an die Öffentlichkeit zu treten, und zwar in Gestalt einer gemeinschaftlich mit dem aus Ostpreußen stammenden, inzwischen dort als Leiter eines Bauberatungsamts angestellten Architekten H. Wagner aus Bremen verfaßten Broschüre, die an dem gleichen Tage (16. März 1915), an welchem Oberpräsident von Batocki seinen Vortrag über „Ostpreußens Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" in Berlin hielt, erscheinen konnte. Der Oberpräsident erkannte schon damals die Bedeutung eines weiteren Ausbaues des Patenschaftsgedankens für seine Provinz und brachte dies in seinem Vortrag zum Ausdruck.

Daß der Plan der „Ostpreußenhilfe" in einem alle Erwartungen weit übertreffenden Maße Verwirklichung finden konnte, ist, nächst der zielbewußten und rastlosen Tätigkeit Lüdinghausens, auch dem lebhaften Eintreten der gesamten Presse für das großzügige Unternehmen zu verdanken.

„Es ist eine deutsche Frage, die gelöst werden muß, eine Frage, die uns alle angeht: es gilt, der gequälten Provinz nicht nur die alte Volkszahl zu erhalten, sie vor schweren Verlusten durch Abwanderung zu schützen, sondern auch jene Volkszahl zu vermehren, zu sorgen, daß frisches Blut in die Adern des wertvollen Landes strömt. So heiß auch der Ostpreuße seine Heimat liebt, die er mit eifernem Stolz für ein Juwel im deutschen Kronschatz hält, so wird doch der Schrecken der jüngsten Vergangenheit noch in späten Zeiten seine Wirkung üben. Da schmeichelt sich der Gedanke, durch Verbesserung des Wohnungswesens und der wirtschaftlichen Verhältnisse die Provinz behaglich, den Aufenthalt erstrebenswert zu machen, mühelos in das Herz, und wenn zugleich der Gedanke auftaucht, gerade hier durch die Seßhaftmachung von Kriegsinvaliden

und Kriegerwitwen einen Teil des gewaltigen Problems zu lösen, das uns nach dem Frieden erwartet, so wird auch dieser Gedanke verführerisch wirken."

So schreibt Paul Liman in den „Leipziger Neuesten Nachrichten", und sein Appell an die Stadt Leipzig zur Nachfolge ist nicht ungehört verhallt.

Richard Nordhausen legt besonderes Gewicht auf das Reizvolle der persönlichen, individuellen Fürsorge, wenn er im „Tag" schreibt:

„Für jede zerschmetterte und ausgeplünderte ostpreußische Gemeinde soll eine leistungsfähige Gemeinde im Reich die Patenstelle derart übernehmen, daß sie sie aus eigenen Mitteln und zum Lohn dafür auch ein wenig nach eigenem Geschmack wiederaufbauen hilft. So fließt außer dem reichsdeutschen Gelde reichsdeutsches Empfinden, reichsdeutsche Schönheit und Eigenart ins Ostland. Nicht knallig und protzig, nicht spielerisch und theaterhaft, aber doch so, daß über jeder Patenstadt ein fröhlicher Schimmer vom Geist der Patin liegt."

Den privaten Charakter der Hilfsaktion im Gegensatz zum staatlichen Wiederaufbau hebt Paul Schlenther im „Berliner Tageblatt" treffend hervor:

„Dem Staat und dem Reich darf und soll von seinen verbürgten Pflichten nicht ein Tüttelchen abgenommen werden. Sie haben zu leisten, was sie können. Aber damit ist es nicht genug. Auch jeder einzelne, der hinter dem Bollwerk im Sichern saß, hat des Bruders auf der Schanze zu gedenken, nicht durch Akte der Wohltätigkeit, durch hingeworfene Almosen, sondern im Pflichtgefühl der Solidarität. Wir alle zahlen in Versicherungskassen, damit dem Nachbar, dem das Haus verbrannt ist, geholfen werden kann. Hier überfiel von heute auf morgen den Nachbar aller preußischen Provinzen, aller deutschen Staaten ein wilderer Feind, als Feuer und Wasser, unversehens. Hier ist die Versicherungskasse nachträglich zu gründen. Und wie die Staatspflicht, so muß die Volkspflicht zu einer großen, ganzen Gemeinsamkeit zusammentreten. So entstand jener gescheite und gütige Gedanke, die Fürsorge für Städte und Kreise der geschädigten Provinz aufzuteilen auf Städte und Bezirke des gesamten Deutschen Reiches."

Eine besonders sinnvolle Würdigung erfährt der Gedanke der Patenschaft im „Königsberger Anzeiger“:

„Die zerstörten Ortschaften Ostpreußens werden nicht nur von allgemeiner, aber namenloser Teilnahme wiederaufgerichtet werden: der Anteil des deutschen Volkes wird ein persönlicher sein. Das ist der Kern des vortrefflichen Gedankens, der kaum geäußert, auch schon in die Verwirklichung übergeht: der Patenschaften für Ostpreußen. Wo irgend im Reich ein Verein, eine Stadt zum Paten einer ostpreußischen Ortschaft wird, da durchreißt eine Menschenhand das Papier und ergreift eine andere. Die Patenstädte werden eine sinnfällige Aufgabe haben, man wird sich ein Bild von dem verwundeten Patenkinde zu machen suchen, mancher wird hinfahren und sehen. Und wir Ostpreußen wissen, daß unserer nicht nur amtlich gedacht wird, daß es Städte außerhalb unserer engeren Heimat gibt, die uns mehr bedeuten als den andern. Wir können die Gesamtheit, die unermeßbar ist, ja immer nur im Ausschnitt und Gleichnis sehen. So gibt das deutsche Volk den Ostpreußen die Möglichkeit, im Engen das Weite zu grüßen.“

Die günstige Aufnahme seines Planes in der Öffentlichkeit veranlaßte Lüdinghausen, sein Ziel noch weiter zu stecken und alsbald auch die Versorgung der ländlichen Ortschaften der vom Kriege geschädigten ostpreußischen Kreise ins Auge zu fassen. Hatte doch die Russenherrschaft gerade die Dörfer und Einzelgehöfte besonders hart mitgenommen, und wenn man wirklich Alldeutschlands Hilfe für Ostpreußen in Anspruch nehmen wollte, durfte man nicht einseitig nur an die ostpreußischen Kleinstädte denken. Die Ausdehnung des Hilfswerkes auf die ländlichen Ortschaften wurde durch eine entsprechende Umarbeitung der Broschüre der „Ostpreußenhilfe“, deren 2. Auflage am 30. März 1915 erscheinen konnte, vorbereitet und auch hier gelang es Lüdinghausen sehr bald, mit der Tat voranzugehen, indem er den für allgemeine Kriegswohlfahrtszwecke in Berlin bestehenden Verein „Metallsammlung gegen Kriegsnot“, dessen Vorsitz er führte, dazu bewog, aus sich heraus einen eigenen „Kriegshilfsverein Berlin für Gumbinnen, Stadt und Kreis“ zu begründen und ihn aus schon vorhandenen Mitteln mit einem Vermögen von 400 000 Mark zu dotieren.

Bald darauf entstand auf Initiative des Regierungspräsi-

denten v. Schwerin der „Kriegshilfsverein des Regierungsbezirks Oppeln für den Kreis Lyck", der jetzt bereits über ein Vereinsvermögen von mehr als 500 000 Mark, neben erheblichen laufenden Jahresbeiträgen, verfügt. Die Organisation dieses Vereins ist für den weiteren Ausbau der Ostpreußenhilfe von Bedeutung geworden. Hier erscheinen zum ersten Male die Kommunalverbände eines Regierungsbezirks, also die Stadt- und Landkreise, als vornehmste Träger des wohltätigen Unternehmens, indem sie durch ihren Beitritt zum Verein, als korporative Mitglieder, gewissermaßen eine Patenschaft zur gesamten Hand übernehmen. Neben die Einzelpersonen, die in den erstgegründeten Vereinen den ausschlaggebenden Bestandteil der Vereinsmitglieder bildeten, treten die Kommunalverbände eines größeren Bezirks, sie bringen in der Hauptsache — ohne die Mitgliedschaft von Einzelpersonen auszuschließen — das Vereinsvermögen auf, und ihre Vertreter beschließen über seine Verwendung, aber nicht als Behörden, sondern lediglich durch Abgabe ihrer Stimme in den Versammlungen der Vereinsorgane. In ähnlicher Weise, nur unter Ausschluß von Einzelmitgliedern, haben z. B. die Kommunalverbände des Regierungsbezirks Düsseldorf die Fürsorge für nicht weniger als vier ostpreußische Kreise übernommen. Solche auf kommunaler Beteiligung aufgebaute Vereine eignen sich vorzugsweise zur Übernahme der Patenschaft für ganze ostpreußische Kreise, weil sie die Durchführung einer einen größeren Bezirk umfassenden Vereinsorganisation wesentlich erleichtern. Allerdings hat sich diese Vereinsform nur in preußischen Regierungsbezirken bzw. Provinzen durchführen lassen. In anderen Bundesstaaten ist es den Vereinen aber meistens dank der Unterstützung der maßgebenden Persönlichkeiten, der staatlichen und kommunalen Verwaltungen gelungen, die vorhandenen kommunalen Verbände oder doch einzelne wohlhabendere Kommunen zum freiwilligen Beitritt zu gewinnen. Daneben ist für die Patenschaften von Stadt zu Stadt in der Regel auch in Preußen an dem auf der Mitgliedschaft von Einzelpersonen und dem Ergebnisse von Sammlungen aufgebauten Vereinssystem festgehalten worden; die dem Verein den Namen gebende Patenstadt finden wir häufig als korporatives Vereinsmitglied mit namhaftem Eintrittsgelde.

Die „Ostpreußenhilfe" umfaßt zur Zeit über dreißig fest begründete Kriegshilfsvereine: Berlin-Schöneberg für Domnau,

Berlin-Wilmersdorf für Gerdauen, Berlin für den Kreis Gumbinnen, Charlottenburg für Soldau, Leipzig für Hohenstein, Berlin für den Kreis Ortelsburg, Berlin-Friedenau für Schwentainen (Kreis Ortelsburg), Berlin-Grunewald für Nordenburg, Thüringen für ländliche Ortschaften des Kreises Pr. Eylau, Regierungsbezirk Oppeln für den Kreis Lyck, Regierungsbezirk Liegnitz für die Kreise Insterburg und Niederung, Regierungsbezirk Breslau für den Kreis Pillkallen (ohne Schirwindt), Bremen für Schirwindt, Herzogtum Braunschweig für den Kreis Goldap, Potsdam für die Kirchspiele Gr. Rominten und Dubeningken im Kreise Goldap, Dresden und Umgebung für den Kreis Darkehmen, Regierungsbezirk Düsseldorf (4 Gruppen der Kommunalverbände) für die Kreise Heilsberg, Wehlau, Angerburg und Oletzko, Regierungsbezirk Arnsberg für den Kreis Sensburg, Regierungsbezirk Minden für den Kreis Osterode, Regierungsbezirk Cöln für den Kreis Neidenburg, Cassel für Stallupönen, Provinz Schleswig-Holstein für den Kreis Tilsit, Provinz Sachsen für den Kreis Johannisburg, Halle für Bialla (Kr. Johannisburg), Kriegshilfsverein im Kreise Teltow für ländliche Ortschaften des Kreises Gerdauen, Frankfurt a. M. für den Kreis Lötzen, Großherzogtum Baden für den Kreis Memel, Königreich Bayern für die Kreise Rössel und Fischhausen, Berlin-Lichtenberg für Illowo (Kr. Neidenburg), Wien für Ortelsburg (Stadt), Ungarn für Gerdauen (Stadt), East Prussian Relief Fund in Neuyork für den Kreis Ragnit.

Zu den vorstehend aufgeführten Vereinen wird in absehbarer Zeit noch eine Reihe weiterer neu hinzutreten, die in der Entstehung begriffen sind, und deren Konstituierung zum Teil unmittelbar bevorsteht; dankend erwähnt sei insbesondere, daß in fast allen deutschen Bundesstaaten der Gedanke der Patenschaft fruchtbaren Boden gefunden hat.

Hiernach kann die Durchführung der Patenschaftsbewegung im wesentlichen als gesichert gelten; es bleibt aber noch die keineswegs leichte Aufgabe übrig, durch ergänzende Beteiligung solcher Landesteile, in denen rege Hilfsbereitschaft für Ostpreußen vorhanden, aber eine Patenschaft bisher noch nicht übernommen ist, mancherlei bei einer so großen Organisation zunächst unvermeidliche Unebenheiten nachträglich auszugleichen und so das Hilfswerk abzurunden und zu vollenden.

Mit Freude ist es zu begrüßen, daß der Patenschaftsgedanke auch auf anderen Gebieten, die außerhalb des Programms der der „Ostpreußenhilfe" angeschlossenen Kriegshilfsvereine liegen, fruchtbringend gewirkt hat.

So hat der Generalsuperintendent der Provinz Ostpreußen, im Einvernehmen mit Lüdinghausen vorgehend, kirchliche Patenschaften für eine Anzahl vom Kriege besonders hart mitgenommener Kirchengemeinden ins Leben gerufen, um für eine würdige Ausstattung der zerstörten und aus Staatsmitteln wieder aufzubauenden Gotteshäuser und für eine Wiederbelebung des kirchlichen Gemeindelebens zu sorgen. Die hierzu veranstalteten Sammlungen halten sich naturgemäß in engeren Grenzen und tun den Sammlungen der „Ostpreußenhilfe" keinen Abbruch.

Auch die preußischen Landwirtschaftskammern haben die Versorgung je eines der am schwersten geschädigten ostpreußischen Kreise mit dem für die erste Wiedereinrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe notwendigen Kleinvieh, Ackergerätschaften usw. übernommen.

Was nun die künftige Tätigkeit der Kriegshilfsvereine anbetrifft, so haben sie ohne Ausnahme die Zweckbestimmung, wie sie in dem Statut der zuerst begründeten Vereine (Wilmersdorf für Gerdauen, Schöneberg für Domnau und Berlin für Gumbinnen) programmatisch festgelegt ist, im wesentlichen übernommen. Die einheitliche Wirksamkeit aller Kriegshilfsvereine ist damit gesichert, und durch diese gewinnt das Werk der „Ostpreußenhilfe" erst die Berechtigung, als fester Faktor für die Anbahnung gewisser, in ostpreußischen Städten und Kreisen zu verfolgender gemeinnütziger Maßnahmen in Rechnung gestellt zu werden. Die Zweckbestimmung des Schöneberger Musterstatuts gibt mithin Anhaltspunkte für die zu erwartende Betätigung aller Ostpreußenhilfsvereine und sei deshalb hier mitgeteilt:

„Der Verein bezweckt, die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten ostpreußischen Stadt Domnau im Wege privater Fürsorge zu ergänzen und die gedeihliche Neuentwicklung der Stadt in einer dem örtlichen Bedürfnis entsprechenden Weise zu fördern, und zwar in Fühlung mit den einheimischen Behörden und der Einwohnerschaft.

In den Rahmen der Vereinstätigkeit fallen vornehmlich Maß-

nahmen zur besseren Gestaltung des Wohnungswesens, der Stadtanlage und des Stadtbildes, unter Berücksichtigung der Bestrebungen des Heimatschutzes. Seine nächstliegende größere Aufgabe sieht der Verein in einer Stadterweiterung durch Errichtung wohnlicher Eigenheime mit größeren Gartengrundstücken als Ersatz für unhygienische und unsoziale Mietswohnungen in der Stadt selbst. Insbesondere soll diese Siedlung der Seßhaftmachung von Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen dienen, wodurch der Verein richtunggebend der drohenden Entvölkerung Ostpreußens an seinem bescheidenen Teile entgegenzuwirken beabsichtigt; bei der Ansiedlung sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden.

In zweiter Linie sind Maßnahmen zur Hebung eines bodenständigen Kleingewerbes, z. B. durch Gewährung wohlfeiler Energie, namentlich Elektrizität, durch Beihilfe zur Herstellung von Installationen, zur Beschaffung von Motoren usw. in Aussicht genommen."

In analoger Anwendung auf das platte Land lautet die Zweckbestimmung des ersten, für einen ganzen Kreis begründeten Kriegshilfsvereins (Berlin für Gumbinnen):

„Der Verein bezweckt, in Ergänzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten ostpreußischen Regierungs- und Kreisstadt Gumbinnen sowie der geschädigten ländlichen Ortschaften dieses Kreises, im Wege privater Fürsorge die gedeihliche Neuentwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Stadt und des Kreises in einer dem örtlichen Bedürfnis entsprechenden Weise zu fördern, und zwar in Fühlung mit den einheimischen Behörden und der Einwohnerschaft.

In den Rahmen der Vereinstätigkeit fallen vornehmlich Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Wohnungswesens, der Stadt- und Dorfanlage und des Ortsbildes in Stadt und Dorf, unter Berücksichtigung der Bestrebungen des Heimatschutzes. Als besonders dankbare Aufgabe betrachtet der Verein die Errichtung von Eigenheimen mit Gartengrundstücken in oder bei größeren Ortschaften, insbesondere für anzusiedelnde Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen; hierbei sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden.

Auch Maßnahmen zur Hebung des Kleingewerbes und

landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, z. B. durch Gewährung wohlfeiler Energie, durch Beihilfe zur Anschaffung maschineller Einrichtungen und dgl., durch Hergabe von Darlehen zu billigem Zinsfuße für kleinere Bauten usw., sowie zur Förderung kommunaler Aufgaben in Stadt und Land sind in Aussicht genommen."

In der Erkenntnis, daß der größte Schaden, den Ostpreußen durch den Krieg erleiden könnte, ein erheblicher Rückgang der Bevölkerungszahl sein würde, sind alle nach den Satzungen geplanten Maßnahmen auf die Festhaltung und Vermehrung der Bevölkerung gerichtet: für das Leben in Stadt und Land sollen günstigere Vorbedingungen geschaffen, die Wege zu besserem Fortkommen geebnet, die Neigung zur Abwanderung soll vermindert werden, indem, auch durch Förderung kommunaler Aufgaben, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und hygienische Einrichtungen zu unterstützen sind, soweit sie in Ostpreußen noch fehlen.

Mit aller Gleichartigkeit der Ziele kann sehr wohl die wünschenswerte Mannigfaltigkeit der Ausführung vereinbart werden: die Satzungen geben den Vereinen, entsprechend dem Grundgedanken der Ostpreußenhilfe, weitesten Spielraum zu individueller Betätigung. Ostpreußen ist in mancher Beziehung kulturelles Neuland, und es kann nur von Nutzen sein, wenn die hochentwickelten Gemeinden des Westens oder altehrwürdige süddeutsche Städte ihrem ostpreußischen Patenkind in dieser oder jener Beziehung etwas von ihrer eigenen alten Kultur abgeben.

Natürlich kann es nicht Absicht der Kriegshilfsvereine sein, etwa alle sozialen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Patenbezirke auch nur annähernd befriedigen zu wollen, das würde die Kräfte und den Sinn der Patenschaftsbewegung überschreiten und auch den Wünschen der strebsamen Bewohner Ostpreußens selbst zuwiderlaufen: die Kriegshilfsvereine wollen nur mustergültige Beispiele schaffen und dadurch anregend wirken für eine gedeihliche Weiterentwicklung der neuerstarkten Provinz aus eigener Kraft. Wo Hilfe am nötigsten ist, das werden die Landräte, Bürgermeister und Bezirksarchitekten am besten sagen können. Aus der Fülle der Aufgaben werden dann die Vereine selbst die Auswahl zu treffen haben, und gerade diese Notwendigkeit der örtlichen Prüfung, der Verhandlung mit den einheimischen Behörden soll dazu führen, nähere Beziehungen zwischen Patenbezirk und Schutzbezirk anzuknüpfen und zu pflegen.

Eine besonders wichtige Aufgabe wird den Kriegshilfsvereinen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, insbesondere durch Errichtung neuer Siedelungen zufallen.

Man hat längst erkannt, daß die bessere Gestaltung des Kleinwohnungswesens eins der wichtigsten Mittel zur Gesundung des Volkskörpers ist. Der ärmeren Bevölkerung muß die Möglichkeit geboten werden, zu günstigen Bedingungen ein gesundes wohnliches Eigenheim zu erwerben. Die Versorgung insbesondere unserer Kriegsverletzten und Kriegerwitwen rückt die Siedelungsfrage jetzt noch mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. In Ostpreußen aber bedeutet sie nicht nur ein soziales, sondern auch ein nationales Problem: Ostpreußen muß einen Wall gegen den östlichen Nachbar bilden.

Zur Schaffung von Eigenheimkolonien in Ostpreußen drängt auch die Tatsache, daß in den Städten vielfach die zerstörten Häuser aus sanitären und baupolizeilichen Gründen nicht an alter Stelle wiederaufgebaut werden können. Dort ansässig gewesene Arbeiter und Handwerker werden den sichersten Stamm für eine Ansiedelung vor den Toren der Stadt bilden. Neue Ansiedler werden unter den vor Beginn des Krieges in Ostpreußen wohnhaften sowie unter den dort gebürtigen, aber abgewanderten Kriegsverletzten, denen die Weiterausübung des bisherigen Berufes unmöglich ist, vielleicht auch unter den Soldaten, die der Krieg mit Ostpreußen bekannt gemacht hat, zu gewinnen sein. Wenn man aber Leute, die die sozialen Vorzüge West- und Mitteldeutschlands kennengelernt haben, auf die Dauer an Ostpreußen fesseln will, wird man ihnen besondere Vorteile bei der Ansiedelung zukommen lassen müssen, die sie in anderen Provinzen nicht genießen. Solche Vorteile werden in sehr niedrigen Mieten oder, wo der Ansiedler ein Eigenheim erwirbt, in einer besonders niedrigen Verzinsung bei entsprechend höherer Amortisation der zweiten Hypothek, um den Ansiedler möglichst bald in den festen Besitz des Anwesens zu bringen, bestehen können. Ein Gedeihen derartiger Kolonien ist nur dann zu erwarten, wenn der Unternehmer der Kolonie keine spekulativen Absichten verfolgt, sondern sich mit dem Ersatz der ihm selbst entstehenden Kosten begnügt.

Hier werden die Kriegshilfsvereine in dankenswerter Weise helfend eingreifen können, indem sie ihrem Patenkinde — Stadt

oder Kreis — entweder die Mittel zum Erwerbe eines geeigneten Ansiedelungsgeländes zur Verfügung stellen oder ihm die Gewährung der oben erwähnten besonderen Vorteile an die Ansiedler ermöglichen. Ob die Zuwendung der Mittel geschenkweise oder durch Hergabe zinsloser, aber amortisabler Darlehen geschieht, ist für den Erfolg nicht wesentlich. Sehr hoch werden die hierzu erforderlichen Summen nicht sein; denn bei den ostpreußischen Siedelungen handelt es sich nicht etwa um die Anlage moderner Gartenstädte, sondern um eine kleine Anzahl von Stellen, deren Kosten einschließlich Landerwerb in der Regel 6000 Mark pro Stelle nicht zu überschreiten brauchen. Erfreulicherweise liegen bereits einige Anträge von ostpreußischen Städten an ihre Patenvereine vor, so aus Gumbinnen, Rastenburg, Gerdauen, Domnau, Marggrabowa und Guttstadt.

Das Bestehen solcher Kolonien wird einen heilsamen Einfluß auf die Hebung des gerade in den ostpreußischen Kleinstädten seit vielen Jahren sehr darniederliegenden Kleinwohnungswesens überhaupt ausüben. Denn wenn vor den Toren der alten Stadt die Möglichkeit gegeben ist, zu günstigen Bedingungen eine gesunde, billige Wohnung mietweise oder eigentümlich zu erhalten, werden sich die jetzigen Besitzer der Häuser mit unzulänglichen Kleinwohnungen ganz von selbst zu sanitären Verbesserungen gezwungen sehen, falls sie ihre Mieter nicht verlieren wollen.

In großzügiger und durchgreifender Weise kann auf eine Verbesserung des Wohnungswesens *dadurch* hingewirkt werden, daß zur Anlegung von *Wasserleitungen* die Vereine den Gemeinden Beihilfen geben oder auch amortisable Darlehen zu niedrigem Zinsfuß, in den ersten Jahren vielleicht ganz zinsfrei, wie es seitens verschiedener Vereine dankenswerterweise beabsichtigt ist; besonders erwünscht wäre auch die Gewährung billigen Kredits seitens der Sparkassen der Patenstädte an ostpreußische Kleinstädte zur Durchführung derartiger Anlagen.

Eine weitere Aufgabe, die ebenso häufig wie die Wohnungs- und Siedelungsfrage an die Kriegshilfsvereine herantreten wird, ist die *bessere Gestaltung der Stadtanlage und des Stadtbildes*, eine Verbesserung in wirtschaftlicher wie ästhetischer Hinsicht.

Die meisten ostpreußischen Städte, vorzugsweise die aus der Ordenszeit stammenden, haben von Hause aus eine mustergültige *Stadtanlage*, aber durch die Anforderungen der Jetztzeit, na-

mentlich in bezug auf den Verkehr, sind Änderungen geboten. Die Kosten derartiger Maßnahmen, insbesondere die des Grunderwerbs bei Veränderung der Fluchtlinien, fallen nach dem Gesetz den Gemeinden zur Last; diese aber werden aus Mangel an Mitteln oft nicht daran denken können, das auszuführen, was nötig und wünschenswert ist. Mancher Plan in dieser Hinsicht würde also ein frommer Wunsch bleiben, wenn nicht von dritter Seite den Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Das Stadtbild der kleinen ostpreußischen Landstädte, über deren bauliche Entwicklung nicht wie in den alten Kulturstädten erfahrene und vielseitig gebildete Stadtbauräte gewacht haben, läßt viel zu wünschen übrig. Wahl- und ziellos, wie es das gerade vorliegende praktische Bedürfnis des einzelnen Bauherrn erheischte, sind dort die neueren Bauten entstanden. Die vorhandenen Marktplätze sind vielfach mit unschönen Häuserblocks, deren enge Höfe ebenso wie die an ihnen liegenden Kleinwohnungen den Anforderungen an Sauberkeit, Licht und Luft wenig entsprechen, besetzt; in anderen Orten hat man sich gescheut, den für die Marktbedürfnisse viel zu großen Marktplatz durch den erforderlich werdenden Neubau des Rathauses zu zieren, das Rathaus ist vielmehr in eine unscheinbare Seitenstraße verwiesen worden. Die Gründerzeit hat in Ostpreußen wie allerorten viele Auswüchse der Häßlichkeit gezeitigt. Mitten aus den Reihen der alten niedrigen Häuser, deren Hauptreiz gerade in ihrer Geschlossenheit, Anspruchslosigkeit und schlichten Sachlichkeit liegt, ragen Mietshäuser im schlimmsten, anderwärts längst überwundenen Villenstil oder gar Warenhäuser mit kahlen, hohen Brandmauern auf.

Und doch ist gerade in Ostpreußen so viel bodenständige Kultur in den alten Häusern in Stadt und Land erhalten, daß es bei gutem Willen ein Leichtes sein muß, die verloren gegangene Tradition wieder zu beleben, wobei selbstverständlich die neuzeitlichen Errungenschaften in hygienischer und technischer Beziehung weitgehendst zu berücksichtigen sind. Es gilt, im wahrsten Sinne des Wortes, die Heimat zu schützen vor dem Eindringen wesensfremder Elemente, und da ist es zu begrüßen, daß die „Ostpreußenhilfe" seit Beginn ihrer Wirksamkeit mit dem „Deutschen Bund Heimatschutz" Hand in Hand arbeitet. In den Satzungen fast aller Kriegshilfsvereine findet sich die Bestimmung, daß die Vereine ihre auf

bessere Gestaltung des Ortsbildes gerichteten Bestrebungen im Sinne des Heimatschutzes verwirklichen wollen: so wird die „Ostpreußenhilfe" dazu beitragen, die bodenständige Bauweise in Ostpreußen wieder zu Ehren zu bringen, was z. B. durch Gewährung von Bauprämien an solche Besitzer, die ihre Häuser in besserer und schönerer Gestalt wieder aufbauen wollen, geschehen kann.

Manche ostpreußische Städtchen liegen an großen schönen Seen, und doch merkt man im Städtchen selbst von dieser reizvollen Lage nur wenig, da jeder Durchblick verbaut ist. Der Blick auf die vielfach vorhandenen monumentalen Bauwerke der Ordenszeit ist oft durch unschöne Neubauten versperrt. Kurz, jede ostpreußische Kleinstadt steckt voll latenter Möglichkeiten zur besseren Gestaltung des Stadtbildes. In dieser Hinsicht hat der zerstörende Krieg zum Teil Abhilfe geschaffen, indem er Unschönes beseitigte und versteckte Schönheiten aus ihrem Winkel hervorzog. Die umfangreichen Zerstörungen bieten eine nie wiederkehrende Gelegenheit, beim Wiederaufbau das Stadtbild zu verbessern. Die Patenvereine haben z. B. verschiedentlich Beihilfen in Aussicht genommen für die einwandfreie Gestaltung und baukünstlerische Durchbildung besonders bemerkenswerter und exponierter Gebäude, sogar für den Umbau oder Neubau von Rathäusern, wobei Architekten der Patenstädte mitwirken werden. Für die Stadt Ortelsburg wird seitens des Berliner Hilfsvereins die Erweiterung der Marktstraße, ein Durchbruch zur Eröffnung eines Ausblicks nach dem bisher unsichtbar gebliebenen See und mit Benutzung des fortzuräumenden Brandschutts die Anlage eines Uferwegs um den See geplant; in Domnau beabsichtigt der Schöneberger Hilfsverein eine würdigere Herstellung des Zuwegs zur alten, hochgelegenen Ordenskirche, eine bessere Gestaltung des jetzt sog. Schöneberger Platzes, eine Umbildung der Fassaden und des Eingangs des Rathauses, die Aufstellung eines Marktbrunnens und verschiedene andere Anlagen, die verhältnismäßig geringe Kosten verursachen, aber doch dem kleinen Städtchen ein freundlicheres und gefälligeres Aussehen verleihen werden.

Mögen im allgemeinen die städtischen Bedürfnisse großzügigere Aufgaben bieten, so eröffnet sich doch auch denjenigen Vereinen, die ihre Fürsorge satzungsgemäß ländlichen Ortschaften zuwenden wollen, ein weites Betätigungsfeld.

Auch auf dem platten Lande in Ostpreußen bedarf vor allen Dingen das Wohnungswesen dringend einer Verbesserung. Beim Wiederaufbau werden die zerstörten Wohnungen meist nicht wieder in der alten Weise errichtet werden, vielmehr wird der Aufbau nach den neuen vom Oberpräsidenten erlassenen Mindestforderungen, die für die Wiederherstellung zerstörter Kleinwohnungen auf dem Lande gelten, erfolgen. Der Staat wird voraussichtlich — Verhandlungen hierüber schweben noch — die entstehenden Mehrkosten zum Teil tragen. Der andere Teil soll eventuell als Darlehen unter besonders günstigen Zins- und Tilgungsbedingungen gegeben werden. Nun ist aber eine sehr große Zahl unzerstörter Wohnungen auf dem Lande vorhanden; für diese ist behufs Beseitigung der bestehenden Mängel auf eine Staatsunterstützung nicht zu rechnen. Hier können die Kriegshilfsvereine sich ein Verdienst erwerben, indem sie solchen Kleinbesitzern, die, angeregt durch den guten Zustand der jetzt neu aufgebauten Häuser in ihrer Nachbarschaft, ihre mangelhaften Wohnungen verbessern wollen, zu ähnlichen Bedingungen Geld geben, wie der Staat denjenigen, deren Häuser zerstört sind.

Ferner wäre es bei der sehr großen Wichtigkeit, welche die Landarbeiterfrage für Ostpreußen hat, sehr nützlich, den Kreisen Mittel zur Verfügung zu stellen behufs Schaffung von Arbeitereigenheimen oder passenden Mietswohnungen in größeren Dörfern.

Den für ländliche Ortschaften wirkenden Vereinen steht ferner das Gebiet der „ländlichen Wohlfahrts- und Heimatpflege" offen; diese Bewegung sucht, wie bekannt, insbesondere solche Maßnahmen zu fördern, durch welche die Liebe zur heimatlichen Scholle geweckt, dem Geistes- und Gemütsleben der Landbewohner Nahrung und Anregung zugeführt wird.

Was die nach den Vereinssatzungen zu erstrebende Hebung des Kleingewerbes und landwirtschaftlicher Kleinbetriebe anbetrifft, so wird sich dieser Zweck am besten durch Überweisung entsprechender Fonds an die Stadt- oder Kreiskommunen, behufs Gewährung langfristiger, amortisabler Darlehen an die zu Unterstützenden zur Beschaffung von maschinellen Einrichtungen und sonstigen Betriebserleichterungen und Wirtschaftsverbesserungen erreichen lassen.

Bei der Verwaltung des Vermögens der Kriegshilfs-

vereine endlich wird dem Prinzip der individuellen Fürsorge entsprechend als wesentlich der Grundsatz festzuhalten sein, daß die Verwendung der Vereinsgelder für bestimmte Einzelprojekte lediglich auf Grund von Beschlüssen der Vereinsvorstände erfolgen darf. Unwesentlich ist dagegen, ob die laufende Verwaltung des Vereinsvermögens am Sitze des Vereins oder durch die kommunalen Organe des ostpreußischen Schutzbezirks geführt wird. Im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung dürfte das letztere Verfahren zu empfehlen sein. Der Kriegshilfsverein Berlin-Gumbinnen z. B. hat dem Kreisausschuß des Kreises G. die Summe von 400 000 Mk. zur Verwaltung überwiesen mit der Maßgabe, daß alle Anträge auf Bewilligung von Geldern für satzungsgemäße Zwecke aus dem auf ein Guthaben des Hilfsvereins bei der Kreissparkasse anzulegenden Fonds mit einer gutachtlichen Äußerung des Kreisausschusses dem Vereinsvorstande zur Prüfung und Beschlußfassung vorzulegen sind; am Schlusse jedes Geschäftsjahres ist unter Beifügung einer Abrechnung über das bei der Kreissparkasse befindliche Depot vom Kreisausschuß eine Darstellung über die innerhalb des Geschäftsjahres mit Zustimmung des Hilfsvereins aus dem Hilfsfonds gemachten Aufwendungen und deren Erfolg zu geben. Diese Regelung bedeutet eine erhebliche Entlastung des Vereins von Kleinarbeit ohne Beschränkung des Verfügungsrechts über die Verwendung der Vereinsgelder.

Endlich sei noch kurz erwähnt, daß erst vor wenigen Wochen alle auf Grund der sog. Patenschaftsbewegung entstandenen Ostpreußenhilfsvereine sich unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, als Verbandsvorsitzenden, und unter Leitung Lüdinghausens, als geschäftsführendem Vorsitzenden, zum „Reichsverband Ostpreußenhilfe" zusammengeschlossen haben. Wenn auch der Schwerpunkt der ganzen Hilfsaktion in den Einzelvereinen beruht, die demgemäß in ihrer Selbständigkeit durch den Verband in keiner Weise beeinträchtigt werden sollen, so liegt es doch andererseits im Interesse der Sache, daß die gesamte aus demselben Grundgedanken hervorgegangene Hilfstätigkeit für Ostpreußen sich in gewissen einheitlichen Bahnen bewegt und unter Berücksichtigung von Grundsätzen erfolgt, die sich in Ostpreußen bewährt haben. Der Verband bezweckt deshalb satzungsgemäß, den ihm angeschlossenen Vereinen bei Ausführung der von ihnen in Ostpreußen ge-

planten Hilfsmaßnahmen, insbesondere durch Austausch der gemachten Erfahrungen, zur Seite zu stehen, ihnen zur Erreichung ihrer Ziele Anregungen zu geben und überhaupt die Bestrebungen seiner Mitglieder nach Möglichkeit zu fördern, und zwar durch periodische Zusammenkünfte ihrer Vertreter, ferner durch Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle, eventuell auch einer Verbandszeitschrift. Außerdem beabsichtigt der Verband, falls durch besondere, die Interessen seiner Mitglieder nicht berührende Veranstaltungen ein hierzu ausreichendes Vermögen aufgebracht werden kann, zur Herbeiführung eines billigen Ausgleichs in der Versorgung der einzelnen hilfsbedürftigen ostpreußischen Kreise und Städte diejenigen Vereine, denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht hinreichende Mittel zu Gebote stehen sollten, durch Gewährung von Zuschüssen zu unterstützen, gegebenenfalls auch seinerseits in den durch den Krieg geschädigten Teilen Ostpreußens durch Übernahme solcher Aufgaben, die über den Umfang der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder örtlich oder sachlich hinausgehen, eine eigene Fürsorgetätigkeit zu entfalten.

Dem „Reichsverband Ostpreußenhilfe", welcher am 15. April 1916 mit einem Vermögen von zirka 90 000 Mark ins Leben treten konnte, ist bereits am Tage seiner Begründung durch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Königs ein Betrag von 100 000 Mark überwiesen worden. Das an den Verbandsvorsitzenden gerichtete Kaisertelegramm, welches eine bedeutsame Kundgebung der Allerhöchsten Teilnahme am Schicksal der Provinz Ostpreußen, wie insonderheit an den Bestrebungen der Patenvereine und des sie umfassenden Reichsverbandes darstellt, lautet:

„Ich danke Ihnen für die Meldung von dem Zusammenschluß der zum Wiederaufbau kriegsgeschädigter Städte und Ortschaften begründeten Kriegshilfsvereine zu einem Reichsverband „Ostpreußenhilfe". Mit herzlicher Freude begrüße Ich die einheitliche Organisation des Unternehmens, das der dankbaren vaterländischen Gesinnung des deutschen Volkes wie seiner wirtschaftlichen Kraft und Größe mitten in Kriegsnöten und Bedrängnissen eine neues glänzendes Zeugnis ausstellt. Meine wärmsten Wünsche begleiten die segensreiche Arbeit aller an

dem Liebeswerk Beteiligten. Als Zeichen Meiner persönlichen Teilnahme an dem Wiederaufblühen Meiner treuen Provinz Ostpreußen überweise Ich dem Reichsverband „Ostpreußenhilfe" einen Beitrag von 100 000 Mark und ersuche Sie, Mir über die spezielle Verwendung dieser Summe Vorschläge zu machen."

Großes Hauptquartier, 15. April 1916.

Wilhelm R.

Dies Kaisertelegramm ist nicht nur die Krönung aller bisherigen Erfolge der „Ostpreußenhilfe", sondern läßt auch die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß es, wie den Einzelvereinen, so dem Verbande, dem inzwischen auch die Stadt Königsberg mit einem Betrage von 10 000 Mark beigetreten ist, an Mitteln nicht fehlen wird, um eine segensreiche Wirksamkeit auszuüben.

Während dieser Bericht schon im Druck war, wurde der „Ostpreußenhilfe" eine neue wertvolle Unterstützung zuteil. Am 7. Mai traf in Berlin der Abgesandte des amerikanischen Komitees für die Ostpreußenhilfe, Herr Nippert, Richter am Obergericht des Staates Ohio in Cincinnati, ein und überbrachte einen vorläufigen Beitrag der amerikanischen Ostpreußen-Hilfsvereine in den Staaten Neuyork, Ohio, Illinois, Indianopolis, Michigan, Wisconsin, Minnesota, Missouri, Pennsylvania, Kentucky usw. Über die Aussichten, die sich hier eröffnen, wird später zu berichten sein; einstweilen wollen wir hier nur dem warmen Dankgefühle Ausdruck geben, daß auch jenseits des Ozeans Millionen teilnehmender Herzen für unsere Ostpreußen schlagen.

Auf den verschiedenen in das Programm der „Ostpreußenhilfe" aufgenommenen Gebieten harrt eine Fülle lohnender Aufgaben der Lösung. Nicht alles, was die Hilfsvereine ihren Patenkindern von der „Taufe" bis zur „Konfirmation", während der Periode des Wiederaufbaus und darüber hinaus, an Notwendigem, Nützlichem und Schönem bescheren möchten, werden sie leisten können; dazu sind ihre Mittel nicht ausreichend, obgleich der Gesamtbetrag der bereits eingezahlten oder in rechtsverbindlicher Form (durch Beschlüsse der Kommunalverbände) zugesicherten Kapitalien der Einzelvereine — ungerechnet die in vielen Fällen übernommenen Jahresbeiträge der Mitglieder und die aus Amerika zu erwarten-

den, den Bedarf des Kreises Ragnit übersteigenden Gelder — bereits die Summe von 12000000 Mark überschritten hat, so daß für viele Kreise schon jetzt Kapitalien von 500000 Mark, oft mehr, zur Verfügung stehen. Anderseits bürgen die Persönlichkeiten der hervorragenden, in der staatlichen und kommunalen Verwaltungspraxis erfahrenen Männer, die überall in den Vereinsvorständen vertreten sind, für eine zweckmäßige, sparsame und um so nutzbringendere Verwendung der Vereinsmittel. Von noch höherer Bedeutung aber als die materielle Unterstützung ist, wie Oberpräsident v. Batocki in seiner eingangs erwähnten Rede betont, der ideelle Wert der „Ostpreußenhilfe", die nach der ausgesprochenen Absicht ihres weitblickenden Urhebers vor allem bezweckt, lebendige verständnisvolle Anteilnahme für die schöne, eigenartige Provinz überall in deutschen Landen zu wecken und auch geistige Kräfte im deutschen Volke für Ostpreußen mobil zu machen.

Nicht um Geld und Geldeswert allein handelt es sich bei der „Ostpreußenhilfe". „Was Ostpreußen braucht," sagte treffend der Generalsuperintendent Schöttler-Königsberg in einem von ihm kürzlich in Berlin gehaltenen Vortrag, „sind Menschen, sind neue und starke Verbindungen, die dies äußerste Glied am Lebenskörper des deutschen Volkes innerlich mit dem Ganzen verknüpfen. Wie einst das Lied von Mund zu Mund ging: ‚Gen Ostland will'n wi fahren', so geht auch heute wieder, dank dem gesegneten und lebenskräftigen Gedanken der ‚Patenschaften' für Ostpreußen, der Zug nach Osten durch alle Herzen!"

Aus der Asche des Weltbrandes, der mit versengendem Hauch über die blühenden Gefilde der deutschen Ostmark dahingebraust ist, möge sich das „schönere Ostpreußen" erheben, als sichtbares Zeugnis nicht nur der unerschütterlichen Kraft des preußischen Staates, sondern auch deutscher Bruderliebe und deutschen Siegeswillens!

Nicht schließen aber möchte ich diese gerade für die „Ostpreußischen Kriegshefte" bestimmten Mitteilungen, ohne hervorzuheben, daß die „Ostpreußenhilfe", die unter allen privaten Kriegswohlfahrtsorganisationen des großen Krieges ihrem Umfange, ihrer Bedeutung und ihrem finanziellen Erfolge nach an vorderster Stelle steht, ihre Entstehung dem wohldurchdachten Plane, ihre überaus schwierige, mühevolle Ausgestaltung der organisatorischen Be-

fähigung und Tätigkeit eines durch langjährige amtliche Wirksamkeit und durch Landbesitz mit der Provinz Ostpreußen eng verwachsenen Mannes verdankt, der aus seiner Heimatliebe die zähe Energie zur Durchführung seines Planes schöpfte, ohne die es auch hier, wie so oft, beim „guten Gedanken" geblieben wäre. Möge der Begründer der „Ostpreußenhilfe" den Lohn für sein hingebungsvolles Wirken in der segensreichen Weiterentwicklung des Hilfswerks finden, welches er sich als seine freiwillige Kriegsarbeit erwählte!

Zum Wiederaufbau der Stadt Stallupönen

Von Bezirksarchitekt Frick
Arch. B. D. A./D. W. B.

Die Stadt Stallupönen hat durch die Russeneinfälle im August und November 1914, wie alle Grenzstädte, stark gelitten. Bereits am 17. August 1914 rückten die ersten russischen Abteilungen nach Kampf in die Stadt ein. Durch Geschützfeuer, zum größten Teil aber durch planmäßige Brandstiftung, ist ein großer Teil der aufstrebenden und schönen Stadt in Trümmer gelegt. Es sind im ganzen 94 Wohngebäude mit 27 Hofflügeln und 152 Wirtschaftsgebäude, also rund $^1/_5$ aller Gebäude zerstört. Der Vernichtung fielen in erster Linie die größeren und neuesten Häuser zum Opfer; Kirche, Schulen, Amtsgericht und andere öffentliche Gebäude blieben verschont.

Nach der endgültigen Befreiung des Kreises im Februar 1915 begann bald wieder reges Leben in der Stadt. Landwirte, Geschäftstreibende, Handwerker und Beamte kehrten zurück, und heute sind gut die Hälfte aller Einwohner wieder bei ihrer alten Beschäftigung. Mit der Einrichtung des Königlichen Bauberatungsamtes im Mai 1915 wurden auch die ersten Schritte zum Wiederaufbau der Stadt eingeleitet. Heute, nach einjähriger Tätigkeit, kann gesagt werden, daß die eigentlichen Vorarbeiten für den Wiederaufbau geleistet sind, und daß im Rahmen der allgemeinen bauwirtschaftlichen Verhältnisse im Jahre 1916 auch mit dem Neubau von zirka 12—15 Häusern begonnen werden kann. Alle geschädigten Besitzer können naturgemäß zu gleicher Zeit nicht bauen. Was in Friedenszeit kaum möglich gewesen wäre, verbietet die schwere Kriegszeit von selbst. Es sollen deshalb nur die wichtigsten Häuser, einige Geschäftshäuser und Arbeiterhäuser mit Kleinwohnungen, um für die Bauhandwerker während der Bauzeit Wohnungen zu schaffen, gebaut

werden. Für die notwendige Materialbeschaffung ist für die diesjährigen Bauten Sorge getragen. 3 Millionen Steine, 1 Million Dachpfannen, Bauholz, Zement und Kalk, Eisenträger und andere Baustoffe sind eingekauft und werden bereits hergerollt. Ein Abladegleis an der Pillkaller Strecke, in der Achse der verlängerten Schulstraße, ist in Vorbereitung. Die Stadt wird hier ein größeres Gelände erwerben, um einen dauernden Lager- und Abladeplatz mit Anschlußgleis zu schaffen. Diese Anschlußgleise sollen auch zur Materialbeschaffung für die ländlichen Bauten sowie für die Versorgung des Landbesitzes mit Saat- und Futtergut ausgiebig benutzt werden. Von hier aus werden dann die Baumaterialien mit Hilfe der Feldbahn, welche für die Aufräumungsarbeiten angeschafft ist, zu jeder Baustelle herangeschafft.

Architekten und Unternehmer für Planfertigung und Bauausführungen sind in der Stadt Stallupönen und im Kreise reichlich vertreten. Unter Verwendung von Russenhandwerkern und Arbeitern soll dem allgemeinen Arbeitermangel abzuhelfen versucht werden. Das einheimische Handwerk ist zum größten Teil wieder betriebsfähig und hat reiche Gelegenheit, sich bei den Neubauten und auch bei der Beseitigung der umfassenden Trümmerschäden in den nicht abgebrannten Gebäuden zu betätigen. 5 Tischlereien sind in Betrieb, darunter 2 mit Maschinenbetrieb, die bei der Beschaffung der notwendigen Tischlereiarbeiten eine nicht unwichtige Rolle spielen werden.

Der Abbruch der nicht verwendungsfähigen Bauteile, die Aufräumung der Baustellen und die Abfuhr der Schuttmassen, mit welchen im Oktober v. Js. begonnen wurde, gehen ihrem Ende entgegen. Unter militärischer Oberleitung werden diese Arbeiten durch Kriegsgefangene besorgt, die in städtischen Lagern untergebracht und verpflegt werden. Mittels einer Feldbahn werden die Schuttmassen gleich zur Auffüllung eines wichtigen Wirtschaftsweges in der Feldmark benutzt. Sind bei diesem System auch entgegen einer Übernahme der Aufräumungsarbeiten durch Privatunternehmer zu angemessenen Einheitssätzen keine großen wirtschaftlichen Vorteile zu erlangen, so ist die Verwendung der Kriegsgefangenen hauptsächlich aus dem Grunde nötig, um bei dem allgemeinen Arbeitermangel die Aufräumung in großzügiger Weise und in kürzester Zeit überhaupt zu ermöglichen. Gleichzeitig werden die

Kriegsgefangenen in eigenen Werkstätten der Stadt, unter Beteiligung der Handwerksmeister und deutschen Landsturmhandwerker, ausgebildet und zur Hilfeleistung verwendet.

Die Arbeit der Königlichen Bauberatungsämter beim Wiederaufbau unserer Städte, auch der Stadt Stallupönen, ist vielseitiger Natur. Der Bezirksarchitekt darf deshalb nicht allein Architekt sein, sondern muß auch die wichtigen wirtschaftlichen Maßnahmen praktisch zu handhaben verstehen. Dieses ist bei klarer Beurteilung des Einzelfalles und sachgemäßer Arbeitseinteilung für alle wirtschaftlichen Maßnahmen nicht schwer, da diese eine persönliche Auslegung und Deutung kaum zulassen. Frei ist der Bezirksarchitekt in der künstlerischen Auffassung seiner Aufgabe. Hierfür besteht kein Gesetz, keine Norm, als die gesunde Auffassung eines praktischen Baukünstlers, der in der Erreichung eines befriedigenden Gesamteindruckes sein Ziel sieht. Die alten Häßlichkeiten in der Bebauungsart und äußeren Gestaltung sollen verschwinden, und unsere Städte und Dörfer sollen in einfacher und schlichter, aber schöner Art neu erstehen. Der Bezirksarchitekt darf deshalb nicht Fassadenzeichner sein, sondern muß von dem Einzelobjekt aus sein Stadtbild, seine Straßenflucht, seinen Platzraum folgern und gestalten. Die gute und geschmackvolle Ausbildung der Einzelfassade muß eine Selbstverständlichkeit werden, über die hinaus der künstlerische Gesamteindruck die fundamentale Grundlage jedes befriedigenden Stadtbildes ist. Es ist beispielsweise gleichgültig, ob ein Haus mit Sprossenarchitektur und Fensterläden im Biedermeier- oder modernen Stil gebaut wird. Der Aufputz ist nebensächlich. Eine anständige Baugesinnung aber, die den Wiederaufbau leitet und beseelt, ist von größter Wichtigkeit. Dieses muß deshalb auch als das Endziel aller künstlerischen Bestrebungen beim Wiederaufbau in Ostpreußen angesehen werden: Durch die Arbeit praktischer Baukünstler sollen unsere Städte und Ortschaften in zeitgemäßer Art und sachgemäßer Schönheit neu erstehen, und für alle Zukunft soll in dem Ostpreußen der Sinn für einfache und gediegene Formgebung, d. h. eine gesunde Baugesinnung geweckt und gefestigt werden. Alsdann werden auch über die Jahre des Wiederaufbaues hinaus dauernde Werte einer geschmacklichen Volkserziehung bleiben und weiteren Zielen entgegenstreben.

Wie dieses im allgemeinen für den Wiederaufbau Geltung finden

möchte, so werden diese Grundsätze beim Wiederaufbau in Stallupönen besondere Beachtung finden. Stallupönen ist in seinem Stadtgrundriß das typische Beispiel einer ostpreußischen Siedelungsstadt. Breite Straßen und große Plätze geben dem Ort das Gepräge einer Weiträumigkeit, die ganz im Sinne einer neuzeitlichen Stadtanlage mit viel freien Flächen, Luft und Licht ist. Die alte Bebauung der einzelnen Grundstücke war nicht in allen Fällen muster-

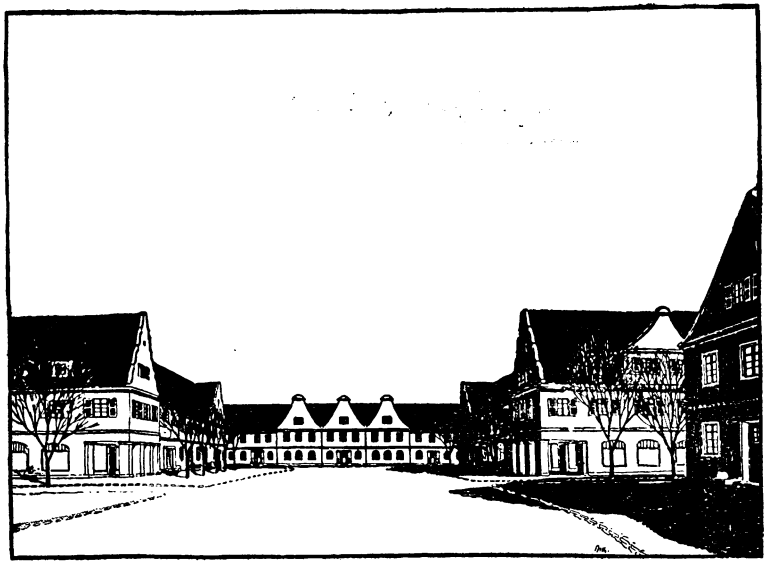


Bild 1: Überbauung des Fußweges bei den Häusern Krug und Schütz, Stallupönen mit Blick auf Haus Städler.
(Sämtliche Häuser sind abgebrannt und werden neuerbaut.)

gültig zu nennen; doch war dieses nicht anders möglich, da jeder Gewerbetreibende innerhalb seiner beschränkten Besitzung Haus, Stall, Speicher, Remise usw. bauen und benutzen mußte. Es ist eine wichtige Aufgabe des Wiederaufbaues, hier nach Möglichkeit Häßlichkeiten in der Bebauungsart auszuschalten, zu große Ausnutzung der Grundstücke, auch selbst innerhalb der Baupolizeivorschriften, zu verhindern, einzelne Höfe zu vergrößern, Hofflächen unter Vermeidung von Flügelbauten zusammenzulegen und überall Licht, Luft, Sonne und Gesundheit einziehen zu lassen. Wenn dieses auch in der Hauptverkehrsstraße und am Altstädter Markt aus

wirtſchaftlichen Gründen nicht immer ſich in vollem Umfange wird bewerkſtelligen laſſen, ſo bieten die anderen Straßen, faſt ohne Ausnahme, die Gelegenheit einer geſunden und gartenſtadtmäßigen Bebauung. Schon manches ſchmucke Landhaus machte vor dem Kriege dazu den Anfang; andere werden folgen, und Stallupönen wird in erſter Linie den Charakter einer weiträumigen und geſunden Stadt erhalten. Da der alte Stadtplan im großen

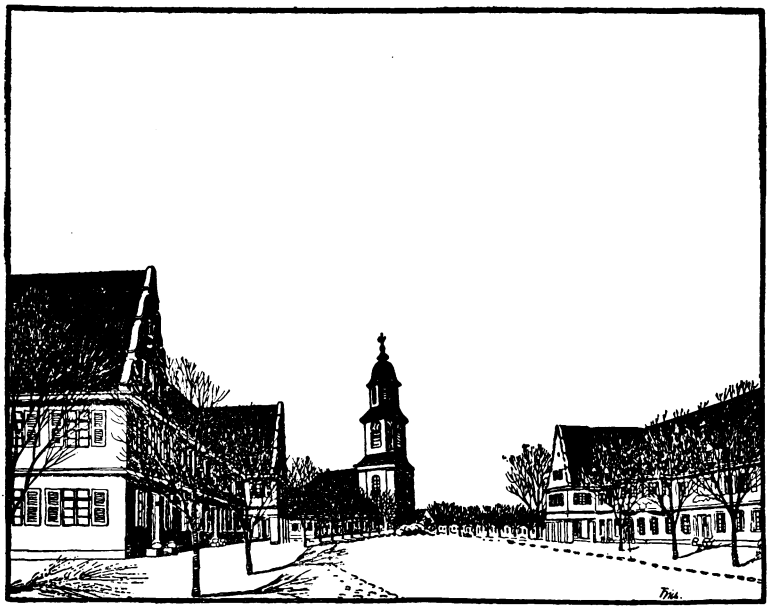


Bild 2: Blick durch die Fußwegüberbauung beim Hauſe Krug und Schütz mit Ausſicht auf den alten Kirchturm.

ganzen brauchbar war, war es anläßlich des Wiederaufbaues nicht nötig, große und einſchneidende Veränderungen in der Straßenführung und den Fluchtlinien vorzunehmen. Nur an wenigen Stellen ſind Veränderungen der Fluchtlinien zur Beſeitigung verkehrsſtörender Hinderniſſe vorgenommen. An drei Stellen ſind Überbauungen der Fußwege in Haustiefe geplant, deren Verwirklichung mit Unterſtützung des Hilfsvereins der Patenſtadt ſichergeſtellt iſt. Dieſe laubenartige Überbauung bei den Grundſtücken Schütz und Krug am Neuſtädter Markt und Werwath am Altſtädter Markt verfolgen den Zweck, zu breite Öffnungen in den

Platzwänden, die den Übergang vom Platz zur Straße verwischen, einzuengen und städtebauliche Einblicke in Straßen- und Platzräume zu schaffen. Besonders wichtig ist diese Verengung bei den Grundstücken Krug und Schütz am Neustädter Markt. Hier wird der Verbindungsplatz zwischen Neustädter und Kleinem Markt zum Teil durch die Lauben abgeschlossen, und der Blick des Beschauers geht zwischen die beiden mit Staffelgebiet überbauten Laubengänge auf das Haus Städler, welches in seiner Hauptachse eine dreiteilige Giebelstellung erhält (siehe Bild 1). Ebenso wichtig ist der Blick vom Hause Städler durch die Lauben auf den alten Kirchturm (siehe Bild 2). Beim Laubengang Werwath liegen die Verhältnisse ähnlich. Es soll mit diesen geplanten Laubengängen keineswegs eine romantische Wirkung im Stadtbilde erzielt werden. Laubengänge haben zur jetzigen Zeit nur eine Berechtigung, wenn sie die Räume, vor welchen sie liegen, nicht behindern oder äußere Nachteile schaffen. Sie sollen aber in der Gleichmäßigkeit des Stadtbildes besonders in Ermangelung anderer wichtiger öffentlicher Bauten und Architekturobjekte Anhaltspunkte schaffen und die Wirkung des geschlossenen Reihenbaues steigern und heben. Aus diesem Grunde hat der Laubengang auch in jetziger Zeit eine Berechtigung, ohne daß man ihm den Vorwurf einer romantischen Gefühlssache machen kann. Selbstverständlich darf dieses an und für sich urdeutsche Motiv nicht stets und überall angewendet werden; es wirkt dann zu leicht als Kulisse für ein Stadtbild, das unserer Zeit mit ihren veränderten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen wesensfremd ist.

Bei den Lauben in Stallupönen treten Nachteile für den Grundriß des Hauses oder die Benutzbarkeit der Räumlichkeiten nicht ein, da die Läden, vor welchen die Lauben angeordnet sind, von der Längsseite reichlich direktes Licht erhalten. Für die Gesamtheit der Stadt bedeuten derartige Verschönerungen bleibende Werte. Wir sind heute soweit in der Auffassung, daß die Bedeutung einer Stadt, besonders einer Mittel- und Kleinstadt ohne Industrie, nicht allein in ihrem wirtschaftlichen Leben beruht, sondern daß auch die Schönheit einer Stadt für ihre Bedeutung mitspricht. Diese Schönheit, welche sich anläßlich des Wiederaufbaues nur in bescheidenen Grenzen schaffen läßt, da nicht vom Grunde auf neu gebaut wird und große Teile der alten Stadt bestehen bleiben, muß ein Erforder-

nis werden. Man kann auch dann schon von der Schönheit einer Stadt sprechen, wenn grobe Häßlichkeiten bei der Bebauungsart und der äußeren Gestaltung grundsätzlich ausschalten und die sonst gleichgültig lassende Durchschnittsarchitektur durch künstlerisches Empfinden belebt und gebessert wird.

Alle Häuser in der Stadt erhalten unter voller Wahrung ihrer äußeren Selbständigkeit in der Gestaltung eine einfache aber gediegene Architektur mit schönen Fenstern, Giebeln und Erkern, wo sie hinpassen und hingehören. Eine besondere Wirkung wird in dieser Hinsicht von dem Wiederaufbau des Kleinen Marktes zu erwarten sein, dessen 4 Platzseiten vollkommen zerstört sind. Aber auch am Neustädter Markt, gegenüber der Kirche, besonders zwischen Cabalzar und Klutke werden neue, schöne Häuser entstehen, die für die alte Kirche eine würdige Umrahmung schaffen. Die Ausgestaltung der Platzfront des Alten Marktes bei Wiemer und Werwath ist ebenfalls von größter Wichtigkeit; hier wird ein ruhiger und gelagerter Bau mit Ladeneinrichtungen im Erdgeschoß und schlichter Fensterteilung im Obergeschoß sowie Giebelstellung im Dachgeschoß, neu erstehen. Diese Giebel stehen im Einklang mit den geplanten Giebeln bei Cabalzar, so daß nicht jede Architekturform etwas Neues und

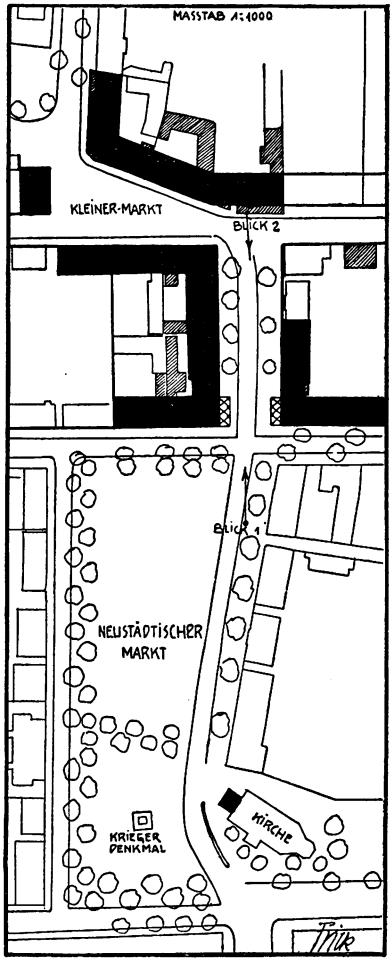


Bild 3: Lageplan zu dem Wiederaufbau des Kleinen Marktes in Stallupönen mit Fußwegüberbauung bei den Häusern Krug und Schütz.

Fremdes bringt, sondern daß innerhalb eines Platzes, einer Straße ähnliche und verwandte Formen wiederkehren oder Wechselbeziehungen austauschen. Die Apotheke mit dem ornamentierten Erker und das Haus Klutke mit großer Giebelstellung, Haus Sembach und die Wohnhäuser der Brauerei werden auch an der Längsseite des Alten Marktes diesem einen würdigen und gefälligen Charakter geben.

Ferner ist anläßlich des Wiederaufbaues der Stadt Stallupönen die Wasserversorgung und Entwässerung als einer der wichtigsten Fortschritte zu erwarten. Eine neue elektrische Lichtanlage ist bereits in Betrieb und erleuchtet Straßen und Wohnungen.

Die Wiederaufbauzeit der zerstörten Stadt richtet sich nach den Kriegsereignissen, doch dürfen auch nach dem Frieden noch mehrere Jahre dafür in Anspruch zu nehmen sein. Stallupönen wird nach dieser Zeit in einem zwar geschmacklich einfachen, aber gediegenen Gewande neu erstehen und wird als eine schöne Stadt auch wirtschaftliche Bedeutung für alle Zukunft haben.

Die russischen Kriegsgefangenen beim Wiederaufbau der Provinz

Nach einem Berichte des Hauptmanns Kruchen in Stallupönen[1])

Bei den Aufräumungsarbeiten in unserer Provinz schien es nicht mehr als recht und billig, daß an Stelle der vielen durch die militärischen Pflichten festgelegten Arbeitskräfte russische Kriegsgefangene in stärkerem Maße herangezogen wurden, weil ja die unglaublichen Verwüstungen russischen Ursprungs sind. Die Urteile über die Brauchbarkeit der Kriegsgefangenen gingen bis dahin sehr auseinander. Suchte man aber nach den Gründen, so sah man bald, daß überall da, wo die Russen sich nicht bewährten, Fehler in der Art der Verwendung und in ihrer Anleitung gemacht wurden. Die ersten Erfahrungen sammelte der Berichterstatter bei dem Bau des Proviantdepots Frankfurt a. O., das in kürzester Frist mit 600 russischen Kriegsgefangenen zweckentsprechend ausgeführt wurde, und bei dem Neubau des großen Quarantänelagers Merzdorf bei Cottbus. Als er dann den Auftrag erhielt, die militärische Leitung der Aufräumungsarbeiten in Stallupönen, Eydtkuhnen, Pillkallen, Gumbinnen und Goldap zu übernehmen, konnte er sofort mit einer planmäßigen Organisation an die große Aufgabe herangehen und die Arbeit dadurch sehr rasch fördern.

Unter den Grundsätzen, nach denen die Organisation gestaltet wurde, war der erste und wichtigste, daß die Russen nicht einzeln, sondern in Gruppen arbeiten. Solche Gruppen bestehen aus mindestens 20 Russen und 2 deutschen Wachleuten, insgesamt unter einheitlicher Leitung und nach militärischem Muster von der Spitze bis zu den untersten Gliedern herunterreichend. Die Wachleute sind möglichst tüchtige Fachleute, die, an Stelle der Gewehre, nur mit

[1]) Zusammengestellt von dem Herausgeber.

Revolver bewaffnet, kräftig mitarbeiten. Wenn bei ländlichen Bauten, die von russischen Gefangenen aufgeführt waren, früher oft sehr bald das Mauerwerk nicht hielt, der Putz abfiel, die Türen und Fenster Risse bekamen, so lag dies durchweg an der Aufsicht unkundiger Wachleute. Zur Besserung hat weiterhin die Maßregel beigetragen, daß die deutschen Wachleute und die russischen Gefangenen eine Arbeitszulage nach Maßgabe ihrer Leistungen (Staffeltarif) erhalten. Dadurch sind sie an der Güte ihrer Arbeit selbst interessiert, und die Leistungen werden besser. Demselben Zwecke dient die praktische und theoretische Belehrung der Russen. Drei verschiedene Abstufungen der Ausbildung werden unterschieden: gewöhnliche Arbeiter, Berufsarbeiter (Tischler, Schlosser, Glaser usw.), die Aufseher oder Werkmeister bezw. Poliere. Mit wenigen Ausnahmen sind die Russen anfangs nur als gewöhnliche Arbeiter zu verwenden. Nachdrücklich wird ihnen nun nahegelegt, daß sie die Zeit ihrer Gefangenschaft benutzen sollen, um vom gewöhnlichen Arbeiter zum Berufsarbeiter emporzusteigen, und die Erfahrung zeigt, daß auch der Russe den Wert der Weiterbildung einsieht. Selbstverständlich wirkt auch der Umstand mit, daß der Berufsarbeiter das doppelte, der Aufseher usw. das dreifache Geld als Lohn erhält.

Eine zweifache Verwendungsmöglichkeit der Kriegsgefangenen ist gegeben: 1. Sie arbeiten im Freien. Solche Arbeiten sind Rohbauarbeiten, wie Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, außerdem Installationsarbeiten sowie der Straßenbau und die gärtnerischen Anlagen. Bauarbeiten größeren Maßstabs konnten mit Rücksicht auf die Ausbildung der Russen noch nicht geleistet werden; sie beschränken sich in der Hauptsache auf die Bauten der Lager und kleine Anbauten. Das größte, was bislang ausgeführt wurde, war der Bau eines Vierfamilienhauses in Pillkallen, das in etwa 6 Wochen bezogen werden soll. Die Maurerarbeit ist militärisch geregelt. Auf den Ecken je ein Deutscher, in der Mitte die Russen; militärische Kommandos („Schnur hoch" usw.) geben der Zusammenarbeit Einheit und Beschleunigung. Sehr gute Leistungen zeigen die Zimmerer. Der Russe ist der geborene Zimmermann, hat großes Interesse und Verständnis für Zimmererarbeit und bringt es sehr bald bei guter Anleitung zu Fertigkeiten. Neuerdings ist in Aussicht genommen, daß auch Blockhäuser gebaut werden sollen, und der Berichterstatter hofft, daß es ihm gelingt, ähnliche Blockhäuser auf-

zurichten, wie er in echt russischer Weise mit schwalbenschwanzförmigen Überkämmungen der Ecken die Generalsbaracke in Cottbus gebaut hat. Eine Maurergruppe setzt sich zusammen aus 2—4 deutschen Maurern, 12 russischen Maurern und 8 Handlangern (Steinträgern), eine Zimmerergruppe aus 16 Zimmerleuten und 4 Handlangern. Sehr wesentlich für die Arbeitsleistung war es, daß die Unternehmer und ihre Poliere, denen die Russen, und zwar immer wieder dieselbe Gruppe der Russen, leihweise überlassen wurden, im eigenen Interesse die Ausbildung nach Kräften förderten. 2. Die Kriegsgefangenen arbeiten aber auch in geschlossenen Räumen als: Tischler (Möbeltischler), Schlosser, Anschläger, Maler, Glaser, Klempner, Stellmacher, Korbflechter, Bildhauer usw. Hier wird die Einrichtung von Werkstätten angestrebt. Bei den Tischlereien z. B. geschieht das in der Weise, daß im Einverständnis mit den Handwerkskammern russische Tischler zu Facharbeiten den einzelnen Tischlermeistern zugeteilt werden. Das soll in Hilfswerkstätten geschehen, weil es unzweckmäßig ist, die Gefangenen einzeln in die Werkstätten abzugeben. Dort arbeiten sie dann, wenn irgend möglich, in Gruppen, 20 Russen unter 2 Deutschen, damit dem Meister das die Russenausnutzung Erschwerende, die Bewachung, abgenommen wird. Das Aufreißen der Maße und Zuschneiden der Hölzer besorgt je nach Wahl oder Zeit der Meister selber oder der deutsche Fachmann. Jeder Tischler hat dabei sein besonderes Holzlager, und das Kommando kommt dafür auf, daß nichts abhanden kommt. Selbstverständlich verbleibt auch jedem Meister das Verfügungsrecht über seine Holzabfälle; indessen erhält das Kommando nach Vereinbarung die Holzspäne. Diese Einrichtung von Hilfswerkstätten hat die Folge, daß 1. schneller gearbeitet wird, weil die Bewachung militärisch ist; 2. besser, da zur Kontrolle durch den Tischlermeister die dauernde Aufsicht der deutschen Soldaten (Fachleute) hinzukommt; 3. billiger, da die militärische Disziplin eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte gewährleistet und eine schnellere Verständigungsmöglichkeit mit den Russen durch Dolmetscher und die deutschen Wachleute herbeigeführt wird. Einige Meister überlassen auch die ganze Beaufsichtigung der russischen Arbeitskräfte der deutschen Aufsicht, und so fällt für sie überhaupt der Zeitverlust fort, der durch das Holen und Hinbringen der Russen von und zum Lager entstand (morgens, mittags und abends).

Billiger wird ferner gearbeitet, da alle Nebenkosten (Trinkgelder, Versorgen mit Essen und Trinken), die bei dem ständigen Zusammensein in der eigenen Häuslichkeit selten ausbleiben, in Wegfall kommen, Spezialarbeiten (wie Polieren, Holzschnitzarbeiten, Drechslerarbeiten) nicht teurer bezahlt werden, die deutschen Soldaten als Fachleute ebenfalls mitarbeiten und in der Tischlerei eine Herstellung von Halbfabrikaten (Kehlstößen, Verkleidungen, Schlagleisten, Rahmenhölzern usw.) stattfinden kann, die an die einzelnen Meister und die Kreislager geliefert werden. Eine solche Arbeitsweise aber ist vorteilhafter als das Beziehen der Halbfabrikate von auswärts, weil keine Lagerlängen, sondern die jeweils angeforderten Maßeinheiten zur Verfügung gestellt werden können, mithin Ersparnis an Material eintritt, weil zweitens hierdurch, was später näher erklärt wird, eine Grundlage für die wünschenswerten Handwerksgenossenschaften gelegt wird und damit das heimische Handwerkertum eine Stärkung erfährt, und weil nur solche Profile zugeschnitten werden, welche die Billigung der betreffenden Bezirksarchitekten finden, mithin der Geschmack der ansässigen Meister gehoben wird. Damit aber hängt es zusammen, daß 4. auf diese Weise auch *schöner* gearbeitet wird; denn die Vereinigung der Arbeit im gemeinsamen Raume gibt dem Bezirksarchitekten Gelegenheit, die Arbeit in künstlerischer Hinsicht zu beeinflussen.

Eine ganz besondere Bedeutung gewinnt die so organisierte Gruppenarbeit der Russen, wie schon erwähnt, für die Begründung von Handwerkergenossenschaften. Es gilt für das Handwerk zu verhüten, daß *ein* Kapitalist verdient, was *vielen* Meistern Existenz bieten kann und — in künstlerischer Beziehung —, daß *einer* Schablone unterworfen wird, was den Stempel persönlichen Empfindens des einzelnen Meisters tragen könnte. Auch staatlicherseits wird daher jetzt zur Unterstützung des Handwerks die Genossenschaftsbegründung angestrebt; in einer von dem Oberpräsidenten der Provinz am 17. Januar 1916 einberufenen Versammlung wurde allseitig dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß das Genossenschaftswesen auch in Ostpreußen festen Fuß fassen möge. Dazu fehlt aber Geld und Handwerkszeug. Beides wird durch die Einrichtung bezw. durch den Betrieb der Hilfswerkstatt geschaffen und damit mitten im Kriege der Grundstock für die Gründung der Genossenschaften gelegt.

Anfangs war die erläuterte Organisation den Meistern im ganzen Umfange nicht verständlich und die mit ihr notwendig werdende Änderung im Geschäftsbetriebe zu ungewohnt, aber erfreulicherweise haben immer mehr Meister die Vorzüge dieser Arbeitsweise erkannt, so daß bereits eine rege Benutzung der Hilfswerkstätten zu verzeichnen ist. Unterstützt werden die Frauen, deren Männer im Felde stehen, und die mangels geeigneter Vertretung den Tischlereibetrieb einstellen mußten.

Die Abgabe von einzelnen Russen geschieht nur bei den Baugewerben, bei denen keine andere Möglichkeit besteht (Töpfer, Maler, Glaser); in diesem Falle muß natürlich der, dem der betreffende Russe überwiesen wird, auch die Bewachung übernehmen. Weitere Facharbeiter, wie Polsterer, Parkett- und Fliesenleger sollen noch angelernt werden.

Außer für Handwerkerarbeiten werden die Russen auch an Unternehmer und einzelne gegen Entgelt von 25—45 Pfg. die Stunde, dem Selbstkostenpreise der Verbände (dargestellt durch eine Gemeinde, Landratsamt usw.) etwa entsprechend, abgegeben. Die Unternehmer haben die volle Verantwortung für den sachgemäßen Fortgang des Baues usw. zu leisten, das Kommando stellt nur die Arbeitskräfte. Durch Hinzuziehung der Verbände ist dafür gesorgt, daß die Gewerbetreibenden, welchen von dieser Organisation Arbeitskolonnen zur Verfügung gestellt werden, zur Einhaltung mäßiger Preise gegenüber den bauenden Grundstücksbesitzern verpflichtet werden, so daß die Vorteile dieser Organisation nicht nur den Bauunternehmern, sondern der gesamten geschädigten Einwohnerschaft zugute kommen. Das Land ist schlechter daran, da es bedeutend mehr gelitten hat, die Verpflegung bedeutend teurer ist, teure Fuhrlöhne zu zahlen sind; außerdem sind dort mehr wirtschaftlich Schwache. Dazu kommt, daß die Unternehmer, die jetzt sehr viel zu tun haben, sich meist um Arbeiten in der Stadt bemühen, während zur Verhütung wirtschaftlicher Schädigung gerade eine Beschleunigung der Aufbauarbeiten auf dem Lande erforderlich ist. Infolgedessen machen diese besonderen Umstände es manchmal notwendig, daß auf dem Lande ohne Unternehmer gebaut werden muß, was jedoch nur mit besonderer behördlicher Genehmigung erfolgen darf.

Für einheitliche Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung

und die gesundheitlichen Anforderungen der russischen Gefangenen sorgen große Verbände: Landratsämter (Kreise), Städte, Arbeitgeberverbände usw., während das Militär nur die Leitung in Händen hat, entsprechend dem Worte eines unserer hohen Staatsbeamten: „Bürgerliches Können mit militärischer Organisation ist das Stichwort unserer jetzigen Zeit". Die Ausgaben, die den Verbänden aus dem Unterhalte erwachsen, werden dadurch gedeckt, daß sie die Russen den Unternehmern und einzelnen gegen Entgelt abgeben.

Die Unterkunft der Russen ist so geregelt, daß größere Zentrallager den Städten angegliedert sind, für 1000—1500 Gefangene entworfen, vorläufig für 250—500 Mann gebaut. Sie waren größtenteils für die Aufräumungsarbeiten errichtet und sind zur Durchführung der Bauarbeiten nunmehr zu erweitern. Da diese aber auf dem Lande eine starke Dezentralisation erfordern, so werden künftig neben dem Hauptlager in der Kreisstadt, das ständig durch Angliederung von Werkstätten eine den übrigen Kreislagern übergeordnete Stellung einzunehmen hat — einerlei, ob seine Lage im Verhältnis zur Kreisfläche eine konzentrische (Gumbinnen) oder exzentrische (Pillkallen) ist — kleine Kreislager an den Chausseen (s. die Chausseen a—d in der Kartenskizze des Kreises Gumbinnen) zu bauen sein. In jedes dieser Lager sollen etwa 125 Russen (= ½ Kompagnie) gelegt werden, und zwar 50 Maurer, 30 Zimmerleute, 10 Tischler usw. unter Anleitung von rund 30 guten deutschen Handwerkern. Indes liegen den hier befindlichen Tischlern lediglich Flickarbeiten ob, da die Tischlereibetriebe der Zentralisation bedürfen, um ein wirtschaftlich günstiges Ergebnis zu erzielen. Das erste derartige Lager ist bei Tublauken eingerichtet. Hier sind Russen in einer Erdbaracke untergebracht, die Deutschen auf der einen Seite, in einer am Kopfende angegliederten hochgelegenen Baracke, die gute Überwachungsmöglichkeit gibt. Diese Lager sind die ständigen Unterkunftsräume für die Deutschen und Russen; hier essen sie, und von hier aus gehen sie zur Arbeitsstätte. Sind die Arbeitsstätten weiter von den Lagern entfernt, so ist es gut, wenn ein kleiner Kochherd an der Arbeitsstätte einfach eingebaut und das von den Russen morgens mitgenommene Essen hier abgekocht wird. Nur ungern werden die Russen außerhalb in Verpflegung und Unterkunft

gegeben, da man dann leicht jede Kontrolle und Übersicht verliert. Auch haben eine Reihe von Fällen gezeigt, daß sie sich frech gegen Frauen und alte Leute benahmen und auch in bezug auf Pflege des Körpers und der Kleidung wie hinsichtlich des Empfindens verwahrlosen.

Zur Ausnutzung des für die verschiedenen Lager aufzubringenden Geldes können die Lagerbaulichkeiten über die Augenblicksbenutzung hinaus auch späteren Zwecken dienstbar gemacht werden.

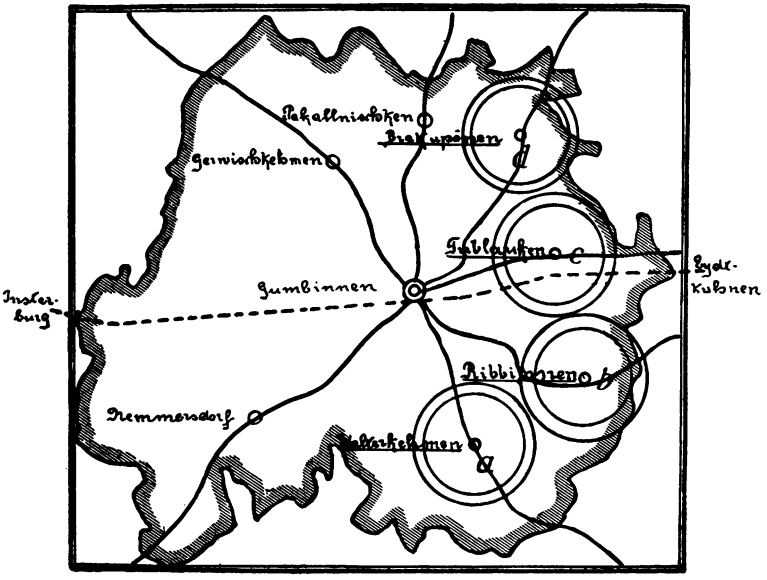


Bild 4: Karte des Kreises Gumbinnen.

Das heute für die Unterkunft der Deutschen dienende Haus könnte später als Wohnhaus (Insthaus) verwandt werden, der Russenraum als Remise für landwirtschaftliche Maschinen, als Scheune oder als Vorratsraum für Knollengewächse; der Schlußbau (zur Aufnahme der Wache, Aborte und Stallung) kann später ähnlichen Zwecken (Stallung, Kutschwagenremise usw.) dienen. Wie mannigfaltig die Ausnutzungsmöglichkeit solcher Bauten ist, zeigt folgende im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer zusammengestellte Liste über Vorschläge für zweckmäßige Anlage der Kreislager:

A. Fiskalische Bauten in massiver Ausführung.

1. Wohngehöft für Kriegsinvaliden, der neben kleiner Landwirtschaft den Zwischenhandel für landwirtschaftliche Produkte und kleine landwirtschaftliche Maschinen führen kann.
2. Beamtenhaus mit angrenzendem Privatstall, außerdem nach Bedarf Gemeindearrestzelle, Spritzenhaus mit Löschgeräten, Wagenunterstand und Raum für Gerätschaften des Chausseewärters. (Nicht unterkellert.)
3. Genau wie voriges, indes ganz unterkellert mit außen teilweise angeworfenen Böschungen.
4. Dorfkrug mit Posthalterei (von seiten des Kreises zu verpachten).

B. Landwirtschaftlichen Zwecken dienende Gebäude.

a) Ausführung in Holzfachwerk mit Bretterverkleidung:

1. Zwei Scheunen mit zwischenliegendem Vorratsraum.
2. Unterkunftsbaracke für Saisonarbeiter mit angrenzendem Viehunterstand oder Feldmiete oder Eiskeller.

b) in massiver Ausführung:

3. Insthaus mit angebautem Leutestall.
4. Schmiede mit angrenzendem Maschinen- und Geräteraum auf einer Seite, Stellmacherei und Schirrkammer auf der anderen Seite.
5. Lagerschuppen für landwirtschafts-genossenschaftliche Zwecke (Dampfpfluggenossenschaft, Maschinengenossenschaft).
6. Festhalle.

Die Aufstellung von Musterprojekten nach vorhergehender Liste geschieht in gemeinschaftlicher Arbeit mit der Landwirtschaftskammer, um zu gewährleisten, daß die Anlagen gleichmäßig möglichst praktisch und ansprechend in der künstlerischen Gestaltung errichtet werden. Zugleich sei bemerkt, daß auch bei dem Wiederaufbau zerstörter landwirtschaftlicher Betriebe ein stetes Zusammenarbeiten mit der genannten Kammer erstrebt wird, das am besten durch Versetzen eines Beamten nach dem Kommando erreicht würde.

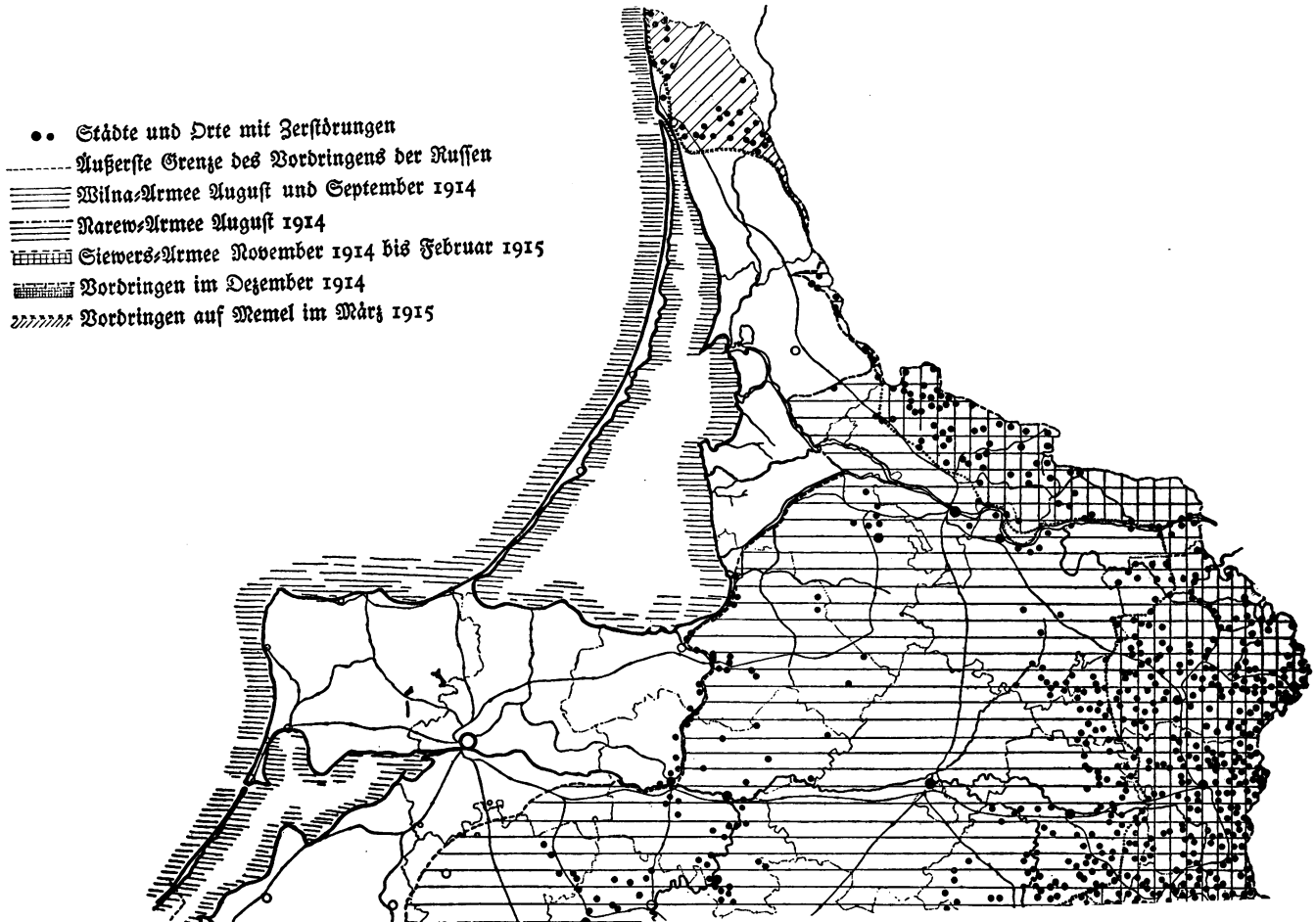
Ein ebenso wesentlicher Mitarbeiter wie der für landwirtschaftliche Arbeiten wäre der für gewerbliche. Der Berichterstatter hofft, daß ein Mitglied einer Gewerbeinspektion der Organisation eingefügt wird, das außerdem die Einheitspreisbemessung für die Abgabe der Gefangenen regeln soll, weitgehendst bei der Einrichtung

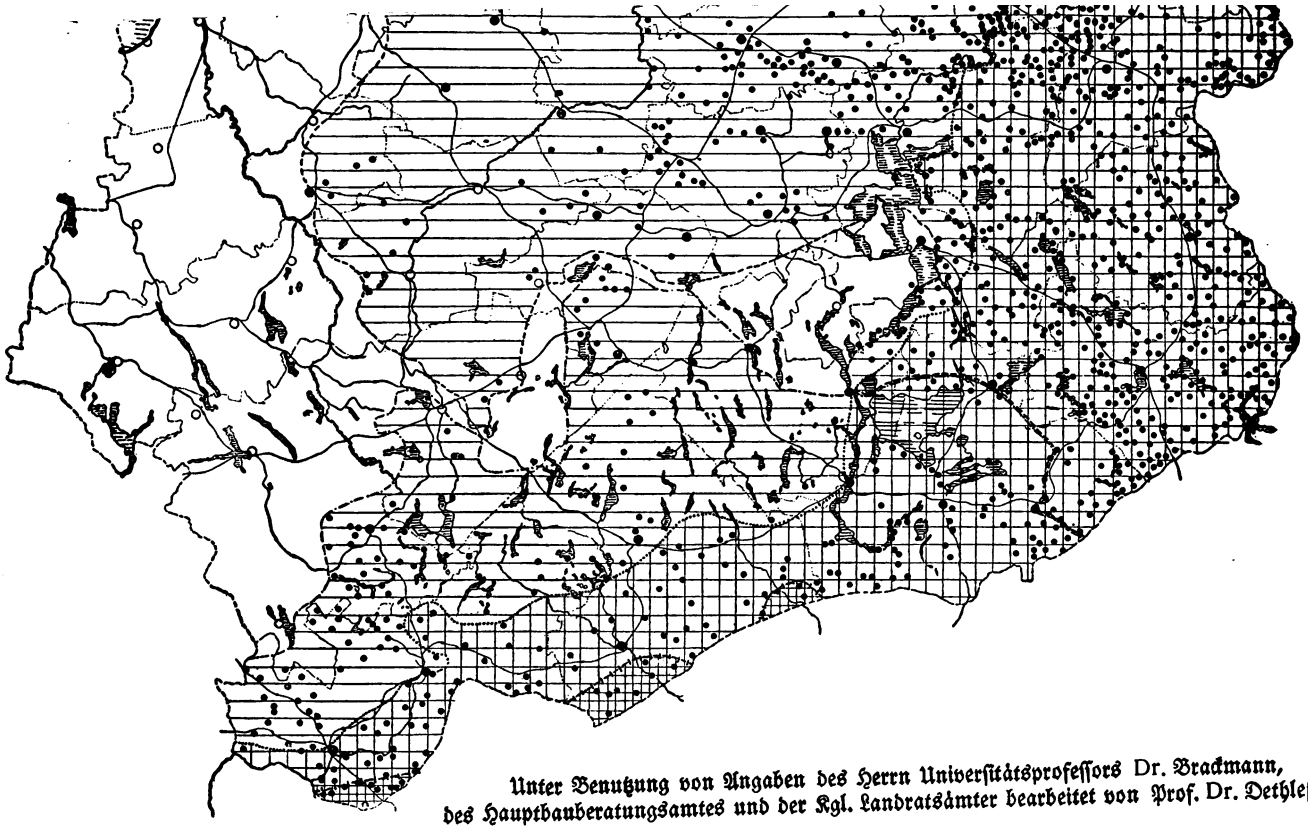
der Werkschaften berät und schließlich dauernd Fühlung mit den Handwerksmeistern zu halten hat.

Die innere Ausgestaltung der Räume für die Deutschen soll in einfach künstlerischen Formen gehalten sein und verschiedene, für die Landleute nötige Möbel zeigen, die den Geschmack im Sinne guten Hausrates erziehen und zugleich Handwerksmeistern als Vorbilder dienen sollen. Für die Russenräume gilt der Grundsatz: Gutes Lager mit ausreichenden Tagesräumen.

Die Lage an den Chausseen ermöglicht eine bequeme Zufuhr von Lebensmitteln und Baumaterialien. Die Beschaffung der Lebensmittel muß natürlich zum Zwecke einer Vereinheitlichung und Verbilligung zentral durch die Kreise erfolgen. Geschieht es nicht, so kostet nach uns vorliegenden Zahlen die Verpflegung auf dem Lande bald das Doppelte wie in der Stadt. Grundsatz ist: Gute Verpflegung, wie sie die Kreise und Städte in hervorragender Weise liefern, und gute Kleidung. Auf die Veranlassung des Berichterstatters müssen die Verbände für die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte aufkommen, durch den sogenannten 5-Pfg.-Fonds, aus dem auch die bei den Bauarbeiten in starker Weise mitgenommenen Kleidungsstücke, insbesondere Stiefel, dauernd unterhalten werden. Der Berichterstatter strebt dabei die Beschaffung eines zweiten Anzuges an zum Wechseln bei schlechtem Wetter. In diesem Falle läßt er möglichst lange durcharbeiten, dann ins Lager einrücken, trockene Kleidung anlegen, gutes Essen bereiten und im Tagesraum ausruhen. Für sanitäre Anlagen (Bäder und Entlausung) sind die Maßnahmen seitens des hiesigen Generalkommandos in ausgiebigster Weise getroffen.

Zur Aufnahme der Materialien dienen die landrätlichen Baustofflager neben den Lagerplätzen der Unternehmer. Hier verdient das Vorgehen des Landratsamtes Pillkallen vielleicht Nachahmung, das unter Vorsitz des Bezirksarchitekten oder Landrats zur Baustoffbeschaffung einen fünfgliedrigen Ausschuß aus drei Beamten und zwei Unternehmern gebildet hat: Die Beamten mehr zur geschäftsmäßigen Führung, die Unternehmer mehr zur schnelleren und kaufmännischen Erledigung. Ein gezeichnetes Aktienkapital seitens des Kreises und der ortsanwesenden Unternehmer bildet die Grundlage. Vielleicht ist es auch möglich, durch Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion mit Hilfe der Generalkommandos zu erreichen, daß Sonderzüge mit Baumaterialien in besonders anzu-


Städte und Orte mit Zerstörungen
Äußerste Grenze des Vordringens der Russen
Wilna-Armee August und September 1914
Narew-Armee August 1914
Siewers-Armee November 1914 bis Februar 1915
Vordringen im Dezember 1914
Vordringen auf Memel im März 1915



Unter Benutzung von Angaben des Herrn Universitätsprofessors Dr. Brackmann, des Hauptbauberatungsamtes und der Kgl. Landratsämter bearbeitet von Prof. Dr. Dethleffsen

Bild 5: Karte des Russeneinfalls

legende Ausweichgleise (in Nähe der einzelnen Bahnstationen) geleitet werden. Die Ausführung der Be- und Entladungsstellen durch Russen soll nach Benehmen mit dem stellvertretenden Generalkommando, der Regierung und der Eisenbahndirektion demnächst in den Städten Stallupönen, Gumbinnen und Goldap in Angriff genommen werden, zugleich unter Anlage von Lagerschuppen, welche heute zur Unterbringung von Futter- und Düngemitteln, dann als Baustofflager für den Wiederaufbau und später militärischen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen. Diese in der Nähe der Bahnhöfe gelegenen Plätze dienen dem Umschlagsverkehr, während anderen Ortes ein beschränkterer Raum — ebenfalls mit einem Schuppen versehen — den eisernen Bestand aufnimmt, der bei Bahnsperren usw. angegriffen werden kann. Durch vorher zusammengezogene Russenkommandos können die Wagen schnell entladen werden.

Was die Transportmittel anbetrifft, so können Pferde entweder seitens der Kreise beschafft werden, oder es werden Militärpferde verwendet, wie es jetzt in Gumbinnen geschehen soll, wo sie in der Kaserne des 8. Ulanenreg. untergebracht und verpflegt werden können.

Im Lager in Tublauken ist auch ein Wohn- und Arbeitsraum für den Lagerarchitekten eingerichtet, der als Beamter der Bauberatungsstelle auch den Anweisungen des Bezirksarchitekten Folge zu leisten hat. Zur Erläuterung diene, daß die in den einzelnen Kreislagern untergebrachten Gefangenen in erster Linie unter den bisher besprochenen Bedingungen den Unternehmern überwiesen werden, in besonderen Fällen allerdings auch Arbeiten unmittelbar für die Besitzer ausführen dürfen, und zwar etwa unter folgenden Bedingungen:

1. Bei eigenen Regiebauten der Kreise oder der beteiligten Gemeinden. 2. Bei wirtschaftlicher Leistungsschwäche der Bauherren. 3. Zu Notarbeiten. 4. Bei geringen Reparaturarbeiten. 5. Beim Fehlen geeigneter Unternehmer.

Dementsprechend erstreckt sich für diese Bauten die Tätigkeit des Lagerarchitekten auf die Bearbeitung der Bauanträge, die Bestandsaufnahme, die erste Fassung der Wünsche des Bauherrn bezüglich der Grundrißlösung, sowie späterhin die Beratung bei der örtlichen Bauleitung.

Außerdem liegt ihm bei Architektur- und Unternehmerbauten die Vorprüfung der Bauanträge, Bestandsaufnahme und Baukontrolle ob und in beiden Fällen die Bauabnahme.

Der Lagerarchitekt kann im Sinne der alten guten Heimatskunst auch die Durchführung der Inneneinrichtung leiten und beeinflussen, ferner auch hier leicht Akten für jeden Besitzer anlegen und in einfachster Weise die geleistete Höhe der Vorentschädigung feststellen. So kann der Lagerarchitekt, dem Bauherrn örtlich nahestehend, diesem aus der Praxis heraus — nicht vom grünen Tische aus — ein steter Berater sein.

Auch ist die Möglichkeit gegeben, entsprechend der Lagerteilung je einem Architekten und Unternehmer je ein Kreislager zuzuweisen. Der Vorteil einer solchen Verteilung wäre bei beiden eine Vereinfachung des Geschäftsbetriebs, da die zurückzulegenden Wegelängen bedeutend geringer wären, unnütze Konkurrenz ausgeschaltet würde, mithin Ersparnis an Zeit und Fuhrlohn einträte. Indes muß die endgültige Regelung die Praxis bringen.

Alle diese Maßregeln wollen nun in dem Sinne verstanden sein, daß sie eine Folge der besonderen durch den Krieg bedingten Verhältnisse darstellen. Sie sollen und können dem freien Handwerk keine Konkurrenz sein, besonders da infolge der hiesigen Lebensverhältnisse auch hohe Löhne Arbeitskräfte nicht zu fesseln vermögen.

Die Folge ist die Notwendigkeit, militärischerseits in großzügiger Weise die Organisation der Gefangenenarbeit weiter fortzuführen. Dazu gehört die Auswahl — man möchte sagen — eines jeden einzelnen Gefangenen, denn nicht die Zahl, sondern die Leistung bürgt für die Förderung wie aller Arbeiten, so auch der Aufbauarbeit. Selbstverständlich birgt solch eine Kleinarbeit und solch ein Eingehen auf den Wunsch des einzelnen eine gewaltige Arbeitslast in sich, die in hervorragender Weise das stellvertretende Generalkommando des I. A.-K. tragen half.[1]) Die durch das gegenwärtige Frühjahr bedingte Nachfrage nach russischen Landarbeitern ist zunächst zu berücksichtigen, soweit angängig; dann muß die Aussonderung wirklicher Bauarbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben folgen und ihre Einstellung in ein geschlossenes Baukommando. „Überflußrussen" darf es nicht mehr geben, vielmehr sind alle entbehrlichen Gefangenen zu tüchtigen Arbeitskräften auszubilden.

[1]) Während des Druckes des Berichtes hat das XX. Armeekorps in gemeinsamer Mitarbeit mit der Kgl. Regierung in Allenstein die Durchführung der Organisation in die Hand genommen und in der kurzen Zeit es erreicht, daß im dortigen Bezirk im ganzen 16 Kreislager nach gleichem System eingerichtet werden.

Zum Schlusse ist noch die Frage zu erwägen: Was wird, wenn der Friede kommt? Selbstverständlich muß auf dem Wege des Überganges alles ins alte Gleis gebracht werden, Menschen wie Material und der Geist des Ganzen. Die deutschen Leute, die aus allen Gauen hier tätig gewesen sind, werden die Provinz schätzen und würdigen gelernt haben, und manch einer, des sind wir gewiß, würde sich gern, wenn ihm Mittel und Wege dazu geboten würden, als selbständiger Handwerker hier ansiedeln. Deutschrussen, Letten, Esthen, Balten usw. sind zur Ausbildung überwiesen, und es steht höheren Ortes in Erwägung, ob sie nicht als Instleute oder Siedler später in Deutschland heimisch gemacht werden können. Aus vorliegenden Naturalisierungsgesuchen können später sicher die geeignet Erscheinenden ausgesucht werden. Aber auch hinsichtlich der anderen Russen brauchen wir uns keiner Sorge hinzugeben, besonders hinsichtlich der Russen, die etwas leisten, und zwar weder aus militärischen noch aus finanziellen Gründen. Aus militärischen Gründen: Der Staat wird sicher nicht früher, ehe nicht die ganzen Verhältnisse geklärt sind, die zahlreichen überschießenden Gefangenen, die wir in Deutschland haben, nach Friedensschluß sogleich herausgeben, da dann die Gefahr eines Neuaufflackerns des Weltbrandes befürchtet werden müßte. In finanzieller Hinsicht verkörpern diejenigen Russen, die eine gute Arbeit leisten, tatsächlich doch einen bestimmten Wert, der in seiner Gesamtheit große Summen in sich birgt, und die Zahl der ausgebildeten Russen müßte dauernd erhöht werden.

Darüber hinaus hielt der Berichterstatter es für seine Pflicht, auch über die Zeit des Krieges hinweg mitzuhelfen dadurch, daß er den Deutschen wie den Russen durch gute und doch strenge Behandlung und Belehrung den Sinn und den Geist für ihre Tätigkeit beizubringen versuchte, damit sie mit Begeisterung an der ihnen gestellten Aufgabe mitarbeiten. Er hofft, daß nach Friedensschluß auch jenseits der Grenzen die hier in Deutschland tätig gewesenen Russen Verständnis und Hochachtung vor deutscher Behandlung, deutscher Ordnung und deutscher Arbeit haben und die hier verbleibenden brauchbare Mitglieder unseres deutschen Vaterlandes werden.

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig